RESSORTBERICHT

Ressortinhaber: Regierungschef Otmar Hasler

Im Berichtsjahr stand das Jubiläum «200 Jahre Souveränität des Fürstentums Liechtenstein» im Vordergrund. Das Jubiläum wurde mit zahlreichen Veranstaltungen, unter anderem mit einem Tag der Souveränität, einem Festspiel sowie der Ausgabe einer Gold- und Silbermünze feierlich begangen. Zu Beginn des Berichtsjahres hat die Regierung das Regierungsprogramm für die Legislaturperiode 2005 bis 2009 verabschiedet. Im Bereich der Verwaltungsreorganisation wurden von der Regierung verschiedene Projekte gestartet und durchgeführt. So wurden unter anderem das Amt für Berufsbildung und die Berufsberatungsstelle zu einer Amtsstelle zusammengelegt. Weiters wurden verschiedene Fachbereiche aus sachlichen und organisatorischen Gründen anderen Amtsstellen übertragen. Mit der Abänderung des Heimatschriftengesetzes wurde die Grundlage für die Ausgabe von biometrischen Reispässen geschaffen. Die ersten derartigen Pässe wurden am 26. Oktober 2006 ausgestellt. Das Staatspersonalgesetz sowie das neue Gerichtsorganisationsgesetz und das Richterdienstgesetz wurden in die Vernehmlassung gegeben. Alle drei Gesetze sollen im Frühjahr 2007 dem Landtag zur Behandlung vorgelegt werden. Im Berichtsjahr konnten sodann die Verhandlungen mit der Europäischen Union betreffend eine Assoziation Liechtensteins zum Rechtsbestand von Schengen/Dublin erfolgreich zum Abschluss gebracht und die ausgehandelten Protokolle paraphiert werden.

200 Jahre Souveränität des Fürstentums Liechtenstein
Am 12. Juli 1806 wurde Liechtenstein in den Rheinbund aufgenommen und erhielt dadurch formell die Souveränität. Dieses Jubiläum wurde im Jahre 2006 mit zahlreichen Veranstaltungen und Projekten feierlich begangen. Schwerpunkte des Jubiläumsjahres waren der Tag der Souveränität am 12. Juli mit einem grossen Jubiläumsumzug und einem Festakt auf dem Rathausplatz in Vaduz sowie das Festspiel «Cirque souverain» auf dem Dorfplatz in Eschen. Die verschiedenen Veranstaltungen stiessen bei der Bevölkerung auf grosses Interesse und hinterliessen einen nachhaltigen Eindruck. Aus Anlass dieses Jubiläums wurden auf Beschluss der Regierung eine Gold- und Silbermünze ausgegeben. Der Reinerlös aus dem Verkauf der Jubiläumsmünzen, ergänzt durch Spenden der Liechtensteinischen Landesbank AG, des Liechtensteinischen Bankenverbandes sowie verschiedener Unternehmen der Liechtensteinischen Industrie- und Handelskammer, wurde der Stiftung «Menschen für Menschen» für den Bau einer Schule in Äthiopien zur Verfügung gestellt. Mit der Unterstützung dieses Projektes setzte die Regierung bewusst ein Zeichen und nahm das Jubiläum zum Anlass, seine Solidarität mit benachteiligten Menschen zu dokumentieren.

Regierungsprogramm 2005 - 2009
Am 10. Januar 2006 verabschiedete die Regierung das Regierungsprogramm für die Legislaturperiode 2005-2009. Das Regierungsprogramm zeigt die wesentlichen Zielsetzungen und Schwerpunkte der Tätigkeit der Regierung für die nächsten Jahre auf. Es enthält zentrale Arbeitsschwerpunkte sowie Massnahmen, mit welchen den wesentlichen Herausforderungen begegnet und die Zukunft des Landes gestaltet wird. Die Regierung hat sich auf die Inhalte des Regierungsprogramms verpflichtet und wird deren Umsetzung in gemeinsamer Verantwortung vorantreiben. Die Regierung will den notwendigen Massnahmen zur Durchsetzung verhelfen, um Liechtenstein in eine erfolgreiche und lebenswerte Zukunft zu führen.

Regionale Regierungstreffen
In Fortführung einer langjährigen Tradition fanden im Berichtsjahr wiederum Regierungstreffen mit den Regierungen der Kantone Graubünden und St. Gallen sowie der Regierung des Bundeslandes Vorarlberg statt. Diese Regierungstreffen dienten vor allem der Kontaktpflege, aber auch der Erörterung von gemeinsam interessierenden Fragen. Der Regierungschef nahm wie in den Vorjahren an den beiden Regierungscheftreffen der Internationalen Bodenseekonferenz im Kanton Zürich teil.

Interpellation zur Vorsteherkonferenz
Die Regierung hat eine Interpellation betreffend die Vorsteherkonferenz zuhanden des Landtags beantwortet. Ziel der Interpellanten war es, die Stellung der Vorsteherkonferenz in der politischen Entscheidungsfindung zu hinterfragen und den Einfluss dieser Konferenz transparent zu machen. Die Regierung hat in ihrer Antwort unter anderem ausgeführt, dass es für die Konferenz der Gemeindevorsteher keine gesetzliche Grundlage gibt und auch keiner solchen bedarf. Die Konferenz setzt sich aus den direkt von der Bevölkerung gewählten Gemeindevorstehern zusammen. Sinn und Zweck dieser Konferenz ist einerseits die Wahrnehmung der Gemeindeinteressen gegenüber den Landesinteressen und andererseits der Gedankenaustausch und die Koordination von wichtigen Aufgaben.

Kommissionen, Beiräte, Stiftungsräte
Im Berichtsjahr lief die Mandatsperiode verschiedener gesetzlich vorgesehener Kommissionen, Beiräte und Stiftungsräte ab, welche von der Regierung neu zu bestellen waren:
– Stiftungsrat des Liechtensteinischen Landesmuseums
– Stiftungsrat der Kunstschule Liechtenstein
– Sanitätskommission
– Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann
– Bodenschutzkommission
– Kommission für Statistik
– Akkreditierungsrat
– Kommission für die Energiemarktaufsicht
– Fischereibeirat

Neben diesen Neubestellungen hat die Regierung im Berichtsjahr erstmals den Integrationsausschuss für Rechtsanwälte bestellt und verschiedene Ersatzbestellungen in Kommissionen und Beiräte vorgenommen.

Personalangelegenheiten

Im Frühjahr 2006 schickte die Regierung den Entwurf für ein neues Staatspersonalgesetz in die Vernehmlassung. Mit dem neuen Staatspersonalgesetz soll ein zeitgemässes Personalrecht geschaffen werden, dass sowohl den Anforderungen an eine moderne Verwaltung als auch den Bedürfnissen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entspricht. Mit dem vorgeschlagenen neuen Gesetz können zahlreiche Lücken im Bereich des öffentlichen Dienstrechts geschlossen werden. Nach Abschluss der Vernehmlassung wurde der Gesetzesentwurf aufgrund der zahlreich eingegangenen Stellungnahmen überarbeitet. Zielsetzung der Regierung war es, den Gesetzesentwurf dem Landtag im März 2007 zur Behandlung vorzulegen.

Im Herbst des Berichtsjahres hat die Regierung einen Vernehmlassungsbericht zur Abänderung des Gesetzes über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal verabschiedet. Zielsetzung der Gesetzesrevision ist es, die Autonomie der Pensionsversicherung für das Staatspersonal zu stärken, die Finanzierung neu zu regeln sowie die Flexibilität zur erhöhen.

Aufgrund der versicherungsmathematischen Bilanz per 1. Januar 2006 und einem entsprechenden Beschluss des Stiftungsrates der Pensionsversicherung für das Staatspersonal hat die Regierung dem Landtag den Antrag unterbreitet, für das Jahr 2006 den budgetierten Sonderbeitrag von 2 % zu leisten und dafür im Budget 2007 keinen Sonderbeitrag vorzusehen.

Die Regierung hat dem Landtag wie jedes Jahr einen Bericht und Antrag zum Bedarf an Stellen bei der Regierung, der Landesverwaltung, den Gerichten und dem Landtagssekretariat zugestellt. Darin beantragte sie für das Jahr 2007 die Schaffung von drei ständigen Stellen sowie die Umwandlung von 5.60 nichtständigen Stellen in ständige Stellen. Unter Berücksichtigung dieser neuen Stellen und zusätzlicher beantragter Stellen für die Landespolizei sowie den Bereich der Aussenpolitik erhöhte sich die Zahl der ständigen Stellen per 1. Januar 2007 um 17.60 Stellen, oder um 2.45 %, auf 733.90 Stellen.

Im Berichtsjahr bestellte die Regierung neue Amtsleiter für das Amt für Umweltschutz, das Amt für Berufsbildung und Berufsberatung, die Steuerverwaltung, das Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramt sowie das Hochbauamt.

Reorganisation der Landesverwaltung

In Entsprechung des Regierungsprogrammes, gemäss dem die Regierungs- und Verwaltungsreform in der laufenden Legislaturperiode schrittweise umgesetzt werden soll, hat die Regierung im Berichtsjahr verschiedene Massnahmen beschlossen und durchgeführt. So wurden im Rahmen einer Gesetzesänderung das Amt für Berufsbildung und die Berufsberatungsstelle zu einem Amt für Berufsbildung und Berufsberatung zusammengelegt. Mit einer dem Landtag unterbreiteten Gesetzesvorlage wurde die Grundlage für die Überführung der Abteilung Sozialversicherung vom Amt für Volkswirtschaft in das Amt für Gesundheit geschaffen. Weiters wurde die Durchführung eines Vorprojektes «Zusammenführung des Presse- und Informationsamtes und der Stabsstelle für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit» beschlossen. Im Rahmen der Reorganisationsmassnahmen beim Amt für Volkswirtschaft hat die Regierung beschlossen, die Prüf-, Mess- und Normenstelle sowie die Fachbereiche Geistiges Eigentum, Wettbewerbsrecht und Konsumentenschutz vom Amt für Volkswirtschaft in das Amt für Handel und Transport, das frühere Amt für Zollwesen, zu überführen. Weiters wurde die Stabsstelle Protokoll auf Beschluss der Regierung in das Amt für Auswärtige Angelegenheiten integriert. All diesen Reorganisationsmassnahmen lagen sachliche und organisatorische Überlegungen zugrunde.

Verlängerte Schalteröffnungszeiten

Die Regierung hat beschlossen, vorerst befristet die Schalteröffnungszeiten verschiedener Amtsstellen zu verlängern. Vom 1. Januar bis 30. Juni 2007 werden in einer Versuchsphase die Schalter der Regierungskanzlei, des Ausländer- und Passamtes, des Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramtes, der Landgerichtskanzlei, der Motorfahrzeugkontrolle, des Amtes für Volkswirtschaft sowie des Zivilstandsamtes jeden Mittwoch bis 19.00 Uhr geöffnet bleiben. Der kundenfreundliche Service soll Privatpersonen die Möglichkeit bieten, Behördengänge nach Arbeitsschluss zu erledigen. Nach Abschluss der halbjährigen Versuchsphase wird die Regierung entscheiden, ob und in welchem Umfang auch in Zukunft verlängerte Schalteröffnungszeiten angeboten werden sollen.

Neues Erscheinungsbild

Die Regierung hat die Einführung eines neuen Erscheinungsbildes für sämtliche Broschüren und sonstigen Informationsmaterialien der Regierung und der Landesverwaltung beschlossen. Damit hat die Regierung ein wesentliches Anliegen, nämlich die Vereinheitlichung des Auftretens der Liechtensteinischen Landesverwaltung nach aussen im Bereich der Broschüren umgesetzt. Die Einführung des neuen modernen Erscheinungsbildes ist bildlicher Ausdruck der im Leitbild neu definierten Identität der Landesverwaltung. Das neue Erscheinungsbild soll in Zukunft einen einheitlichen und starken Auftritt der Landesverwaltung gewährleisten, der das gemeinsam erarbeitete Leitbild grafisch umsetzt und gleichzeitig ein Bekenntnis zur Marke Liechtenstein und den dahinter stehenden Werten und Qualitäten des Landes Liechtenstein darstellt.

Qualitätsmanagement
Im Rahmen des Projektes zur Deregulierung und Delegation von Aufgaben hatten in den zurückliegenden Jahren alle Amtsstellenleiterinnen und Amtsstellenleiter die Aufgaben ihres Amtsbereiches kritisch daraufhin zu überprüfen, ob diese unter bestimmten Bedingungen wegfallen, vereinfacht oder durch Verlagerung oder Erweiterung von Kompetenzen weiter nach unten delegiert werden können. Die Regierung hat die von den Amtsstellen vorgeschlagenen Massnahmen zur Kenntnis genommen und die Regierungsmitglieder sowie die Amtsstellenleiterinnen und Amtsstellenleiter beauftragt, die in den Eingaben der Amtsstellen aufgezeigten Verbesserungspotenziale zu besprechen und die wichtigsten Massnahmen und Projekte in die Zielvereinbarungen 2006/2007 der Regierungsmitglieder mit den Amtsstellenleiterinnen und Amtsstellenleitern aufzunehmen.

Auf Antrag einer Jury hat die Regierung drei Regierungs- und Amtsstellen mit Anerkennungspreisen für innovative und effiziente Verbesserungsmassnahmen aus dem Selbstbewertungsprozess des Jahres 2005 bedacht. Die ausgezeichneten Projekte stammten von den Regierungsressorts, dem Amt für Volkswirtschaft sowie dem Amt für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen.

Auf Antrag des Lenkungsausschusses zur Einführung des Qualitätsmanagements in der Landesverwaltung hat die Regierung die Durchführung eines Projektes zur Entwicklung eines Konzeptes für Kundenbefragungen durch die Regierungs- und Amtsstellen der Landesverwaltung beschlossen. Im Rahmen eines Pilotprojektes mit der Motorfahrzeugkontrolle sowie dem Presse- und Informationsamt soll das neue Konzept ausgetestet und anschliessend im Hinblick auf die spezifischen Bedürfnisse von einzelnen Amtsstellen angepasst werden.

Auf Beschluss der Regierung wurde im Berichtsjahr eine Internet-Plattform für das Qualitätsmanagement in der Landesverwaltung geschaffen. Auf dem Internet sind somit sämtliche Informationen zum Qualitätsmanagement in der Landesverwaltung einer breiten Öffentlichkeit zugänglich. Die Internet-Lösung dokumentiert, dass sich die Landesverwaltung mit dem Leitbild nicht nur einer qualitätsorientierten Arbeit verpflichtet hat, sondern dieser Verpflichtung auch mit vielfältigen Massnahmen und Projekten nachkommt.

Neugestaltung des Landeskanals
Im Sinne des neuen Erscheinungsbildes von Regierung und Landesverwaltung soll auch der Landeskanal ein neues Design erhalten. Damit verbunden ist eine Neugestaltung des Landeskanals, wobei die Rubriken angepasst und erweitert und die Hintergrundgrafiken neu gestaltet werden sollen. Die entsprechenden Vorarbeiten wurden im Berichtsjahr durchgeführt. Damit der Landeskanal in Zukunft auch jenen Personen zur Verfügung steht, die über keinen eigenen Kabelanschluss verfügen bzw. nicht in Liechtenstein wohnhaft sind, hat die Regierung die Erstellung einer Webseite für den Landeskanal im Internet in Auftrag gegeben. Zukünftig soll somit über das Internet ein Zugang zu den Teletext- und Vollbildseiten des Landeskanals ermöglicht werden.

Filmdokumentation Liechtenstein
Das in Liechtenstein jährlich produzierte Filmmaterial wird heute gestützt auf das Archivgesetz im Sinne eines modernen und umfassenden Dokumentationsverständnisses gesammelt und archiviert. Dieses Filmmaterial soll künftig bei Bedarf durch gezielt produzierte Filmdokumentationen über historische und aktuelle Ereignisse von Bedeutung qualitativ aufgewertet und Interessierten (Medien, Bevölkerung etc.) unkompliziert zugänglich gemacht werden. Zur Erarbeitung eines entsprechenden Konzeptes hat die Regierung im Berichtsjahr ein Arbeitsgruppe bestellt. Die Regierung hat dieses Konzept Ende 2006 zur Kenntnis genommen und die Arbeitsgruppe beauftragt, ein Programm für filmisch zu dokumentierende Ereignisse im Jahre 2007 vorzulegen. Die Arbeitsgruppe wurde weiters beauftragt, einen Vorschlag in Bezug auf das Verfahren und die Entscheidungskompetenzen bei der Vergabe von Filmaufträgen auszuarbeiten. Dabei soll auch die Möglichkeit sichergestellt werden, dass bei unvorhergesehenen Ereignissen (z.B. Naturereignisse) auch kurzfristig Aufträge erteilt werden können.

Heimatschriften
Die Regierung hat dem Landtag eine Abänderung des Heimatschriftengesetzes zukommen lassen. Im Rahmen einer Teilrevision ist die gesetzliche Grundlage für die Ausgabe von biometrischen Reisepässen nach internationalen Vorgaben geschaffen worden. Der bislang in Verwendung stehende maschinenlesbare Reisepass ist im Wesentlichen um einen elektronischen Chip ergänzt worden, auf welchem biometrische Daten gespeichert werden. Damit wird die zukünftige Generation von Reisepässen praktisch fälschungssicher. Seit dem 26. Oktober 2006 werden die so genannten e-Pässe vom Ausländer- und Passamt ausgegeben.

Öffentliches Auftragswesen
Im Berichtsjahr gab es verschiedene Anpassungen in Zusammenhang mit den gesetzlichen Grundlagen zum öffentlichen Auftragswesen. So wurde dem Landtag ein Bericht und Antrag zur Übernahme der Richtlinie 2004/18/EG zur Behandlung unterbreitet. Mit der Richtlinie werden die Richtlinien über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge geändert. Durch diese Modernisierung soll neuen Technologien und Veränderungen des wirtschaftlichen Umfelds Rechnung getragen werden. Ein weiterer dem Landtag zugestellter Bericht und Antrag betrifft die Übernahme der Richtlinie 2004/17/EG. Diese Richtlinie bezieht sich auf die Koordinierung der Auftragsvergabe der Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie im Telekommunikationssektor. Diese Richtlinie wurde von der EU-Kommission

erlassen, um den Forderungen nach Vereinfachung, Modernisierung und Flexibilisierung zu entsprechen. Im Dezember hat die Regierung zwei Vernehmlassungsberichte zur Abänderung des Gesetzes über die Vergabe öffentlicher Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge sowie von Aufträgen im Telekommunikationssektor verabschiedet. Beide Gesetzesvorlagen haben ebenfalls die Vereinfachung, Modernisierung und Flexibilisierung der Bestimmungen zum Ziel.

Rechtsanwälte, Patentanwälte, Wirtschaftsprüfer und Treuhänder

In Bezug auf die Aufhebung des Wohnsitzerfordernisses für die Ausübung einer Erwerbstätigkeit wurde im Berichtsjahr eine Vernehmlassung durchgeführt. Die Bedingung eines Wohnsitzes im Inland oder in einem Vertragsstaat des EWR-Abkommens für die Ausübung einer Erwerbstätigkeit stellt grundsätzlich eine Beschränkung der Personenfreizügigkeit dar und widerspricht somit Sinn und Zweck des EWR-Abkommens. Solche Wohnsitzerfordernisse befinden sich noch im Bankengesetz, im Rechtsanwaltsgesetz, im Treuhändergesetz, im Patentanwaltsgesetz, im Gesetz über die Wirtschaftsprüfer und Revisionsgesellschaften sowie im Rohrleitungsgesetz. Mit den vorgeschlagenen Gesetzesanpassungen sollen diese Wohnsitzerfordernisse aufgehoben werden.

Einen weiteren Vernehmlassungsbericht hat die Regierung in Bezug auf die Abänderung des Gesetzes über die am Finanzmarkt teilnehmenden freien Berufe beschlossen. Anlass für die Überarbeitung der entsprechenden Gesetze ist ein von der EFTA-Überwachungsbehörde gegen Liechtenstein geführtes Vertragsverletzungsverfahren wegen Falschumsetzung der Diplomanerkennungsrichtlinie.

Gemäss geltender Rechtslage ist es Rechtsanwälten in Liechtenstein nicht erlaubt, sich in Form einer juristischen Person zusammenzuschliessen. Die Regierung hat eine Vernehmlassungsvorlage verabschiedet, womit es Rechtsanwälten künftig ermöglicht werden soll, sich in der Rechtsform einer juristischen Person zu organisieren. Die Regierung folgt mit dieser Vorlage einer internationalen Entwicklung und entspricht damit einem Bedürfnis der Rechtsanwaltskammer.

Gerichtswesen

Noch vor der Sommerpause hat die Regierung die Vernehmlassungsberichte für ein neues Gerichtsorganisationsgesetz und die Schaffung eines Richterdienstgesetzes verabschiedet. Mit dem Entwurf des Gerichtsorganisationsgesetzes soll die Grundlage für eine moderne Struktur der ordentlichen Gerichte (Landgericht, Obergericht und Oberster Gerichtshof) geschaffen werden. Mit der Vorlage sollen auch die Ergebnisse der durchgeführten Organisationsanalyse der Strukturen der ordentlichen Gerichte umgesetzt werden. Mit dem Entwurf des Richterdienstgesetzes wird für die Richter der ordentlichen Gerichtsbarkeit die erforderliche dienstrechtliche Grundlage geschaffen. Bis anhin fehlte eine klare Rechtsgrundlage für die Rechte und Pflichten der Richter sowie für deren disziplinarische Verantwortlichkeit. Die beiden Gesetze sollen dem Landtag im Frühjahr 2007 zur Behandlung vorgelegt werden.

Mit einer Gesetzesänderung, welche die Regierung dem Landtag im Frühjahr 2006 vorgelegt hat, sollen die Gerichtsgebühren durchschnittlich um rund 20 % angehoben werden. Die Gerichtsgebühren wurden seit 1992 nicht mehr angepasst. Während die Kosten im gesamten Gerichtswesen in den letzten vierzehn Jahren sehr stark angestiegen sind, haben sich die Erträge aus den Gerichtsgebühren nur wenig erhöht. In diesem Sinne hat die Regierung dem Landtag eine Abänderung des Gesetzes betreffend die Gerichts-, Öffentlichkeitsregister- und Grundbuchgebühren vorgelegt.

Schengen/Dublin Verhandlungen

Die offiziellen Verhandlungen mit der Europäischen Union betreffend eine Assoziation Liechtensteins zum Schengen/Dublin-Acquis konnten im Berichtsjahr erfolgreich abgeschlossen werden. Die Assoziation zu Schengen/Dublin erfolgt mittels Protokollen zu den entsprechenden Assoziationsabkommen der Schweiz, wobei Liechtenstein über einen gleichberechtigten Status wie die anderen Assoziationsstaaten verfügt. Die Protokolle wurden am 21. Juni 2006 von Liechtenstein paraphiert. Die Unterzeichung ist im Jahr 2007 vorgesehen.

Staat und Kirche

Das im Vorjahr von der Regierung in Auftrag gegebene Grundlagen- und Diskussionspapier zur Kirchenfinanzierung auf Gemeindeebene wurde anfangs 2006 mit den Gemeindevorstehern nochmals erörtert und vertieft. Es liegt nun im Interesse der einzelnen Gemeinden, die geschichtliche Entwicklung und heutige Situation der Kirchengüter genauer zu überprüfen, damit für eine eventuelle Neuregelung eine gesicherte Ausgangslage besteht.

Im Ressort Präsidium lag die Priorität im Jahre 2006 in der Aufbereitung und Bewertung von verschiedenen rechtlichen Fragen im Zusammenhang mit einer Neuordnung des Verhältnisses zwischen Staat und Religionsgemeinschaften. Dafür wurden umfangreiche kirchen- und verfassungsrechtliche Abklärungen vorgenommen, welche dann im November 2006 anlässlich einer Sitzung der Arbeitsgruppe «Staat und Kirche» vorgestellt und diskutiert wurden. Darin werden Möglichkeiten zu Verfassungsänderung und Religionsgesetz als Grundlage für die Anerkennung von Religionsgemeinschaften aufgezeigt.

AMTSSTELLEN

Amt für Personal und Organisation

Amtsleiter: Peter Mella

Der Jahresbericht des Amts für Personal und Organisation ist geprägt durch die Anzahl und Vielfalt der Projekte. Die Anzahl der Projekte hat mit der Bildung der Abteilung Organisationsentwicklung nochmals zugenommen. Der Organisationsbereich konnte aufgrund der fehlenden Ressourcen lange Zeit nicht mit der notwendendigen Priorität behandelt werden.

Neben verschiedenen Organisationsprojekten im Rahmen der Verwaltungsreform gibt es auch einige Projekte, die grössere Auswirkungen auf die gesamte Landesverwaltung haben werden. Zu nennen sind vor allem der Aufbau einer Public Key Infrastructure (PKI) oder das Projekt «Enterprise Content Management (ECM)». Ein wesentlicher Bestandteil ist auch der permanente Ausbau des Verwaltungsportals www.llv.li. Der Bereich Einkauf wurde nach der Pensionierung des bisherigen Stelleninhabers neu organisiert und in die Abteilung Organisationsentwicklung integriert.

Im Personalbereich bleibt aufgrund des auf hohem Niveau bleibenden Standes an Ausschreibungen sowie dem vermehrten Aufwand für die Betreuung der Amtstellen sowie der MitarbeiterInnen wenig Zeit für eigentliche Projektarbeit. Dennoch konnte ein neues Tool für den Leistungsdialog entwickelt und auch Vorarbeiten für das Gesundheitsmanagement in Angriff genommen werden.

Wesentliche Veränderungen gab es auch in der Abteilung Besoldungsadministration/Versicherungen. Der bisherige Stelleninhaber musste aus gesundheitlichen Gründen andere Aufgaben übernehmen, sodass die Abteilungsleitung neu besetzt werden musste.

Die steigenden Sicherheitsrisiken in der immer vernetzteren Welt machen auch vor der Landesverwaltung nicht halt. Diesem Thema wurde deshalb in der Informatik besondere Aufmerksamkeit geschenkt und nebst der laufenden Verbesserung der Schutzmechanismen auch eine periodische Überprüfung der Wirksamkeit eingeführt. Im Weiteren wurden im Bereich Projektmanagement viele Verbesserungen vorgenommen. Die Anstellung eines Projektmanagers im Jahr 2005 hat sich diesbezüglich als sehr vorteilhaft herausgestellt. Verschiedene Projekte konnten zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht werden. So war es im Juni 2006 auch möglich, die zwei «Urgesteine» des Rechenzentrums der Landesverwaltung, die IBM H50 Systeme, endgültig ausser Betrieb zu nehmen.

In personeller Hinsicht ist zu erwähnen, dass zwei Mitarbeiter der Abteilung Informatik sehr anspruchsvolle Ausbildungen mit sehr gutem Erfolg abgeschlossen haben. Zum einen war dies der Hochschullehrgang »Software Entwickler objektorientiert", zum anderen das äusserst anspruchsvolle Zertifizierungsverfahren zum IPMA (International Project Management Association) Projektleiter Level C.

Personalwesen

Stellenplan 2006

Für das Jahr 2006 bewilligte der Landtag die Schaffung der folgenden Stellen:

Ausländer- und Passamt	1.00
Landespolizei	2.00
Presse- und Informationsamt	1.00
Steuerverwaltung	0.50
Regierung nachgeordnete Stellen	4.00
Total	**8.50**

Personalbestand per 31.12.2006

Übersicht Personalbestand	Stellen	Personen	Männer	Frauen
(Ständige Stellen, Ausgleichsstellen, Nichtständige Stellen)				
Stabstellen der Regierung inkl. Sekretariate	71.70	84	35	49
Landesverwaltung	643.00	701	444	257
Gerichte	51.70	58	26	32
Landtagssekretariat	4.80	5	2	3
Zwischensumme 1	**771.20**	**848**	**507**	**341**
Anstalten und Stiftungen	30.95	45	11	34
Übrige	1.20	3	1	2
Zwischensumme 2	**32.15**	**48**	**12**	**36**
Ausbildung	55.90	56	29	27
Hilfskräfte	96.24	118	54	64
Zwischensumme 3	**152.14**	**174**	**83**	**91**
Total	**955.49**	**1070**	**602**	**468**
Vorjahr	910.70	1080	594	486

Unter dem nichtständigen Personal werden jene Personen geführt, die ein zeitlich befristetes Arbeitsverhältnis haben.

Personalselektion
Im Berichtsjahr wurden 85 (68) Stellen ausgeschrieben. Auf diese Ausschreibungen sind insgesamt 1 177 (979) Bewerbungen eingegangen. Nach Vorabklärungen und dem Ausscheiden einzelner Bewerbungen wurden mit 196 (208) Personen Gespräche geführt.

Es kann festgehalten werden, dass die Stellen insgesamt mit qualifizierten InteressentInnen besetzt werden konnten.

Ausgleichsstellen
Per Ende 2006 sind von 22.10 bewilligten Ausgleichsstellen 17.90 Stellen mit 22 Personen besetzt. Die Gesamtzahl der besetzten Ausgleichsstellen hat sich von 18.20 Stellen (Stand 31.12.2005) um 0.30 Stellen reduziert bzw. die Personenzahl ist unverändert.

Diverse Praktika
Im Berichtsjahr wurden insgesamt 47 (58) PraktikantInnen (zwischen einem Monat und einem Jahr) sowie 20 (18) FerialpraktikantInnen (zwischen zwei und sechs Wochen) beschäftigt. Bei den PraktikantInnen handelte es sich in der Regel um StudentInnen, die während oder nach dem Studium ein Praktikum zu absolvieren hatten. Daneben wurden regelmässig kaufmännische Praktikanten im Rahmen der Absolvierung einer kaufmännischen Vollzeit-Ausbildung für ein Jahr angestellt.

Im Berichtsjahr haben ausserdem 16 (23) Personen ein Gerichtspraktikum absolviert.

Projekte im Personalbereich

Kinderbetreuung in der Landesverwaltung
Die Kindertagesstätte der Landesverwaltung wurde im Frühjahr 2002 mit einer Betreuungskapazität von 10 Plätzen eröffnet. Beim fest angestellten Betreuungspersonal waren im Jahre 2006 keine Wechsel zu verzeichnen. Durchschnittlich teilten sich 26 Kinder die 10 resp. 11 (ab Oktober 2006) Betreuungsplätze.

Im Vordergrund stand 2006 der Umzug der KITA in ein grösseres Haus am Dammweg 8 in Vaduz. Durch die Trennung der Spiel-, Schlaf- und Essbereiche von Säuglingen und Kleinkindern wurde die Betreuungsarbeit optimiert. Aufgrund des grösseren Raumangebotes können nun seit Oktober 2006 mit dem gleichen Betreuungspersonal zwei zusätzliche Betreuungsplätze, d.h. 12 anstatt 10, angeboten werden. Einer der zusätzlichen Plätze wurde befristet für ein Jahr der Hochschule Liechtenstein zur Verfügung gestellt. Die Hochschule übernimmt für diesen Betreuungsplatz das anteilige Betriebsdefizit.

Revision Beamtenrecht – Neues Personalrecht
Anfang Jahr konnte die Arbeitsgruppe der Regierung den Vernehmlassungsentwurf vorlegen. Diese genehmigte im Mai den Entwurf. Die Vernehmlassung dauerte bis Mitte Juli. Anschliessend wurden die Eingaben gesichtet und ausgewertet. Die Vorlage wurde im Sinne der Vernehmlassung überarbeitet. Bis Ende Jahr konnte eine bereinigte Fassung erstellt werden. Es ist nun vorgesehen, dass sich der Landtag im Frühjahr 2007 mit der Vorlage befasst und das neue Personalrecht auf den 1. Januar 2008 in Kraft tritt.

Elektronisches Zutritts- und Zeiterfassungssystem
2003 wurde die Eignungsabklärung des Produkts «Web GeminiTIME» der BIXI AG für die Landesverwaltung positiv abgeschlossen. Beim Produkt «Web GeminiTIME» handelt es sich um einen virtuellen Zeiterfassungsleser, mit dem via Internet-Explorer Abfragen, Erfassungen und Bewilligungen von Zeitbuchungen über das Intranet direkt im Zeiterfassungssystem möglich sind. Neben der papierlosen Erfassung von Zeitbuchungen durch die MitarbeiterInnen wird auch die Absenzverwaltung und -kontrolle für die Vorgesetzten vereinfacht und übersichtlicher gestaltet. Im Jahre 2006 konnte WEB GeminiTIME stufenweise eingeführt werden. Mittlerweile arbeiten sämtliche Amtsstellen erfolgreich mit dem neuen Tool.

Applikation Leistungsdialog
Die Personalbewertungen konnten per Ende September 2006 erfolgreich abgeschlossen werden. Insgesamt wurden wiederum über 800 Leistungsdialoge durch die Vorgesetzten durchgeführt.

Die Applikation «eFocus» wurde im Jahr 2006 durch eine neue informatikgestützte Software abgelöst. Die Erfahrungen und Rückmeldungen der ersten Durchführungen sind in die Entwicklung der neuen Software eingeflossen. Die Rückmeldungen der AnwenderInnen über die neue Applikation waren durchwegs positiv.

Durchführung Lohnrunde
In den ersten beiden Jahren nach Einführung des neuen Lohnsystems wurde den Vorgesetzten aufgrund klarer Kriterien ein informatikgestützter Lohnverteilungsvorschlag zur Verfügung gestellt. Dies um den Vorgesetzten den Einstieg und Umgang mit dem neuen Lohnssystem zu vereinfachen.

Erstmalig konnte nun bei der Lohnrunde 2006 auf die Generierung eines Lohnvorschlages verzichtet werden. Die Vorgesetzten wurden mit den notwendigen Informationen ausgestattet, um die zugeteilten finanziellen Mittel aufgrund der beurteilten Leistungen zu verteilen.

Führungskonzept
In der Landesverwaltung soll zur Unterstützung der Führungsarbeit ein Führungskonzept entstehen. Zu diesem Zweck wurde eine Arbeitsgruppe bestellt, welche sich in einem ersten Schritt der Erarbeitung der Führungsgrundsätze widmete. In Workshops wurden diese abgeleitet vom Leitbild der Landesverwaltung entwickelt.

Im Anschluss wurden die Grundsätze im Entwurf den AmtsstellenleiterInnen an einer Amtsleiterkonferenz präsentiert. Die Rückmeldungen konnten entgegengenommen und in die weitere Ausarbeitung miteinbezogen werden. Anfang 2007 soll der Regierung ein Antrag mit den Führungsgrundsätzen sowie weiteren Umsetzungsmassahmen vorgelegt werden.

Gesundheitsmanagement
Die Förderung der Sicherheit sowie der Schutz der Gesundheit am Arbeitsplatz sind im Leitbild der Landesverwaltung verankert. Noch existiert aber keine umfassende und gezielte betriebliche Gesundheitsförderung. Um diesen Mangel zu beheben, hat die Regierung das Amt für Personal und Organisation mit der Ausarbeitung eines Gesamtkonzeptes beauftragt. Im Berichtsjahr hat eine Mitarbeiterin den Lehrgang «Betriebliche Gesundheitsförderung» bei der SUVA absolviert. Bei der Analyse der IST-Situation hat sich gezeigt, dass gute Ansätze (Organisationsstruktur, Aus- und Weiterbildungsangebot, Arbeitssicherheit) vorhanden sind und dass das Gesundheitsmanagement sinnvollerweise mit dem neuen Führungskonzept koordiniert werden soll.

Teuerungszulagen für das Staatspersonal
Für das Jahr 2006 wurde vom Landtag kein Teuerungsausgleich sondern nur eine individuelle Gehaltsanpassung bewilligt. Der gemäss Besoldungsgesetz Art. 28 zur Berechnung der Teuerung massgebliche Stand des Landesindexes für Konsumentenpreise des Monats August 2006 (Basis Mai 2000 = 100; 2004: 103.3 Punkten [ausgeglichen]; 2005: 104.3 Punkten) entsprach 105.8 Punkten, womit die effektive Teuerung seit dem letzten Ausgleich im Jahr 2004 2.4% beträgt. Aufgrund der aktuellen Budgetsituation, welche gemäss Besoldungsgesetz Art. 27 zu berücksichtigen ist, entschied die Regierung, nebst den individuellen Gehaltsanpassungen beim Landtag eine Anpassung des Teuerungsausgleichs zu beantragen. Mit der Gewährung eines Teuerungsausgleichs von 2% per 1. Januar 2007 wurde die Teuerung auf den Indexstand von 105.8 Punkten ausgeglichen.

Veranstaltungen
Im Berichtsjahr wurden vom Amt für Personal und Organisation folgende Veranstaltungen organisiert:
- Skitag der Landesverwaltung am 4. März 2006 in Lech
- Konferenz der AmtsstellenleiterInnen am 4. Mai 2006 und 4. Oktober 2006
- Pensionistentreffen am 5. September 2006
- Verwaltungsabend der Landesverwaltung am 17. November 2006.

Personalinformation

FLip – Die Personalzeitschrift

Die Personalzeitschrift FLip ist turnusgemäss im Dreimonatsrythmus erschienen. Die Auflage beträgt 1 800 Exemplare. Die Personalzeitschrift ist mittlerweile im 12. Jahrgang und nicht mehr aus der Informationslandschaft der Landesverwaltung wegzudenken.

Rundschreiben
Wichtige Informationen wurden im Intranet veröffentlicht und am Personal-Informationssystem ausgehängt.

Amtliche Kundmachungen
Im Auftrag der Regierung und der Amtsstellen (ohne Landgericht und Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramt) wurden 955 (822) Amtliche Publikationen in den beiden Landeszeitungen veröffentlicht.

Aus- und Weiterbildung

Allgemeines
In den letzten Jahren hat die Regierung keine einschneidenden Budgetkürzungen bei der Aus- und Weiterbildung vorgenommen. Dank dieser antizyklischen Haltung konnte die Landesverwaltung im Ausbildungsbereich trotz wirtschaftlich schwierigerer Zeiten den hohen Standard halten und ihre Pflicht als Arbeitgeberin mit der systematischen und kontinuierlichen Aus- und Weiterbildung der Mitarbeitenden erfüllen. Eine sinnvolle Investition, die sich längerfristig in Form von qualifizierten, einsatzfähigen und motivierten MitarbeiterInnen auszahlt und zugleich das Image der Landesverwaltung auf dem Arbeitsmarkt verbessert.

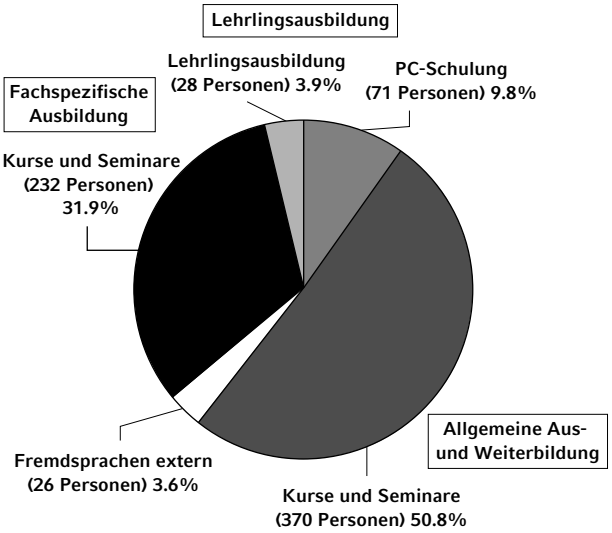
Das heutige Konzept der Aus- und Weiterbildung wurde im Jahre 2000 von der Regierung bewilligt und in den letzten Jahren sukzessive umgesetzt. Mit dem Führungsleitbild wird ein noch fehlender Baustein in absehbarer Zeit vorliegen. Daraus werden weitere Anforderungen an die Aus- und Weiterbildung abzuleiten und umzusetzen sein.

Teilnehmerkreis
In der Landesverwaltung wurden im Berichtsjahr gesamthaft 3 292 (3 879) Weiterbildungstage absolviert. Dies ergibt durchschnittlich 3.22 (3.85) Weiterbildungstage pro MitarbeiterIn.

Insgesamt haben 542 (602) MitarbeiterInnen (260 Mitarbeiterinnen und 282 Mitarbeiter) die Angebote der allgemeinen und fachspezifischen Aus- und Weiterbildung genutzt. Im Weiteren standen 26 (26) Lehrlinge in Ausbildung an verschiedenen Berufsschulen.

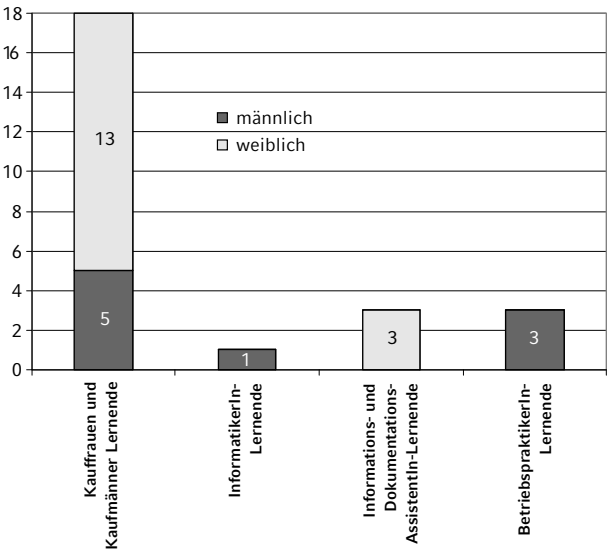
Die Gesamtzahl von 674 (725) absolvierten Ausbildungseinheiten können wie folgt den verschiedenen Bereichen der Aus- und Weiterbildung zugeordnet werden.

Ausbildungseinheiten aufgeteilt in die Fachbereiche



Fachspezifische Aus- und Weiterbildung
Im Berichtsjahr wurden für 230 verschiedene MitarbeiterInnen (84 Mitarbeiterinnen und 146 Mitarbeiter) fachspezifische Kurse und Seminare sowie Fremdsprachenkurse bewilligt. Zusätzlich wurden für einzelne MitarbeiterInnen für die Arbeitsbewältigung fachspezifische Ausbildungen und Lehrgänge bewilligt.

Lehrlingswesen
Mit Ende der ersten Hälfte des Berichtsjahres absolvierten alle 10 angetretenen Lernenden ihre Abschlussprüfungen. In der zweiten Hälfte des Jahres wurden 7 neue Lehrverträge abgeschlossen. D.h. seit Sommer 2006 werden bei der Landesverwaltung 25 Lernende - in folgenden Berufen - ausgebildet:



Im Sommer des Berichtjahres erlangten erstmals 5 Kaufleute (NKG) ihren Fähigkeitsausweis «Kauffrau/Kaufmann». Es ist ein vermehrter Erwerb von Zertifikaten, wie Informatik-Anwender-SIZ (Schweizerisches Informatik-Zertifikat), CFP-Diplome (Französisch) und Englisch-Zertifikate (BEC Preliminary und Vantage) während der Lehre als Kauffrau/Kaufmann zu verzeichnen.

Jede Amtsstelle, welche Lernende ausbildet, hat eine zuständige ausbildungsverantwortliche Person. Diese führt den Lernenden/die Lernende in die Amtsaufgaben ein und ist Ansprechperson. Der Kontakt zwischen den Ausbildungsverantwortlichen/BerufsbildnerInnen und der Lehrlingsbetreuerin ist wichtig. Die Ausbildungsverantwortlichen/BerufsbildnerInnen für den Beruf Kauffrau/Kaufmann bewerten die in den Amtsstellen durchgeführten Arbeits- und Lernsituationen (ALS) und Prozesseinheiten (PE).

Im Berichtsjahr absolvierten 28 SchülerInnen eine 1-tägige Schnupperlehre als Kauffrau/Kaufmann, 1 als BetriebspraktikerIn, 10 als Informatiker und 5 als Informations- und DokumentationsassistentIn.

Von den LehrabgängerInnen konnten drei Kauffrauen, eine Informations- und Dokumentationsassistentin, ein Informatiker und zwei Betriebspraktiker als Aushilfen weiterbeschäftigt werden.

Einführungswoche
Im ersten Lehrjahr findet für alle im Rahmen der Einführungswoche ein Lager statt. Im Berichtsjahr führte diese Reise ins Muotathal.

Arbeitswoche
Im zweiten Lehrjahr leisten die Lehrlinge/Lernenden einen freiwilligen Arbeitseinsatz, letztmals im Appenzell. In Teufen wurden Aufräumarbeiten erledigt.

Lehrabschlussreise
Eine Abschlussreise mit allen Lehrabschlusslehrlingen findet jeweils im dritten Lehrjahr statt. Das Reiseziel wird von den Lehrlingen/Lernenden selbst bestimmt.

Versicherungswesen

Neuabschluss der Versicherungsverträge
Ab 1. Januar 2006 sind die neu vergebenen Versicherungspolicen in Kraft getreten. Der Ablauf der neuen Versicherungspolicen wurde zwischen einem Jahr und max. vier Jahren vereinbart, um den Marktveränderungen gerecht zu werden. Betroffen sind die folgenden Versicherungsverträge:
- Obligatorische Unfallversicherung, samt Zusatzversicherungen und Schülerunfallversicherung
- All-Risk (Gebäude/Fahrhabe-) Versicherung
- Transportversicherung
- Betriebshaftpflichtversicherung
- Organhaftpflichtversicherung
- Motorfahrzeug-Flottenvertrag und Dienstfahrtenkasko.

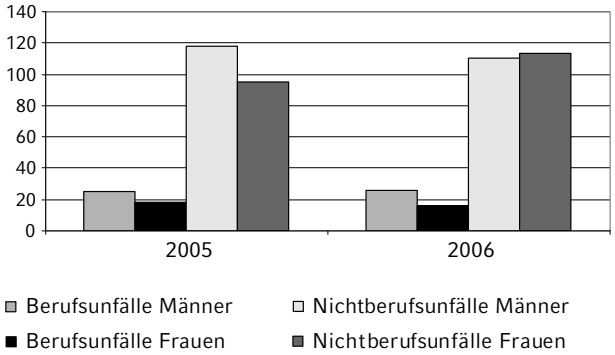
Kollektiv-Unfallversicherung

Unfallstatistik 2006

Art der Unfälle	2005	2006	Veränderung abs.
Berufsunfälle Männer	25	26	1
Berufsunfälle Frauen	18	16	-2
Nichtberufsunfälle Männer	118	110	-8
Nichtberufsunfälle Frauen	95	113	18
Total Berufsunfälle	**43**	**42**	**-1**
Total Nichtberufsunfälle	**213**	**223**	**10**

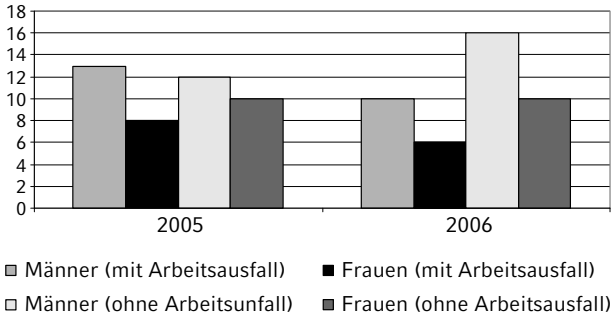
Nach einer Abnahme im Vorjahr hat die Zahl der Unfälle im vergangenen Jahr leider wieder leicht zugenommen.

Zusammenfassung BU- und NBU-Statistik



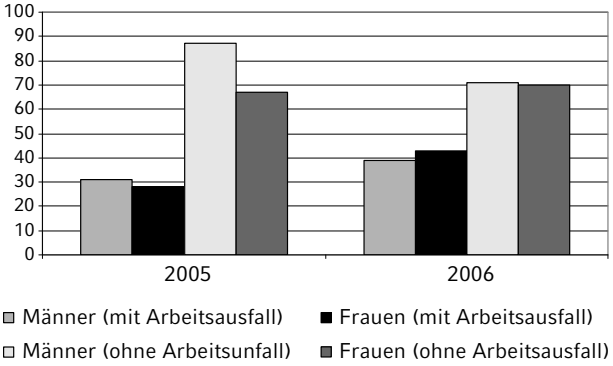
Erfreulicherweise konnte eine kleine Abnahme der Berufsunfälle verzeichnet werden. Bei den Nichtberufsunfällen Männer wurde eine Abnahme von 7% und bei den Frauen eine Zunahme von 19% verzeichnet.

Berufsunfallstatistik



Die Unfälle «mit Arbeitsausfall» haben sich um 24% (5 Unfälle) reduziert und die Unfälle «ohne Arbeitsausfall» haben um 18% (4 Unfälle) zugenommen.

Nichtberufsunfallstatistik



Die Unfälle «mit Arbeitsausfall» haben sich um 39% (23 Unfälle) erhöht und die Unfälle «ohne Arbeitsausfall» haben sich um 8% (13 Unfälle) reduziert.

Sachversicherungen

Schadenstatistik 2006

Art der Schäden	2005	2006	Veränderung abs.
Dienstfahrten-Kasko	10	2	-8
Gebäude-Fahrhabe (All-Risk)	2	0	-2
Haftpflichtversicherung	3	3	0
Motorfahzeug-Flottenversicherung	1	0	-1
Total	**16**	**5**	**-11**

Organisation der Amtsstellen

Einführung der neuen Stellenbeschreibungs-Applikation

Nach den Informationsveranstaltungen im Februar und März wurde die neue Stellenbeschreibungs-Applikation im April 2006 produktiv aufgeschaltet. Die Einführung verlief reibungslos, so dass bis Ende Juni 95% aller Stellenbeschreibungen im System eingepflegt waren.

Die Anbindung der Stellenbeschreibungs-Applikation an den ebenfalls neu gestalteten Leistungsdialog erfolgte im Juli 2006 und verlief ebenfalls ohne Probleme.

Bis Ende 2006 wurde die Funktionalität der Stellenbeschreibungs-Applikation schrittweise um folgende Zusatzmodule erweitert:

– Stellenzuordnungen
– Stellenausschreibung
– Einführung neue Mitarbeitende
– Arbeitszeugnis
– Funktionendiagramm
– Kompetenzdiagramm
– Virtuelle Stellenbeschreibung

Aufgrund der Realisierung dieser Applikation steht der Landesverwaltung ein einzigartiges System zur Verfügung, das die Vorgesetzten und Mitarbeitenden in Personal- und Organisationsthemen umfassend unterstützt.

Projekt «Verlängerte Schalteröffnungszeiten»
Das Amt für Personal und Organisation wurde im Juni 2006 mit der Leitung des Projekts «Verlängerte Schalteröffnungszeiten» betraut. Mit diesem Projekt soll im Rahmen einer Versuchsphase evaluiert werden, wie die Verlängerung der Öffnungszeiten bei den Schalterstellen jeweils am Mittwoch bis 19.00 Uhr bei der Kundschaft ankommt.

Nach ausführlichen Besprechungen mit den betroffenen Amtsstellen sowie den notwendigen Abklärungen und Abstimmungen in Bereichen wie z.B. Sicherheit, Informatik, Reinigung und Arbeitszeitregelung wurde von der Regierung beschlossen, die halbjährige Versuchsphase per 1. Januar 2007 zu starten.

Public Key Infrastructure (PKI)
Unter der Leitung des Amtes für Personal und Organisation wurde ein umfassender Schlussbericht zur Einführung einer Public Key Infrastructure (PKI) erstellt und der Regierung im April 2006 weitergeleitet. Unter PKI wird die eindeutige elektronische Feststellung der Identität eines Kunden/einer Kundin verstanden, so dass eine vertrauliche, gesicherte und rechtlich verbindliche Kommunikation zwischen den Kunden und der Verwaltung sowie innerhalb von Behörden nach standardisierten Prozeduren stattfinden kann.

Der Schlussbericht sieht folgende Einführungsphasen vor:
- Aufgrund der Vorgaben zur Erfüllung der von der EU beschlossenen Publizitätsrichtlinien werden auf 1. Januar 2007 die zuständigen Mitarbeitenden im Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramt mit qualifizierten Zertifikaten ausgestattet.
- In einer zweiten Etappe erfolgt die Ausstattung aller Mitarbeitenden der Landesverwaltung mit qualifizierten Zertifikaten, so dass die Landesverwaltung im Geschäftsverkehr mit ihren KundInnen auf einem elektronisch gesicherten Weg kommunizieren kann.
- Die dritte Etappe sieht die Ausstellung von qualifizierten Zertifikaten für die EinwohnerInnen durch die Verwaltung vor. Dies soll durch die Einführung einer elektronischen Identitätskarte und eines elektronischen Ausländerausweises erfolgen.

Projekt «Elektronische Identitätskarte/Elektronischer Ausländerausweis»
Im Rahmen der dritten Phase zur Einführung einer Public Key Infrastructure ist die Einführung einer elektronischen Identitätskarte und eines elektronischen Ausländerausweises vorgesehen.

Mit der Erledigung der dafür notwendigen Vorarbeiten wurde das Ausländer- und Passamt beauftragt. Im Sinne einer möglichst effizienten Vorgehensweise und der bestmöglichen Synergienutzung wird dieses Projekt in enger Zusammenarbeit mit dem Amt für Personal und Organisation durchgeführt.

Prototyping für «Enterprise Content Management (ECM)»
Unter «Enterprise Content Management» oder kurz «ECM» wird ein System verstanden, das die Abbildung des gesamten Lebenszyklus von Informationen in einem Unternehmen, d.h. von deren Erzeugung, über die Bearbeitung bis zur Bereitstellung sowie der abschliessenden Archivierung bzw. Vernichtung ermöglicht.

Unter der Leitung des Amtes für Personal und Organisation wurde ein Prototyping im Ausländer- und Passamt gestartet. Mit Hilfe dieses Prototypings sollen die im Schlussbericht dargestellten und verwaltungsweit geltenden Erkenntnisse konkretisiert und die notwendigen organisatorischen, technischen und applikatorischen Vorabklärungen durchgeführt werden. Ziel des Prototypings ist es, eine abschliessende Aussage darüber machen zu können, ob und wie ein ECM-System verwaltungsweit eingeführt werden kann.

Verwaltungsportal www.llv.li
Ende 2005 wurde ein umfassendes Review rund um www.llv.li, dem Portal der Landesverwaltung, durchgeführt. Dieses Review bestand aus einer Online-Kundenbefragung sowie einer Benchmark-Analyse. Die Auswertung erfolgte von einer in diesem Themenbereich spezialisierten Firma, die unter anderem auch das Portal der österreichischen Verwaltung betreut. Die Ergebnisse können wie folgt zusammengefasst werden:
- Die erzielten Resultate sind äusserst positiv und bescheinigen dem Verwaltungsportal eine grosse Akzeptanz.
- Die Kunden sind mit den bestehenden Möglichkeiten sehr zufrieden, wünschen sich aber gleichzeitig auch eine Erweiterung der angebotenen Informationen und Dienstleistungen.
- Der Schwerpunkt im Erweiterungsbereich liegt eindeutig im Auf- und Ausbau von interaktiven Anwendungen.
- Die grosse Nachfrage nach elektronischen Dienstleistungen zeigt, dass die Einführung einer Public Key Infrastructure notwendig ist, um den Kundenwünschen gerecht zu werden.

Die Detailergebnisse und -empfehlungen wurden auf deren Machbarkeit geprüft, priorisiert und anschliessend in die weitere Projektplanung aufgenommen. Basierend auf diesen Vorarbeiten wurden im Berichtsjahr verschiedene Verbesserungsmassnahmen realisiert. Die Portal-Suche wurde vollständig überarbeitet, indem sie anders platziert, optisch hervorgehoben und mit zahlreichen zusätzlichen Suchmöglichkeiten erweitert und verbessert wurde.

Der Bereich Portaldienste wurde umstrukturiert und um folgende neue Informationen und Anwendungen erweitert:
- Elektronische Gesetzesdatenkbank (www.gesetze.llv.li)
- Elektronischer Steuerrechner (www.steuerrechner.llv.li)
- RSS-Feed für aktuelle Pressemitteilungen (www.rss.llv.li)

– Qualitätsmanagement in der Landesverwaltung (www.qualitaetsmanagement.llv.li)
– Gezielte Suche nach Bildungsmöglichkeiten in Europa (www.bildungsprogramme-finder.llv.li)
– Elektronische Wanderwege (www.wanderwege.llv.li)
– Kontakte und Standorte auf einen Blick (www.kontakte-standorte.llv.li)
– Öffnungszeiten auf einen Blick (www.oeffnungszeiten.llv.li)
– Aktueller Überblick über die Luftwerte in Liechtenstein (www.luftmesser.llv.li)

Die allgemeinen Informationen zu den einzelnen Amtsstellen wurden strukturell und inhaltlich überarbeitet und vereinfacht.

Im Bereich der Lebensthemen wurden die beiden neuen Lebensthemen «Bildungsprogramme» (www.bildungsprogramme.llv.li) und «Bewusster Leben» (www.bewussterleben.llv.li) umgesetzt und eingeführt.

TQM – Umsetzung im Amt für Personal und Organisation

Die Mitglieder der Regierung sowie die MitarbeiterInnen der Landesverwaltung haben sich verpflichtet, das Leitbild der Landesverwaltung durch Handlungsorientierung in der täglichen Arbeit umzusetzen. In mehreren Workshops wurden zuerst die für das Amt für Personal und Organisation relevanten Leitsätze durch Prioritätensetzung ausgewählt. Anschliessend wurden zu jedem Leitsatz die wichtigsten Handlungsmöglichkeiten ermittelt. Anschliessend wurden sieben konkrete Massnahmen resp. Projekte definiert sowie die Zuständigkeiten und Termine festgelegt. Im Rahmen einer Informationsveranstaltung präsentierten die Mitglieder der Arbeitsgruppe Ende November die Ergebnisse. Anschliessend definierte jeder Mitarbeiter/jede Mitarbeiterin für sich persönlich diejenigen Handlungsprinzipien, die er in den kommenden Wochen umsetzen möchte.

Projekte im Rahmen der Regierungs- und Verwaltungsreorganisation

Zur Umsetzung der Regierungs- und Verwaltungsreform sowie des Regierungsprogramms 2005-2009 wurde das Amt für Personal und Organisation im Berichtsjahr mit der Leitung einiger Organisationsprojekte beauftragt. Im Rahmen dieser Projekte werden vom Amt zusammen mit dem spezifisch eingesetzten Projektteam Fragestellungen aus verschiedensten Teilbereichen wie z.B. Aufbau- und Ablauforganisation, Recht, Finanzen, Personal, Raum, Technik oder Kommunikation besprochen, auf einen koordinierten Zeitpunkt abgestimmt und die dafür notwendigen Umsetzungsmassnahmen zu Handen der Regierung oder zu Handen der jeweiligen Amtsleitung erarbeitet.

Integration verschiedener Fachbereiche vom Amt für Volkswirtschaft in das Amt für Handel und Transport

Der konkrete Projektauftrag an das Amt für Personal und Organisation lautete «Integration der Prüf-, Mess- und Normenstelle (TPMN) sowie der Fachbereiche Geistiges Eigentum, Wettbewerbsrecht und Konsumentenschutz vom Amt für Volkswirtschaft in das Amt für Handel und Transport (bisher Amt für Zollwesen)».

Zusätzlich zu den einleitend ausgeführten Teilbereichen wurde im Rahmen dieses Projekts auch ein Bericht und Antrag an den Landtag erstellt, der sich mit Reorganisationsmassnahmen beim Amt für Volkswirtschaft und beim Amt für Zollwesen beschäftigt (BuA Nr. 124/2006). Dieser Bericht und Antrag wurde vom Landtag in seiner Sitzung vom 24. November 2006 verabschiedet.

Integration der Abteilung «Sozialversicherung» vom Amt für Volkswirtschaft in das Amt für Gesundheit

Zusätzlich zu den einleitend ausgeführten Teilbereichen wurde im Rahmen dieses Projekts ein Bericht und Antrag an den Landtag erarbeitet, der sich mit den notwendigen Reorganisationsmassnahmen beim Amt für Volkswirtschaft und beim Amt für Gesundheitsdienste beschäftigt (BuA Nr. 64/2006). Dieser Bericht und Antrag, welcher sowohl die notwendigen Gesetzesanpassungen als auch die Abänderung des Namens «Amt für Gesundheitsdienste» in «Amt für Gesundheit» umfasst, wurde vom Landtag in seiner Sitzung vom 21. September 2006 verabschiedet.

Integration der Stabsstelle Protokoll in das Amt für Auswärtige Angelegenheiten

Im Rahmen dieses Projekts wurde der Bericht und Antrag betreffend die Integration der Stabsstelle Protokoll in das Amt für Auswärtige Angelegenheiten und die damit verbundene Auflösung der Stabsstelle Protokoll erarbeitet (BuA Nr. 107/2006). Die Verabschiedung dieses Berichts und Antrags durch den Landtag erfolgte in der Landtagssitzung vom 24. November 2006.

Projekt zur Zusammenführung des Amtes für Berufsbildung und der Berufsberatungsstelle

Im Rahmen des Vorprojekts wurde vom Projektteam ein Bericht zu Handen der Regierung verfasst, der neben einem Überblick über die Situation in den umliegenden Kantonen eine detaillierte Aufstellung der liechtensteinspezifischen Vor- und Nachteile einer Zusammenführung umfasst und dementsprechende Massnahmen und/oder Lösungsansätze aufzeigt. Basierend auf der ebenfalls vom Projektteam erarbeiteten Grobdarstellung der zukünftigen organisatorischen Ausrichtung erfolgte die Neubesetzung der Amtsleitung.

Die Zusammenführung des Amtes für Berufsbildung und der Berufsberatungsstelle wurde dem Landtag mit Bericht und Antrag bzgl. Schaffung eines Gesetzes über die Zusammenlegung des Amtes für Berufsbildung und der Berufsberatungsstelle vorgestellt (BuA Nr. 49/2006)

und vom Landtag in seiner Sitzung vom 23. Juni 2006 verabschiedet.

Nach Abschluss des Vorprojektes und der Genehmigung der gesetzlichen Grundlage durch den Landtag hat die Regierung im September 2006 das Hauptprojekt zur effektiven Zusammenführung der Berufsberatungsstelle und des Amtes für Berufsbildung beschlossen.

Amtsstellen-orientierte Projekte

Durchgeführte Stellenzuordnungen
Im Jahr 2006 wurden folgende Amtsstellen umfassend überprüft:
– Amt für Personal und Organisation
– Stabsstelle für Chancengleichheit
– Steuerverwaltung
– Tiefbauamt
Aufgrund des Umstiegs auf das neue Lohnsystem wurde im Weiteren die gesamte Landespolizei überprüft und in die bestehenden Lohnklassen eingereiht. Damit die Eigenheiten der Landespolizei berücksichtigt werden können, mussten zusätzlich zu den eigentlichen Stelleneinstufungen auch die polizeispezifischen Richtpositionen und Richtpositionsbeschreibungen erarbeitet werden.

Reorganisation im Amt für Umweltschutz
Zusammen mit der Amtsleitung wurden im Amt für Umweltschutz verschiedene organisatorische Massnahmen erarbeitet und von der Regierung beschlossen. Neben der Ernennung eines Führungsteams ist insbesondere die Schaffung der Stabsstelle «Dienste» zu erwähnen, über welche die technischen, administrativen und organisatorischen Tätigkeiten der Amtsstelle koordiniert werden sollen.

Reorganisation im Amt für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen
In Zusammenarbeit mit der Amtsleitung wurden verschiedene Massnahmen erarbeitet, um die seit mehreren Jahren bestehende Arbeitsüberlastung des Amtsleiters zu reduzieren. Der Massnahmenkatalog sieht die Einführung einer klar definierten Aufbauorganisation sowie die dementsprechende Stellenzuteilung und Ernennung der Führungskräfte vor.

Einkauf
Obwohl es während des Berichtsjahres zu vielen Umzügen und damit verbundenen Anschaffungen gekommen war, konnten die Budgetvorgaben eingehalten werden. Dies war nur dank der Verwendung und Anpassung von bestehendem Mobiliar und äusserster Zurückhaltung bei der Anschaffung von neuem Mobiliar möglich.

Mit der Sektion Autogewerbe der Gewerbe- und Wirtschaftskammer wurden die bestehenden Richtlinien auf die neuen ÖAWG-Richtlinien angepasst.

Für das neue Justizgebäude musste das Büromobiliar beschafft werden. Angesichts der geltenden ÖAWG-Schwellenwerte war eine internationale Ausschreibung notwendig. Dies hatte zur Folge, dass der Fachbereich Einkauf ab Mitte 2006 zu grossen Teilen damit beschäftigt war, die dementsprechende Ausschreibung auszuarbeiten und durchzuführen. Im Anschluss an die Auswertung der zahlreichen Offerteingaben erfolgte eine Bemusterung des Büromobiliars. Die Vergabe des Mobiliars wurde Ende 2006 von der Regierung beschlossen. Die definitive Bestellung erfolgt im Jahr 2007.

Neuorganisation des Bereichs Einkauf
Mit der Pensionierung des bisherigen Stelleinhabers ergab sich die Möglichkeit diesen Bereich neu zu organisieren und die Schnittstellen zu überprüfen. Es ergaben sich verschiedene Korrekturen, so z.B. die Aufgabenabgrenzung mit der Liegenschaftsverwaltung des Hochbauamtes. Auch das Aufgabengebiet wurde angepasst, so laufen in Zukunft alle Fragen und Aufträge im Zusammenhang mit Druck und Grafik bei der internen Druckerei der Informatikabteilung zusammen. Dies ist auch die Voraussetzung für die Wahrnehmung der neuen Aufgaben im Zusammenhang mit den Gestaltungsrichtlinien resp. den Richtlinien betreffend die Auftragsvergaben.

Raumbedarfsplanung

Generelle Raumbedarfsplanung
Die von der Regierung beauftragte Arbeitsgruppe legte der Regierung im Herbst einen Bericht über die mittelfristige Raumbedarfsplanung vor und schlug konkrete Massnahmen vor.

Mietobjekt Justizgebäude
Das abgelaufene Jahr stand ganz im Zeichen der Detailplanung. Es galt, die organisatorischen Aspekte und die Sicherheitsanforderungen auch in der Detailphase unter einen Hut zu bringen. Die Baukommission arbeitete gut und unbürokratisch, der Terminplan konnte eingehalten werden und der Stand auf der Baustelle entsprach Ende Jahr den Vorgaben, sodass der Bezugstermin Mai 2007 gesichert ist. Durch ein konsequentes Kostenmanagement wird die Einhaltung des Budgets gesichert.

Staatsanwaltschaft - Haus Scherzinger
Die Staatsanwaltschaft war bisher im Haus Risch im Zentrum von Vaduz untergebracht. Neu wird die Staatsanwaltschaft im Haus Scherzinger, in unmittelbarer Nähe des neuen Justizgebäudes, untergebracht sein. Der Landtag bewilligte einen Nachtragskredit für den notwendigen Umbau der Büroräumlichkeiten im neuen Mietobjekt. Die Umbauarbeiten wurden termingerecht abgeschlossen, sodass die Staatsanwaltschaft Ende Oktober die neuen Räume beziehen konnte. Staatsanwaltschaft und Landgericht sind nun räumlich in nebeneinander liegenden Gebäuden untergebracht.

Haus Risch
Durch den Auszug der Staatsanwaltschaft wurden im Haus Risch entsprechende Flächen frei. Im Rahmen des

Organisationsprojekts betreffend die Zusammenführung der Abteilung «Sozialversicherungen» mit dem Amt für Gesundheitsdienste wurde eine Raumbedarfsplanung erstellt. Es zeigte sich, dass die Zusammenführung in den bestehenden Räumlichkeiten im Postgebäude Schaan nicht möglich war, sodass sich die frei werdenden Büros im Haus Risch für diese Lösung anboten. Das Amt für Gesundheitsdienste zügelte Ende November in das Haus Risch. Die Abteilung Sozialversicherungen folgte etwas später.

Landesarchiv
Einer der grössten Umzüge in der Geschichte der Landesverwaltung betraf das Landesarchiv. Bedingt durch den Neubau mussten alle Archivmaterialien in ein Provisorium gezügelt werden. Ein paar Zahlen sollen den Umfang verdeutlichen:
- Die Vorbereitung des Umzuges dauerte ca. 25 Arbeitstage, Zeitraum Februar bis März.
- Beim Umzug wurden ca. 13 000 Kisten benötigt und befördert.
- Der Umzug erstreckte sich über einen Zeitraum von März 06 – Ende September 06.
- 4-6 Mitarbeiter des Tiefbauamtes waren ca. 60 Tage im Einsatz.
- Es wurden ca. 360 Transportfahrten von Vaduz nach Triesen gemacht.

Insgesamt sind ca. 7 800 Laufmeter Akten transportiert worden.

Postgebäude Schaan
Die Raumbedarfsplanung beim Postgebäude Schaan wurde durch zwei Projekte beeinflusst. Einerseits war dies die Zusammenführung des Amts für Berufsbildung mit der Berufsberatungsstelle und andererseits der Auszug des Amts für Gesundheit aufgrund der Neuorganisation. Erste Priorität bei der Planung hatte die Zusammenführung der beiden Amtsstellen. Gleichzeitig mussten auch die personellen Erweiterungen beim Amt für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen berücksichtigt werden. Zusammen mit der Abteilung Projektierung des Hochbauamtes wurden anhand der Vorgaben des Handbuches für die Bedarfsplanung die Flächen ermittelt und erste Abklärungen getroffen.

Verlagerung von Amtsstellen
Die folgende Übersicht zeigt alle wesentlich Umzüge des abgelaufenen Jahres. Umstellungen von Einzel-Arbeitsplätzen oder kleineren Organisationseinheiten sind nicht enthalten.

Nr.	Amt	Von	Nach
1	Namenbuch / Historischer Verein / Lexikon	Messinagebäude Triesen	Gamanderhof / Schaan
2	Amt für Zivilschutz und Landesversorgung	Messinagebäude Triesen	Wille-Areal / Vaduz
3	Landesarchiv	Landesarchiv / Städtle 51	Messinagebäude Triesen
4	Staatsanwaltschaft	Haus Risch Vaduz	Haus Scherzinger Vaduz
5	Amt für Volkswirtschaft	Haus Risch DG	Haus Risch OG
6	Amt für Gesundheit	Post Schaan	Haus Risch Vaduz
7	Amt für Volkswirtschaft/Abt. Sozialversicherungen	Hanfland Vaduz	Haus Risch Vaduz
8	Tiefbauamt - Werkbetrieb	Werkbetrieb TBA	Wille-Areal / Vaduz

Informatik

EDV-Gesamtlösung für die Abteilung Arbeit des Amtes für Volkswirtschaft
Es wurden einige Zusatzfunktionen implementiert. Stellvertretend seien genannt: die Taggeldberechnung für Personen mit reduziertem Beschäftigungsgrad, die Berücksichtigung des variablen Existenz-Minimums bei der Pfändung der Arbeitslosengelder oder etwa die Anpassung des Lohnes bzw. des Zwischenverdienstes bei Teilzeitstellensuchenden. Die Abnahme der Module Arbeitsvermittlung (AV) und Arbeitslosenversicherung (ALV) erfolgte planmässig im 4. Quartal 2006.

EDV-Lösung für die Energiefachstelle beim Amt für Volkswirtschaft
Die Energiefachstelle des Amts für Volkswirtschaft ist zuständig für die Ausarbeitung und Umsetzung energiepolitischer Konzepte. Das Energiespargesetz fördert die Wärmedämmung von Gebäuden, die Umrüstung oder Neuerstellung auf Haustechnikanlagen welche auf erneuerbaren Energien basieren sowie den Einsatz von Solartechnik zur Warmwasseraufbereitung und zur Produktion von elektrischer Energie.

Für die gesamte administrative Abwicklung der Anträge sowie die Verwaltung der ausbezahlten Förderbeiträge wurde eine neue Softwarelösung benötigt. Diese Lösung wurde im Berichtsjahr realisiert und steht mittlerweile in produktivem Einsatz.

Erweiterung der Archivierungslösung ScopeArchiv beim Landesarchiv
Die Archivierungslösung wurde um das Modul «Übernahme-Assistent» erweitert. Diese Software ermöglicht den Import komplex strukturierter Daten aus Fremdbeständen in ScopeArchiv und erspart somit die manuelle Mehrfacherfassung bereits vorhandener Daten.

Erweiterung der Steuerlösung um die EU-Zinsbesteuerung
In einem zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Europäischen Gemeinschaft ausgehandelte Abkommen hat sich Liechtenstein verpflichtet, einen Steuerrückbehalt auf bestimmten Zinserträgen vorzunehmen. Damit dieser Verpflichtung nachgekommen werden kann, musste die Steuerlösung erweitert werden.

Softwarebeschaffung für die elektronische Steuererklärung (eTax)
Die Steuerverwaltung wird für das Steuerjahr 2006 eine elektronische Steuererklärung auf dem Portal der Landesverwaltung zur Verfügung stellen. Die dazu nötige Software wurde beschafft und an die liechtensteinischen Gegebenheiten angepasst.

Stipendienlösung beim Schulamt
Das im Herbst 2005 gestartete Projekt, mit dem Ziel eine neue EDV-Lösung für die Stipendienstelle beim Schulamt zu realisieren, wurde im Oktober des Berichtsjahres erfolgreich abgeschlossen. Anlässlich der letzten Projektausschusssitzung wurde das Abnahmeprotokoll der Lösung unterzeichnet und die Applikation offiziell in den produktiven Betrieb überführt.

Softwarelösung «Gebäudeinformationssystem» bei der Liegenschaftsverwaltung
Der Datenbestand hat in den letzten Jahren stark zugenommen, weshalb die Verarbeitungsgeschwindigkeit zunehmend langsamer wurde. Die Migration auf ein modernes Datenbanksystem wurde deshalb in Angriff genommen. Zusätzlich wurden neue Anforderungen, wie zentraler Einkauf und Einbindung des Sicherheitskonzepts, umgesetzt. Die migrierte Lösung befindet sich noch in der Testphase. Im ersten Quartal 2007 erfolgt die produktive Einführung.

Umsetzung der Publizitätsrichtlinie beim Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramt
Gemäss EU-Richtlinie haben die Mitgliedsstaaten dafür zu sorgen, dass ab dem 1. Januar 2007 im Bereich Öffentlichkeitsregister den KundInnen die Möglichkeit der elektronischen Auskunftseinholung sowie der elektronischen Geschäftsabwicklung geboten wird.

Um dieser Forderung nachzukommen wurde im Frühjahr ein umfangreiches Projekt gestartet, das sowohl technische wie auch organisatorische und gesetzliche Massnahmen beinhaltete. Ab Dezember konnte die Lösung zum Test freigegeben werden.

Erweiterung der Softwarelösung beim Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramt
Als Erweiterung der bestehenden Geschäftsapplikation des Grundbuches wurde das Modul TERRIS «Anzeige- und Meldewesen», sowie die Module TerIntra-WEB und TerIntra-Zugriffszählung beschafft. Mit Hilfe dieser Softwaremodule wird die Erstellung der Handänderungsmeldungen an die Gemeinden wesentlich vereinfacht, sowie externen Kunden der Zugriff via Internet ermöglicht.

IT-Sicherheit
Die Sicherheitsrisiken in der IT wachsen stetig an.

Deshalb ist es unerlässlich von Zeit zu Zeit zu überprüfen, ob die Sicherheitseinrichtungen die erwünschte Wirkung zeigen und Angriffe wirksam abwehren. Aus diesem Grund wurde alle drei Monate ein Sicherheitscheck durchgeführt. Etwaige Lücken und mögliche Angriffspunkte konnten so aufgespürt und anschliessend gezielt geschlossen werden.

Ausländer- und Passamt - Neue Passgeneration
Nach der Auftragsvergabe im April 2006 an die Österreichische Staatsdruckerei zur Bereitstellung der zur Ausgabe von biometrischen Pässen notwendigen Soft- und Hardware, wurde die Spezifikation für die Schnittstelle zur «Zentralen Personenverwaltung» (ZPV) erstellt. Anschliessend wurde basierend auf dieser Spezifikation die Schnittstelle ZPV – ePass-System realisiert.

Geschäftsapplikation für das Zivilstandesamt (Phase 2)
Die Phase 2 der Geschäftslösung wurde gemäss Pflichtenheft fertig gestellt. Folgende Bereiche werden dadurch abgedeckt:
- Alle bis anhin manuell zu bearbeitenden Ereignisse werden neu vom System unterstützt.
- Alle Scheine, Meldungen und Formulare werden elektronisch erstellt.
- Die Einhaltung der Geschäftsregeln wird automatisch überprüft.

Ausbau der USV Anlage (Unterbrechungsfreie Stromversorgung)
Die im Jahr 2003 in Betrieb genommene USV Anlage wurde um einen Batterieblock erweitert. Aufgrund des gestiegenen Energiebedarfs des Rechenzentrums der Landesverwaltung reichte die Kapazität nicht mehr aus, um bei einem länger anhaltenden Stromausfall die Systeme ordnungsgemäss herunterzufahren. Mit dem Ausbau erhöhte sich die Autonomiezeit auf über eine Stunde, was für eine ordnungsgemässe Systemabschaltung ausreichend ist.

Backoffice Migration
Nachdem im Vorjahr der Verzeichnisdienst «Active Directory» eingeführt wurde, konnte die Benutzermigration abgeschlossen werden. Ausstehend ist noch die Migration der MitarbeiterInnen in den Botschaften.

Ersatz der Print-Server
Die veraltete Print-Server-Infrastruktur, bestehend aus acht dedizierten Rechnern, wurde durch ein modernes Clustersystem ersetzt. Die Stabilität und Betriebssicher-

heit konnte dadurch wesentlich erhöht werden. Im Gegenzug sanken die Wartungs- und Betriebsaufwände.

Ausbau Storage-Infrastruktur
Dem stetig wachsenden Bedarf an Speicherplatz für die Dateiablage musste auch in diesem Jahr Rechnung getragen werden. Das vorhandene Clustersystem wurde daher entsprechend ausgebaut.

Virenschutz
Nachdem bereits im Vorjahr der Virenschutz durch eine neue Mail-Firewall aktualisiert wurde, konnte nun auch der Virenschutz im Bereich Client-PC und Server erneuert werden. Auch für den Proxy-Server, der eine zentrale Rolle bzgl. Virenschutz für den Internetzugang spielt, wurde ein neues Produkt evaluiert und installiert. Damit existiert in der Landesverwaltung ein modernes, mehrstufiges Virenschutzkonzept, welches Komponenten von drei verschiedenen Herstellern enthält.

Serverkonsolidierung
Die zunehmende Anzahl an Applikation hat in den vergangenen Jahren zu einer wachsenden Anzahl an Serversystemen geführt. Der so entstandene Engpass im Rechenzentrum (Klima, Notstromversorgung, Kabelinfrastruktur) wird heute mit verschiedenen Konsolidierungsstrategien behoben. Im Berichtsjahr wurden weitere Virtualisierungsplattformen realisiert, auf welchen mehrere Server virtuell zur Verfügung gestellt werden können. Die Anzahl physischer Server konnte dadurch reduziert werden.

Migration der ORACLE Anwendungen auf Version 10g (Web-Forms)
In einem Migrationsprojekt wurden die Client/Server basierten ORACLE-Applikationen der Landesverwaltung in eine browserbasierte Web-Architektur überführt. Der Umstieg auf die Web-Umgebung ist mit den ORACLE Werkzeugen mit relativ geringem Aufwand möglich. Durch die Migration werden langjährige Investitionen in bestehende Forms-Anwendungen geschützt. Gleichzeitig eröffnen sich durch das Web-Umfeld neue Möglichkeiten der Integration von Web Services, Java-Komponenten und anderen Services des Oracle Application Servers in die existierenden Forms-Anwendungen.

Auf Basis des Oracle Application Servers entstand somit eine hochverfügbare, datenbankgestützte Gruppe von Anwendungen, die an allen Arbeitsplätzen ohne Installationsaufwand zur Verfügung gestellt werden kann. Zukünftig wird auch eine einfachere Integration der Forms-Anwendungen in unternehmensweite Prozesse ermöglicht.

Releasewechsel der Finanzlösung CS/2
Die Beendigung der Herstellerunterstützung der im Einsatz stehenden Version der CS/2 Finanzlösung machte einen Wechsel auf den aktuellen Release notwendig. Nach umfangreichen Vorarbeiten konnte der neue Release im Juni 2006 erfolgreich in Betrieb genommen werden. Das runderneuerte CS/2 hat eine modernisierte Oberfläche erhalten und bietet neu auch einen Web-Client an. Gleichzeitig mit dem Software-Upgrade wurde auch die gesamte Hardware-Infrastruktur erneuert, was zu einer wesentlich höheren Gesamtperformance führte.

Einführung eines neuen Leitfadens für Informatikprojekte
Der bisherige Leitfaden wurde überarbeitet. Eine Projektgruppe erarbeitete einen Projektleitfaden, der nicht nur die Projektmethodik enthält, sondern auch diverse Vorlagen, welche von den ProjektleiterInnen und ProjektmitarbeiterInnen direkt genutzt werden können. In Zukunft werden Projekte, bei denen die Informatik einen wesentlichen Teil zur Leistungserstellung beiträgt, gemäss diesem Leitfaden einheitlich abgewickelt. Der Leitfaden wird der Regierung zur Genehmigung vorgelegt.

Einführung Kompass 2
Die bisher eingesetzte Amtslösung beim Amt für Berufsbildung und Berufsberatung zur Verwaltung von Lehrverhältnissen, Lehrberufen, Lehrbetrieben, Noten etc., weist in diversen Punkten Mängel auf. Es wurde deshalb der Entscheid getroffen diese Anwendung nicht mehr weiter zu entwickeln, sondern die Schweizer Standardlösung Kompass 2 einzuführen. Diese Anwendung wird von rund der Hälfte der Schweizer Kantone eingesetzt. Die Applikation inklusive der migrierten Daten wird gegenwärtig intensiv getestet. Die Einführung erfolgt modulweise im ersten und zweiten Quartal 2007.

Optimierung Versand Landtagsprotokolle
Die interne Druckerei der Landesverwaltung stellt verschiedenste Druckerzeugnisse her. Den grössten Anteil nehmen dabei die Berichte und Anträge der Regierung an den Landtag (BuA) und die Landtagsprotokolle ein. Um die AbonnentInnen auf die bestehenden Online-Anwendungen für publizierte BuA (www.bua.llv.li) und Landtagsprotokolle (www.landtag.li) hinzuweisen, wurden zwei neue Newsletter im Portal der LLV aufgeschaltet. Etliche AbonnentInnen verzichteten danach auf die gedruckten Exemplare, was allein für die BuA eine Papiersparnis von rund 350 000 Seiten pro Jahr bedeutet.

Kommunikation

Ausbau Kommunikationsnetzwerk
Mit dem Gamanderhof in Schaan, dem Werkhof Wille-Areal und der Liegenschaft Haus Scherzinger wurden drei weitere Gebäude an das Kommunikationsnetzwerk der Landesverwaltung angeschlossen. Somit sind heute 32 Liegenschaften in das Kommunikationsnetzwerk integriert.

Das Verwaltungsgebäude 4b wurde über eine eigenständige Glasfaser- und Kupfererschliessung an das

öffentliche Netz der LKW angeschlossen. Dies ermöglicht gegenüber bisher, eine vom Verwaltungsgebäude 4a unabhängige Integration in das Kommunikationsnetzwerk der Landesverwaltung.

Mit der Realisierung der Kommunikationsinfrastruktur für das Justizgebäude und das neue Landtagsgebäude wurde begonnen. Die benötigten Netzwerkkomponenten konnten zum Teil noch im Berichtsjahr beschafft werden.

Anschluss der AHV an das Kommunikationsnetzwerk der Landesverwaltung
Es wurden die technischen Voraussetzungen geschaffen, um der AHV Zugriff auf die Systeme der Landesverwaltung und den Zugang zum Internet zu ermöglichen. Dies bedingte die Einbindung der AHV in das Kommunikationsnetz der Landesverwaltung, womit sie rein technisch weitgehend einer verwaltungsinternen Stelle entspricht und daher auch die Einhaltung der verwaltungsspezifischen Richtlinien und Regelungen gewährleisten muss. Zu diesem Zweck wurde ein Rahmenvertrag ausgearbeitet, der die Zusammenarbeit in diesen Bereichen sowie die Entschädigung der Dienstleistungen der Landesverwaltung regelt.

Neue Telefonzentrale
Die neue Telefonzentrale konnte im Berichtsjahr erfolgreich in Betrieb genommen werden. Mit der neuen Anlage wird nun zusammen mit den Daten auch der Sprachdienst über das Kommunikationsnetzwerk übertragen (VOIP – Voice over IP). Dadurch konnten diverse Glasfaserverbindungen gekündigt werden, was zu entsprechenden Einsparungen führte. Die beiden Hauptknoten der neuen Anlage sind heute noch im Gebäude der Landespolizei untergebracht. Nach der Fertigstellung des neuen Landtagsgebäudes wird ein Knoten dort stationiert. Durch diese geographisch getrennte Architektur kann eine hohe Ausfall- und Katastrophensicherheit gewährleistet werden.

Systemmanagement und Monitoring
Ein möglichst unterbruchsfreier Betrieb der IT-Infrastruktur verlangt ein hohes Mass an Ausfallsicherheit der Netzwerk- und Serverkomponenten. Das wird durch ein proaktives Systemmanagement sichergestellt. Der Ausbau der Systemüberwachung wurde im Berichtsjahr weiter vorangetrieben. Heute werden mit diesem System über 400 Komponenten überwacht.

Interne Druckerei

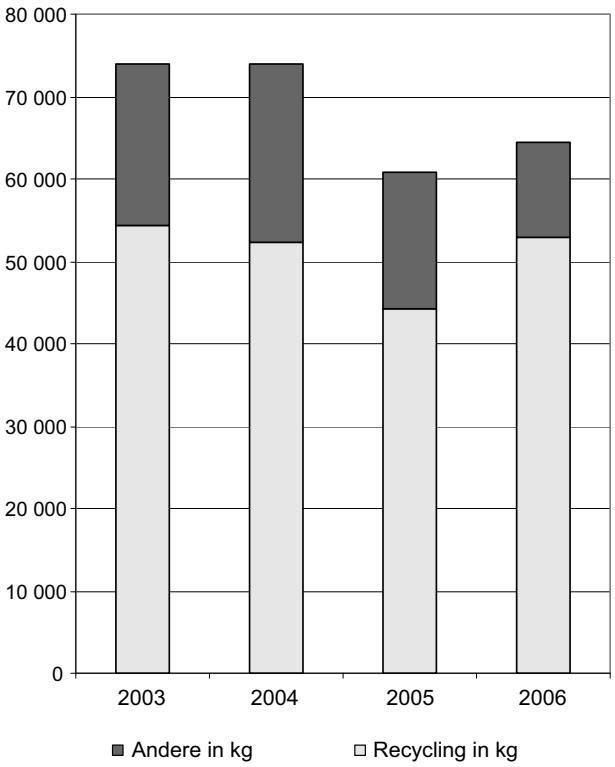
Vergabe von Drucksachen
Die Vergabe von Drucksachen durch den Einkauf der Abteilung Organisation wurde im Jahr 2006 von der internen Druckerei übernommen. Ab dem 1. Januar 2007 obliegt der internen Druckerei die Vergabe aller Drucksachen der Landesverwaltung. Die Vergabe basiert auf einem von der GWK Sektion Druck/Grafik und dem Amt für Personal und Organisation erarbeiteten Reglement, welches von der Regierung beschlossen wurde und per 1. Januar 2007 in Kraft ist. Durch die zentrale Vergabe wird einerseits eine faire Verteilung erreicht und andererseits ist mit Kosteneinsparungen zu rechnen.

Erscheinungsbild Landesverwaltung
Die Regierung beschloss im Februar neue Gestaltungsrichtlinien für Broschüren und sonstige Informationsmaterialien der Landesverwaltung. Mit der Umsetzung und Einhaltung der Richtlinien wurde das Amt für Personal und Organisation beauftragt. Parallel dazu wurden von einer Arbeitsgruppe kostengünstigere Alternativen für die Umsetzung des Leitbildes bei den Briefschaften geprüft. Die Abklärungen sind noch im Gange.

Papierverbrauch
Nachdem der Papierverbrauch im Jahr 2005 deutlich unter das Niveau der Jahre 2003 und 2004 gesunken war, ist er im Jahr 2006 wieder leicht angestiegen. Dies entspricht in etwa dem Niveau des Jahres 2002. Erfreulicherweise ist das Verbrauchsverhältnis der Papiersorten mit 82.25% deutlich zu Gunsten der Recycling Papiere ausgefallen.

	2006		2005		2004		2003		2002	
	kg	%	kg	%	kg	%	kg	%	kg	%
Recycling	52 930	82.25	44 292	72.88	52 314	71.3	54 324	73.5	53 498	81.4
Andere	11 420	17.75	16 475	27.12	21 685	29.6	19 636	26.5	12 258	18.6
Total	**64 350**		**60 767**		**73 355**		**73 960**		**65 756**	

Papiervergleich 2002-2006



Presse- und Informationsamt

Amtsleiterin: Daniela Clavadetscher

Neben der Information der Öffentlichkeit über behördliche Aktivitäten und Massnahmen, der Durchführung von Medienanlässen und der Betreuung von Medienschaffenden gehört die Organisation des Staatsfeiertages am 15. August zu den Hauptaufgaben des Presse- und Informationsamtes. Eine besondere Prägung erhielt das Jahr 2006 durch die Mitarbeit am Jubiläum «200 Jahre Souveränität 1806-2006».

Redaktion

Pressemitteilungen
Im Jahr 2006 wurden 716 (2005:623) Pressemitteilungen verschickt. Auf der Grundlage eines Vertrags mit einer entsprechenden Dienstleistungsfirma werden die Pressemitteilungen über eine Web-Maske direkt in ein Satellitennetz eingespeist. So können die Pressemitteilungen zeitgleich an die Redaktionssysteme von mehr als 330 tagesaktuellen Medien geschickt werden. Die Pressemitteilungen finden auch Eingang in Presseportale. Unter www.presseportal.ch können die Pressemitteilungen als RSS-Newsreader abonniert werden. Durchschnittlich konnten pro Monat rund 100 Neuregistrierungen für den RSS-Newsreader verzeichnet werden. Die höchste Anzahl an Neuregistrierungen erfolgte im Monat April (206 Neuregistrierungen).

Liechtenstein-Pressebulletin
Das Liechtenstein-Pressebulletin wurde im 15. Erscheinungsjahr 21 (22) Mal herausgegeben. Es erscheint alle 14 Tage - mit Ausnahme der Sommermonate - und enthält die wichtigsten Pressemitteilungen als Rückblick. Unter den Empfängern des Bulletins befinden sich die für Liechtenstein akkreditierten Botschaften und Konsulate, die diese regelmässige Liechtenstein-Information sehr schätzen. Seit Januar 2005 wird das Liechtenstein Pressebulletin auch via Internet-Newsletter verschickt. Bereits 330 (150) Empfänger machen von dieser Möglichkeit Gebrauch, die gedruckte Version wird an rund 260 (400) Abonnenten geschickt.

Medienbetreuung

Mediengespräche und Medienkonferenzen
Das Presse- und Informationsamt organisierte im Berichtsjahr 19 (15) Mediengespräche der Regierung und 77 (49) Medienkonferenzen. Die Mediengespräche finden in der Regel jeweils am Tag nach der Regierungssitzung statt und dienen der Information über wichtige Beschlüsse der Regierung und über weitere aktuelle Themen. Die Medienkonferenzen hingegen sind jeweils einem bestimmten Schwerpunktthema gewidmet und werden im Anlassfall durchgeführt.

Interviews und Fototermine
Im Berichtsjahr konnte das Presse- und Informationsamt insgesamt 34 (11) Interviews mit Mitgliedern des Fürstenhauses und der Regierung vermitteln. Bei 64 (53) offiziellen Anlässen wurden den Medien Fototermine angeboten. Zusätzlich hat das Presse- und Informationsamts bei wichtigen offiziellen Anlässen Fotografen engagiert und die Fotos via Internet zugänglich gemacht.

Medienbesuche und -anlässe
Das Presse- und Informationsamt hat in Zusammenarbeit mit dem Liechtensteiner Presseclub (LPC) am 26. Juni 2006 die Redaktorinnen und Redaktoren der Vorarlberger Nachrichten und am 31. Oktober 2006 die Redaktorinnen und Redaktoren der Südostschweiz nach Liechtenstein eingeladen, um ihnen den Kleinstaat Liechtenstein näher zu bringen. Weiters wurde der LPC bei der Durchführung des Medien-Neujahrsempfangs am 6. Januar 2006 unterstützt. Im Zusammenhang mit dem Jubiläum «200 Jahre Souveränität 1806-2006» wurde am 4. und 5. Mai 2006 ein Medienanlass mitorganisiert, an dem 15 Vertreter von internationalen Medien teilnahmen.

Jeweils rund 50 Medienleute nahmen die Einladung des Presse- und Informationsamtes zum Medien-Sommertreffen am 5. Juli 2006 und zum Medien-Jahresabschluss am 20. Dezember 2006 an. Diese jährlich wiederkehrenden Anlässe bieten dem Regierungschef Gelegenheit, die

Medien in ungezwungener Atmosphäre über Schwerpunkte der Regierungsarbeit zu informieren.

Beobachtung der Liechtenstein-Berichterstattung

Schwerpunkte der Berichterstattung in ausländischen Medien
Zu den wichtigsten Themen in der Berichterstattung in den ausländischen Medien zählte das Jubiläum «200 Jahre Souveränität 1806-2006». Zu den weiteren Schwerpunktthemen gehörten die Berichte über den Wirtschaftsskandal bei der BAWAG (Bank für Arbeit und Wirtschaft) in Österreich, die verschiedene Stiftungen in Liechtenstein unterhielt, sowie der Korruptionsskandal mit den «schwarzen Kassen» von Siemens, der u.a. aufgrund von Ermittlungen in Liechtenstein aufgedeckt wurde.

Pressespiegel
Im Berichtsjahr wurden 195 (169) tagesaktuelle Pressespiegel erstellt und intern (Landtag und Regierung) verteilt. Der Pressespiegel enthält eine Zusammenstellung von interessanten, für Liechtenstein relevanten Meldungen in der ausländischen Presse.

Die Presseausschnitte werden auf vertraglicher Basis von Medienbeobachtungsfirmen in elektronischer Form geliefert. Alle Presseausschnitte werden innerhalb der Landesverwaltung via Intranet zur Verfügung gestellt.

Landeskanal und Internet

Im Landeskanal wurden im Berichtsjahr folgende Sendungen ausgestrahlt (in Klammer die Anzahl der Ausstrahlungen): Film «Fürst Franz Josef und Fürstin Gina» aus Anlass des 100. Geburtstages von Fürst Franz Josef (4), Staatsfeiertagsansprachen (4), Jubiläumsumzug der Gemeinden am Tag der Souveränität (4), «Der gefesselte Strom - Zukunft Alpenrhein» (3), vier Filme über Projekte des Liechtensteinischen Entwicklungsdienstes (LED) in Südamerika und Afrika (je 2). Im Auftrag des Landtagssekretariats wurden von einer Firma die Landtagseröffnung und die Landtagssitzungen als Tonsendungen mit Standbildern live übertragen. Am 5. November 2006 hat das Presse- und Informationsamt die Ergebnisse der Abstimmung über das Hundegesetz via Landeskanal und via Internet übermittelt.

Im Berichtsjahr wurde der Landeskanal technisch erneuert, so dass die Texteingaben im Vollbild- wie auch im Teletext-System über eine Internet-Maske erfolgen können.

Unter www.pia.llv.li bietet das Presse- und Informationsamt umfangreiche Informationen an. Insgesamt konnten über 260 000 Zugriffe verzeichnet werden. Sehr beliebt sind die Pressefotos und die Fotogalerie mit einem grossen thematisch gegliederten Angebot sowie die Pressemitteilungen. Über 10 GB an Informationen wurde von den Besuchern heruntergeladen.

Informationsvermittlung

Rund 2 400 (1 150) Anfragen unterschiedlichster Art gelangten an das Presse- und Informationsamt, der Grossteil auf elektronischem Weg. Der überwiegende Teil der Anfragen (1 600) wurde direkt beantwortet. Rund 400 Anfragen wurden an die fachlich zuständigen Stellen zur Beantwortung weitergeleitet. Die meisten Anfragen kamen aus Frankreich (1 300) Deutschland (220), den USA und Kanada (140). Die Anfrager ersuchten vor allem um das Zusenden von Informations- oder Werbematerial oder wünschten spezielle Informationen wie z.B. Einreise-, Aufenthalts- oder Wohnsitznahme-Bestimmungen.

Öffentliche Veranstaltungen

Der Staatsfeiertag wird von einem Organisationskomitee unter dem Vorsitz der Leiterin des Presse- und Informationsamtes durchgeführt. Das Volksfest am Staatsfeiertag verzeichnet jeweils über 30 000 Besucherinnen und Besucher und stellt somit den grössten Anlass in Liechtenstein dar. Im Berichtsjahr war der Staatsfeiertag der wahrscheinlich einzige regenfreie Tag des ganzen Monats August. Das Volksfest im Zentrum von Vaduz vermochte wiederum mit einem breit gefächerten Angebot an Musik, Unterhaltung und kulinarischen Genüssen zu begeistern. Aus Anlass des Jubiläums «200 Jahre Souveränität 1806-2006» zeigte das Feuerwerk ein «Gemeindebild» sowie die Zahl «200» oberhalb der traditionellen Feuerschrift «Für Gott, Fürst und Vaterland».

Die Leiterin des Presse- und Informationsamtes wirkte seit dem Jahr 2004 im Organisationskomitee «200 Jahre Souveränität 1806-2006» mit und hat in diesem Zusammenhang die Projektleitung für den «Tag der Souveränität» am 12. Juli 2006 übernommen. Im Berichtsjahr wurde das Konzept für den «Tag der Souveränität» zur Umsetzungsreife entwickelt. Der «Tag der Souveränität» wurde mit einem Festakt, einem Jubiläumsumzug, einem Bankett für die geladenen Gäste sowie einem 200-Jahr-Fest begangen. Als Geschenk der Gemeinden an das Jubiläum gestalteten diese einen Jubiläumsumzug mit 11 Bildern, wobei jedes Bild einem bestimmten Thema sowie einer historischen Person als Symbolfigur gewidmet war. Obwohl die Umsetzung des Konzepts für den «Tag der Souveräntität» nicht vollständig nach Wunsch gelang, werden vor allem die schönen und thematisch hervorragend umgesetzten Umzugsbilder der Gemeinden in guter Erinnerung bleiben.

Kommissionen und Arbeitsgruppen

Das Presse- und Informationsamt wirkte (und wirkt) in verschiedenen Kommissionen, Arbeitsgruppen und bei Projekten mit: Arbeitsgruppe Filmdokumentation, Arbeitsgruppe Erscheinungsbild der Liechtensteinischen

Landesverwaltung, Arbeitsgruppe Landeskanal, Kommission Öffentlichkeitsarbeit der Internationalen Bodenseekonferenz, Medienkommission (Geschäftsstelle), Landesführungsstab, Projektgruppe Liechtenstein Dialog, Projekt betreffend Verlängerung der Öffnungszeiten von Amtsstellen («Service 19»). In Zusammenarbeit mit der Stabsstelle für Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation wurde im Berichtsjahr die Broschüre «Fürstentum Liechtenstein - Begegnung mit einem Kleinstaat» in deutsch, englisch und französisch herausgegeben.

Ausländer- und Passamt

Amtsleiter: mag. oec. HSG Hans Peter Walch

Im Jahr 2006 wurden 466 Aufenthaltsbewilligungen erteilt. Davon entfallen 335 Bewilligungen auf den Familiennachzug. Dies hat damit zu tun, dass denjenigen Personen, die eine Aufenthaltsbewilligung zur Erwerbstätigkeit oder zur erwerbslosen Wohnsitznahme in Liechtenstein erhalten, auch das Recht zukommt, ihre Familienangehörigen, das sind üblicherweise der Ehepartner und die Kinder, nach Liechtenstein zu bringen.

224 so genannte biometrische Pässe wurden bis Jahresende ausgegeben. Seit dem 26. Oktober 2006 stellt Liechtenstein nur noch diese neueste Generation von Reisepässen aus und gehört damit einem immer grösser werdenden Kreis von Staaten an, die die Sicherheit ihrer Reisedokumente auf den letzten Stand der Technik gebracht haben.

Ausweisschriften

Liechtensteinische Reisepässe

Im Jahr 2006 wurden 1 954 blaue, maschinenlesbare Reisepässe und seit dem 26. Oktober 2006 221 so genannte e-Pässe, auch bekannt als biometrische Reisepässe, ausgestellt. Anders als die Schweiz stellt Liechtenstein ab dem genannten Datum nur noch e-Pässe aus, die sich durch ein bisher unerreichtes Mass an Fälschungssicherheit auszeichnen. Die Personendaten sind dreifach abgespeichert, jede Art in sich mehrfach abgesichert. So kann beispielsweise der im Pass befindliche Chip nur einmal beschrieben werden, ein Überschreiben ist unmöglich.

Die Arbeiten für die Bereitstellung dieser neuen Generation von Reisepässen waren in technologischer Hinsicht besonders aufwändig. Im Ausländer- und Passamt stehen heute zwei Einheiten von Personalisierungsinstrumenten, die es im Extremfall erlauben, einen Reisepass innert kürzester Zeit, d.h. in einer halben Stunde, auszustellen. Vorgängig mussten die Rechtsgrundlage, das Heimatschriftengesetz, vom Landtag revidiert und mit dem Generalunternehmer – der Österreichischen Staatsdruckerei - das Design und die weiteren Passspezialitäten festgelegt werden. Gleichzeitig mit der Ausgabe neuer Pässe konnten einige störende Fehler ausgemerzt werden, insbesondere die Falscheinfärbung der Lageskizze Liechtensteins auf der Passumschlagsinnenseite. Alle Informationen im Reisepass werden neu in den vier offiziellen Sprachen der ICAO (Internationale Luftfahrtbehörde), nämlich Deutsch, Englisch, Französisch und Spanisch, wiedergegeben.

Die Reisepässe der vorletzten Generation, farblich in Grün gehalten, konnten mit technisch einfachen Mitteln personalisiert werden und finden deshalb noch Einsatz in den schweizerischen Vertretungen für Notfälle, d.h. wenn einem liechtensteinischen Staatsangehörigen sein Pass im Ausland abhanden kommt. In solchen Fällen ist das grössere Fälschungsrisiko vertretbar, da diese Pässe auch nur für eine kurze Zeit, üblicherweise für die benötigte Zeit der Heimreise, ausgestellt werden.

Schweizer Pässe und Identitätskarten

Seit Januar 2003 werden die Anträge für Schweizer Reisepässe im Ausländer- und Passamt EDV-technisch erfasst. Es kommt neu zu einem Quervergleich der bereits im Computer gespeicherten Daten einer Person und den Daten auf dem Heimatschein. Die beim Ausländer- und Passamt hinterlegten Heimatscheine werden in jedem einzelnen Fall eigens für diesen Zweck ausgehoben. Allfällige Korrekturen werden dadurch unverzüglich im Programm vorgenommen.

Gleichzeitig werden seit Januar 2003 ebenfalls Anträge für Schweizer Identitätskarten beim Ausländer- und Passamt in Liechtenstein entgegengenommen. Bisher mussten diese Anträge bei der Einwohnerkontrolle in Buchs gestellt werden. Die Bearbeitung der Anträge für die Identitätskarten erfolgt analog derjenigen für die Schweizer Pässe.

Liechtensteinische Vertretungen im Ausland

Die liechtensteinischen Vertretungen im Ausland - damit sind auch die schweizerischen Botschaften und Konsulate gemeint, die die liechtensteinischen Interessen im Ausland wahrnehmen - verfügen nicht über die notwendige Infrastruktur, um selber Reisepässe auszustellen. Trotzdem wurden im Jahr 2006 in 6 besonders dringenden Fällen Notpässe ausgestellt.

Liechtensteinische Identitätskarten

Die liechtensteinischen Identitätskarten in Kreditkartenformat werden in der Schweiz hergestellt. Zwischen der Antragsstellung des Kunden und der Zustellung der Karten an den Kunden liegen ca. 10 Arbeitstage. Das Ausländer- und Passamt verfügt nicht über die nötige Infrastruktur, um die Karten selbst herzustellen.

Einige Zahlen im Vergleich

Ausgestellte…	2006	2005	2004	2003
FL Reisepässe,	1 954	3 141	6 637	3 590
davon e-Pässe	221			
Kindereinträge in FL Reisepässe	390	498	701	802
Dienstpässe	4	4	14	7
Diplomatenpässe	2	36	15	7
Identitätskarten	2 534	2 449	2 335	2 377
Staatsbürgerschaftsnachweise	256	208	227	192
Reiseausweise für anerkannte Flüchtlinge, inkl. Verlängerungen	11	21	6	20
Kostenpflichtige Ausflugscheine für den Kleinen Grenzverkehr FL - A und FL - D, ausgestellt durch das APA	8	36	14	52
Kostenlose Ausflugscheine für den Kleinen Grenzverkehr FL - A und FL - D, ausgestellt durch das APA für Schulen- und Altersausflüge	52	53	70	82
Ausflugscheine für den Kleinen Grenzverkehr FL -A und FL-D, ausgestellt durch die Grenzwachtposten	1 395	1 630	1 866	1 900
Bearbeitete Anträge für Schweizer Pässe und Identitätskarten	902	1 122	918	919

Bewilligungen

Verlängerung der Übergangsbestimmungen
Die Regierung hat im April 2006 entschieden, weiterhin von den Übergangsfristen im Bereich der Arbeitnehmerfreizügigkeit Gebrauch zu machen. In Bezug auf den Zugang zum Arbeitsmarkt und die Wohnsitznahme in Liechtenstein zur unselbstständigen Erwerbstätigkeit werden die Staatsangehörigen der neuen EWR-Mitgliedstaaten für weitere 3 Jahre als Drittstaatsangehörige behandelt.

Neuer Aufenthaltsausweis
Der derzeitige Ausländerausweis soll durch einen neuen, modernen Aufenthaltsausweis ersetzt werden. Es gibt mehrere Gründe, welche für die Schaffung eines neuen Aufenthaltsausweises sprechen. Der derzeitige Ausweis ist in Sachen Fälschungssicherheit veraltet, hat ein unhandliches Format und die Beschriftung verklebt mit den Kunststoffhüllen. Der neue Aufenthaltsausweis wird die Anforderungen an einen modernen Ausweis erfüllen und soll spätestens im Frühjahr 2008 eingeführt werden. Im Berichtsjahr startete das internationale Ausschreibungsverfahren. Der neue Aufenthaltsausweis wird im Kreditkartenformat gehalten und mit einem Chip ausgestattet sein, welcher dank digitaler Signatur die Erledigung von Amtsgeschäften über das Internet ermöglichen wird.

Integration
Wachsende Bedeutung gewinnt die Integration der ausländischen Wohnbevölkerung. Die im Jahr 2005 in Kraft getretene PVO enthält erstmals Bestimmungen über die Integration der ausländischen Wohnbevölkerung. Das Ziel ist es dabei, dass die liechtensteinische und ausländische Wohnbevölkerung auf der Basis gemeinsamer Grundwerte und der rechtstaatlichen Ordnung in gegenseitiger Achtung und Toleranz zusammen lebt. Eine grundlegende Voraussetzung hierfür ist, dass sich die ausländischen Staatsangehörigen mit den gesellschaftlichen Verhältnissen in Liechtenstein auseinander setzen und über ausreichende Sprachkenntnisse verfügen. Im Berichtsjahr hatte das Ausländer- und Passamt erstmals ein Budget zur Förderung der Integration zur Verfügung. Insgesamt wurden Förderbeiträge in Höhe von CHF 33 400.- ausbezahlt.

Auslosung
Im Berichtsjahr fanden wiederum zwei Auslosungsrunden von Aufenthaltsbewilligungen für EWR-Staatsangehörige statt. An beiden Ziehungen haben jeweils rund 290 Personen teilgenommen. Insgesamt hatten 39 EWR-Bürger das Glück, über die Auslosung eine Aufenthaltsbewilligung für das Fürstentum Liechtenstein zu erlangen. Liechtenstein kommt mit den Auslosungen und der damit verbundenen Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen seinen EWR-rechtlichen Verpflichtungen im Sinne der ausgehandelten Sonderlösung, welche im Beschluss Nr. 191/1999 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses festgelegt wurde, nach.

Verschiedene Bewilligungsarten im Vergleich zu den letzten Jahren
Nachfolgend wird die Entwicklung einiger Bewilligungen aufgezeigt. Die angegebenen Zahlen können von den in früheren Jahresberichten aufgeführten Zahlen abweichen. Dies deshalb, weil sich die Zahlen durch nachträgliche Korrekturen verändern können. Dies geschieht beispielsweise durch rückwirkende An- und Abmeldungen oder durch Bewilligungserteilungen, welche zum Zeitpunkt der Auswertung noch hängig waren.

Unselbständige Grenzgänger aus dem EWR (Grenzgängermeldebestätigungen, Grenzgängerbewilligungen, Bewilligungen in Briefform)
Der Bestand von Grenzgängern aus dem EWR per 31.12.2006 belief sich auf 9 922 Personen. Per 31.12.2005 waren 9 564 Grenzgänger bzw. Grenzgängerinnen in Liechtenstein tätig. Damit stieg der Bestand an Grenzgängern um 358 Personen was einen Anstieg um 3.75% bedeutet.

Die Anzahl der neu gemeldeten Grenzgänger stieg im Vergleich zum Jahr 2005 um 6,6% auf 4 519. Dies zeigt, dass im Bereich der Grenzgänger aus dem EWR eine sehr hohe Volatilität herrscht. Die Ursache liegt darin, dass eine Grenzgängermeldebestätigung ihre Gültigkeit verliert, wenn nicht innert 5 Wochen nach Beendigung eines Arbeitsverhältnisses ein neues eingegangen wird. Damit kann es vorkommen, dass eine Person mehrmals im Jahr eine Grenzgängermeldebestätigung erhält.

Da sich schweizerische GrenzgängerInnen beim Ausländer- und Passamt nicht zu melden haben, wird deren Bestand aufgrund der Meldungen beim Liechtensteinischen Unternehmungsregister (LUR) beim Amt für Volkswirtschaft im Nachhinein eruiert und publiziert.

Bestand GrenzgängerInnen in Liechtenstein (ohne Schweizer Staatsangehörige mit Wohnsitz in der Schweiz und unselbständiger Tätigkeit in Liechtenstein)

per	Anzahl
31.12.2006	**9 922**
31.12.2005	9 564
31.12.2004	8 939
31.12.2003	8 620
31.12.2002	7 958

Neue bestätigte bzw. bewilligte Grenzgängertätigkeiten pro Jahr

Jahr	Anzahl
2006	**4 519**
2005	4 238
2004	4 709
2003	4 189
2002	4 380

Selbständige Grenzgänger (Grenzüberschreitende Dienstleistungserbringung, Dauernde grenzüberschreitende Geschäftstätigkeit)

Gegenüber dem Jahr 2005 haben die grenzüberschreitenden Dienstleistungen um rund 13% abgenommen, jedoch liegt die Anzahl der gemeldeten grenzüberschreitenden Dienstleistungen über derjenigen der Vorjahre.

Dienstleistungserbringer haben die Möglichkeit, anstelle einer Bewilligung eine Bestätigung über eine längere Dauer zu erhalten, wenn diese nicht in Liechtenstein übernachten.

Die dauernde grenzüberschreitende Geschäftstätigkeit nahm im Jahr 2006 erneut zu. Im Rahmen dieser Bestätigung ist es EWR-Grenzgängern möglich, in Liechtenstein Einzelfirmen zu eröffnen und auf diese Art und Weise kontinuierlich am Geschäftsleben Liechtensteins teilzunehmen. 2005 waren 162 Personen im Rahmen dieser Bewilligung in Liechtenstein tätig, 2006 bereits 178. Dies bedeutet einen Anstieg um ca. 10%.

Neue grenzüberschreitende Dienstleistungserbringungen (Bestätigungen und Bewilligungen) pro Jahr

Jahr	Anzahl Bestätigungen	Anzahl Bewilligungen	Total
2006	**794**	**99**	**893**
2005	936	66	1 002
2004	290	430	720
2003	496	209	705
2002	117	230	347

Bestand von Personen, die mittels einer Bewilligung bzw. Bestätigung grenzüberschreitend und dauernd am Wirtschaftsleben Liechtensteins teilnehmen

per	Anzahl
31.12.2006	**178**
31.12.2005	162
31.12.2004	128
31.12.2003	106
31.12.2002	76

Kurzaufenthalter

Die Zahl der neu erteilten Kurzaufenthaltsbewilligungen ist die letzten drei Jahre über nahe zu unverändert. Während die an EWR-Staatsangehörige erteilten Kurzaufenthaltsbewilligungen in den letzten Jahren kontinuierlich abgenommen hat, ist bei Drittstaats-Angehörigen ein anhaltender Anstieg zu verzeichnen.

Erteilte L-Bewilligungen

	EU/EWR	CH	Drittstaaten	Total
2006	**307**	**36**	**584**	**927**
2005	311	36	580	927
2004	380	26	522	928
2003	580	36	514	1 130
2002	707	30	462	1 199
2001	764	20	484	1 268

Aufenthaltsbewilligungen

Im Berichtsjahr wurden 466 Aufenthaltsbewilligungen erteilt. Den grössten Teil davon macht der Familiennachzug aus, gemäss welchem 335 Personen einen Aufenthalt in Liechtenstein bekamen. 101 Aufenthaltsbewilligungen wurden zum Stellenantritt, 30 zur erwerbslosen Wohnsitznahme in Liechtenstein erteilt. Aufgrund der bilateralen Verträge mit der Schweiz und dem EWR werden nur noch in sehr wenigen Fällen Aufenthaltsbewilligungen zur Erwerbstätigkeit an Angehörige eines Drittstaates erteilt. Als Drittstaaten gelten Staaten, mit welchen Liechtenstein keine Abmachungen bezüglich des Personenverkehrs kennt.

Erteilte B-Bewilligungen nach Grund und Herkunft

	CH	EWR	Dritt	Total
Stellenantritt Vergabe, Ersatzanstellung, Auslosung)	14	82	5	101
Familiennachzug (inkl. Lebenspartner)	91	159	85	335
erwerbslose Wohnsitznahme	10	19	1	30
Total	**115**	**260**	**91**	**466**

Bestand an B-Bewilligungen

per	Anzahl
31.12.2006	**4 376**
31.12.2005	4 420
31.12.2004	4 409
31.12.2003	4 284
31.12.2002	4 014

Niedergelassene
Aus fremdenpolizeilicher Sicht bietet die Niederlassungsbewilligung, verglichen mit der Aufenthaltsbewilligung, im Falle des Beibehalts der Bewilligung sowie von aufenthaltsbeendenden Massnahmen Vorteile. Im privat- und gewerberechtlichen Bereich hingegen hat die Niederlassungsbewilligung für EWR- und Schweizer Staatsangehörige sehr an Attraktivität eingebüsst. Die Niederlassungsbewilligung stellt heute beispielsweise für diese Personengruppen keine Voraussetzung mehr für die Aufnahme einer selbständigen Erwerbstätigkeit oder etwa einem Eigentumserwerb dar. Der Wunsch, eine Niederlassungsbewilligung zu erhalten, hat daher bei EWR- sowie Schweizer Staatsangehörigen stark nachgelassen. Zudem wirken sich die Einbürgerungen, vor allem jene ausländischer Ehepartner und -partnerinnen von Liechtensteinern und Liechtensteinerinnen, direkt auf die Anzahl der Niederlassungsbewilligungen aus. Die Frist für den Erhalt der Liechtensteinischen Staatsbürgerschaft und diejenige für den Erhalt der Niederlassungsbewilligung weicht in diesen Fällen nur geringfügig voneinander ab. Der Antrag auf die Niederlassungsbewilligung bleibt deshalb öfters aus.

Bestand C-Bewilligungen

	EU/EWR	CH	Dritt	Total
2006	**3 169**	**2 663**	**1 462**	**7 294**
2005	3 122	2 726	1 397	7 245
2004	3 141	2 785	1 304	7 230
2003	3 114	2 719	1 233	7 066
2002	3 176	2 750	1 350	7 276

Sowohl Einbürgerungen als auch Abmeldungen von AusländerInnen beeinflussen die Anzahl der Niederlassungsbewilligungen direkt.

Recht, administrative Massnahmen und internationaler Personenverkehr

Kontrolltätigkeiten und Vollzug
Die Abteilung Recht verarbeitete 366 Meldungen der Landespolizei oder der Strafgerichte (Strafanzeigen oder strafgerichtliche Verurteilungen) wegen eines Verbrechens oder Vergehens:

- 111 Personen mit Wohnsitz im Inland mussten infolge strafgerichtlicher Verurteilung wegen eines Verbrechens oder Vergehens verwarnt (ermahnt) werden.
- 38 Verfahren von Personen mit Wohnsitz im Inland sind noch bei der Staatsanwaltschaft pendent.
- 10 Personen mit Wohnsitz im Ausland wurden zufolge einer strafgerichtlichen Verurteilung im Inland durch die zuständige Behörde in der Schweiz verwarnt.
- 26 Personen mit Wohnsitz im Ausland wurden zur Gewährleistung der inneren Ordnung und Sicherheit mit einer befristeten oder unbefristeten Einreisesperre für die Schweiz und Liechtenstein belegt.
- 181 inländische Strafverfahren wurden den zuständigen kantonalen Einwohnerdiensten und/oder der zuständigen Behörde in der Schweiz aufgrund der Abkommen über die Zusammenarbeit mit der Schweiz gemeldet.

Ordnungsbussen, Verwaltungsstrafbote und Exekutionsverfahren
Die Abteilung Recht verhängte 200 Ordnungsbussen wegen Missachtung der Meldevorschriften für Grenzgänger oder infolge von Unterlassungen anderer Meldepflichten (Adressänderungen, Verlängerung der Bewilligung) nach den Vorschriften der PVO. Es wurden 60 Exekutionsverfahren wegen fälliger und unbezahlter Gebührenrechnungen durchgeführt.

Verwaltungsverfahren
Es wurden 17 Verfahren nach den Vorschriften über das Auslosungsverfahren durchgeführt. Im Weiteren wurden 19 Entscheidungen und 15 Verwaltungsbote wegen Abweisung von Gesuchen oder Anordnung von Massnahmen erlassen. Ein Gesuch um Verfahrenshilfe war zu entscheiden. Es mussten 4 Personen zur Sicherstellung der Wegweisung in Haft genommen werden. Insgesamt wurden 20 Personen weg gewiesen, die über keine Einreise- und Aufenthaltsberechtigung verfügten.

Einsitz in verschiedenen Gremien im In- und Ausland
Wie jedes Jahr war auch im Jahr 2006 der Besuch mehrerer Sitzungen im Ausland erforderlich. Es handelte sich dabei um die Teilnahme an Sitzungen der Arbeitsgruppe «Arbeitnehmerfreizügigkeit und Beschäftigung» sowie des «Technischen Komitees» in Brüssel. Letztere Sitzungsteilnahme beschäftigte sich insbesondere mit dem Bericht der Europäischen Kommission zum Funktionieren der Übergangsmassnahmen hinsichtlich der Arbeitnehmerfreizügigkeit für die neuen EU-/EWR-Beitrittsländer. Die erstgenannte Arbeitsgruppe ist zusammen mit der Arbeitsgruppe «Soziale Sicherheit» und «Gegenseitige Anerkennung von Diplomen» dem Subkomitee III, Personenverkehr, zugeordnet. Schwerpunktmässig wurde dort die weitere Behandlung der neuen EU-/EWR-Beitrittsländer hinsichtlich den Übergangsmassnahmen ab Mai 2006 bzw. die künftige Behandlung von Staatsangehörigen aus Rumänien und Bulgarien besprochen. Ferner wurden auch weiterhin die Entwicklungen hinsichtlich der, allenfalls mit Anpassungen, ins EWR-Abkommen zu übernehmenden Richtlinie

2004/38/EG vom 29. April 2004 über das Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten, verfolgt.

Im Weiteren erfolgte eine Teilnahme an der Sitzung des CDMG (= Europäisches Komitee für Wanderarbeitnehmer) in Strassburg, welches dem Europarat zugeordnet ist.

Abschliessend zu erwähnen ist die Teilnahme an einer Sitzung der Höheren Beamten der Budapester Gruppe. Schwerpunkt der Sitzung war das Thema der Migration sowie die künftigen Aktivitäten. Der Budapester Prozess ist ein konsultatives Forum von mehr als 50 Regierungen und 10 internationalen Organisationen, welches auf die Entwicklung umfassender Systeme für eine ordnungsgemässe Migration gerichtet ist.

Eine zeitlich befristete Aufgabe nimmt der Amtsleiter als Vorsitzender des Subkomitees II (Freier Dienstleistungs- und Kapitalverkehr), III (Freier Personenverkehr) und IV (flankierende und horizontale Massnahmen) seit Beginn 2005 wahr. Damit hat Liechtenstein den Vorsitz in einem wichtigen Gremium des EWR, wo es im Wesentlichen um die inhaltlich und zeitlich korrekte Übernahme der Rechtsakte gemäss EWR-Abkommen durch die drei Staaten Norwegen, Island und Liechtenstein geht (8 Sitzungen à 2 Tage in Brüssel).

Das Ausländer- und Passamt nimmt auch intensiv an den Vorbereitungen der Verhandlungen zu einem allfälligen Beitritt Liechtensteins am Schengen/Dublin–Acquis teil. Dabei wurde im Vorfeld der formellen Verhandlungen abgeklärt, welche Vor- und Nachteile bzw. Rechte und Pflichten sich für Liechtenstein aus einer Teilnahme ergeben würden. In die Zuständigkeit des Ausländer- und Passamtes fallen insbesondere der Dublin-Acquis, d.h. die Frage nach dem zuständigen Land für die Durchführung eines Asylverfahrens, die Eurodac-Datenbank, das dublinet, sowie Teile des Schengen-Acquis, wie die Erteilung von Visa und die Grenzkontrollen.

Am 21. Juni 2006 wurde nach vier Verhandlungsrunden der Beitritt Liechtensteins zum Schengen/Dublin-Acquis von den Verhandlungsleitern in Brüssel paraphiert.

Ferner hat es in diesem Zusammenhang aufgrund der Anpassung des Verhältnisses zwischen der Schweiz und Liechtenstein drei Sitzungen mit Schweizer Vertretern aus den entsprechenden Bundesämtern gegeben, wovon 2 Sitzungen in Bern und eine in Vaduz stattfanden.

Das Ausländer- und Passamt hat landesintern Einsitz in der Arbeitsgruppe gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit (4 Arbeitsitzungen) und nahm am Roundtablegespräch zum Thema Menschenhandel unter Vorsitz der Landespolizei teil.

Der Amtsleiter ist auch Vorsitzender der Arbeitsgruppe zur Integration von Muslimen, welche an 6 Sitzungen schwerpunktmässig folgende Themen diskutierte:

– Dachverband der Muslime in Liechtenstein;
– Religionsunterricht für Kinder auf der Primarschulstufe in deutscher Sprache;
– Finanzielle Unterstützung der Muslime in Liechtenstein;
– Räumlichkeiten für die Religionsausübung der Muslime in Liechtenstein.

Asyl und Flüchtlinge

Rückgang der Asylgesuche hält weiter an

Im Jahre 2006 wurden 47 Asylgesuche (inkl. Geburten) registriert, dies entspricht einem Rückgang von 6 Gesuchen (- 11.32 %) gegenüber 2005. Der Bestand der Personen im Asylbereich hat um 35 Personen (- 58.33 %) auf 25 abgenommen. Hauptgrund hierfür ist die Erteilung von 34 Jahresaufenthaltsbewilligungen aus humanitären Gründen per 1. Januar 2006. Über das ganze Jahr gesehen blieb der Bestand konstant.

Entwicklung der Asylgesuche ausgewählter europäischer Länder:

Schweiz	+ 4.7 %	
Polen	+ 26.2 %	
Frankreich	- 33.0 %	(per 30.11.2006)
Belgien	- 27.4 %	
Österreich	- 41.0 %	(per 30.11.2006)
Deutschland	- 27.3 %	
Schweden	+ 38.7 %	
Niederlande	+ 17.2 %	

Russland und GUS weiter Spitzenreiter

Die 2006 registrierten Gesuchsteller stammten aus 15 verschiedenen Staaten (2005: 18). Gesuchsteller aus Russland und den übrigen GUS-Staaten bilden weiterhin die Mehrheit (total 24 Gesuche), gefolgt von Gesuchstellern aus Afrika (11 Gesuche). Die meisten Asylgesuche wurden 2005 von Personen aus den übrigen GUS-Staaten gestellt (14 Gesuche).

Bei den Abgängen fällt der hohe Anteil an untergetauchten Asylsuchenden auf (19 Gesuchsteller). Dies ist in erster Linie auf den bereits in früheren Jahren erwähnten «Asyltourismus» zurückzuführen. Viele Asylsuchende hoffen, dass sie in Liechtenstein (als Nichtmitglied von Schengen/Dublin) ein neues Asylgesuch stellen und somit ihren Aufenthalt in Europa verlängern können. Spätestens mit der Abnahme der Fingerabdrücke entscheiden sich viele dafür, umgehend wieder unterzutauchen.

Erwartete Zunahme von vorläufigen Aufnahmen

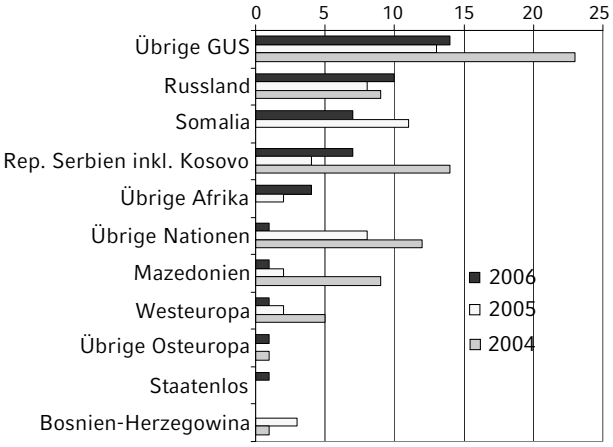
Aufgrund der Entwicklungen im Asylbereich muss in den nächsten Jahren mit einer Zunahme der vorläufigen Aufnahmen gerechnet werden. Dies bedeutet, dass das Asylgesuch zwar abgelehnt wird, ein Vollzug, d.h. die Rückkehr in die Heimat, auf absehbare Zeit nicht möglich ist. Dies betrifft v.a. Gesuchsteller aus aktuellen Krisengebieten wie Somalia, Eritrea und Irak. Diese Entwicklung wird auch Auswirkungen auf Art und Umfang der Betreuung haben.

Wiederaufbauhilfe

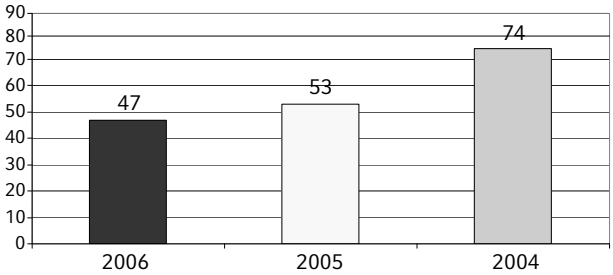
Der geografische Schwerpunkt der Wiederaufbauhilfe lag weiterhin in Bosnien und Herzegowina sowie dem Kosovo, die Zahl der ausserhalb dieser Region unterstützten Projekte nimmt jedoch laufend zu. Gesundheitsversorgung, Bau von Schulhäusern und die Wiedereingliederung von sozialen Randgruppen, vor allem ethnischen Minderheiten, bildeten die inhaltlichen Schwerpunkte. Neu wurden Jugendprojekte in den Bereichen Kommunikation, Menschenhandel und -rechte gefördert.

Die grössten Einzelprojekte waren die Fortsetzung des Minderheitenprojektes MAAR2 im Kosovo und der Wiederaufbau in Prijedor (Bosnien und Herzegowina).

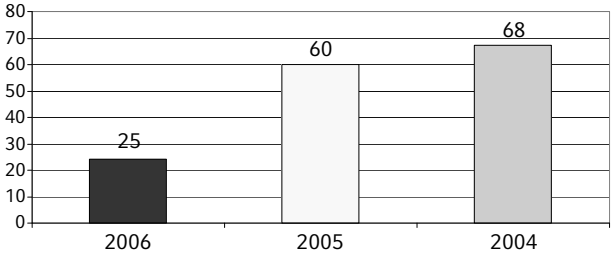
Asylgesuche nach Herkunftsstaaten



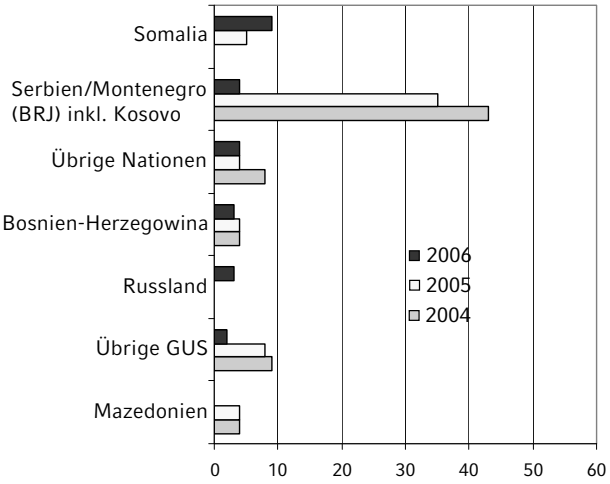
Asylgesuche in absoluten Zahlen



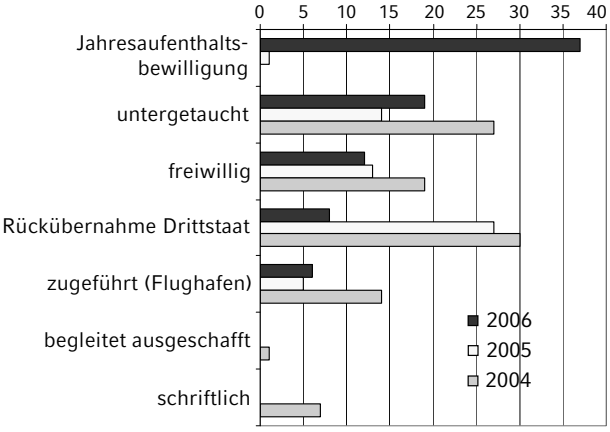
Bestand in absoluten Zahlen



Bestand nach Herkunftsstaaten



Abgänge nach Art



STABSSTELLEN

Regierungskanzlei

Stabsstellenleiter: lic. ès. sc. pol. Norbert Hemmerle

Im Berichtsjahr machten die Tagesgeschäfte einen Grossteil der Arbeit in der Regierungksanzlei aus. Daneben bildeten vor allem die politischen Volksrechte, aber auch die Programmvorbereitungen für Interreg IV Arbeitsschwerpunkte. Im Bereich der politischen Volksrechte fiel ein wesentlicher Teil der Vorbereitungsarbeiten für die Gemeindewahlen 2007 ins Berichtsjahr. Zudem wurde am 3. und 5. November die Volksabstimmung über das Referendum zum Gesetz vom 22. Juni 2006 betreffend die Abänderung des Gesetzes über das Halten von Hunden durchgeführt. Die Führung der Geschäfte der Regierungskanzlei erfolgte

selbständig durch die stellvertretende Leiterin, Anita Senti, unter der Aufsicht des Regierungssekretärs.

Kanzleiaufgaben

In der Regierungskanzlei sind die Bereiche Regierungskanzlei mit dem Schalter, die Registratur, die Telefonzentrale sowie die Beratungs- und Beschwerdestelle zusammengefasst. Die Kanzlei ist Ausgabestelle für verschiedene Publikationen der Regierung wie Staatskalender und Rechenschaftsbericht sowie Drucksachen im Gesetzgebungsprozess wie Vernehmlassungen, Berichte und Anträge der Regierung an den Landtag, Referendumsvorlagen, Landesgesetzblätter. Zudem ist sie Bewilligungsbehörde für diverse Themenbereiche.

Tagesgeschäfte

Die Beratungen und Hilfeleistungen, die von allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Regierungskanzlei, der Telefonzentrale und der Registratur geleistet werden, können nicht oder nur schwer statistisch erfasst werden, sind aber ein sehr wichtiger Teil der täglichen Arbeit. Sie sind in den folgenden Ausführungen deshalb nicht enthalten.

Drucksachen

Die Regierungskanzlei koordiniert die Publikation des Rechenschaftsberichtes und des Staatskalenders. Die Drucksachen erschienen im Berichtsjahr zum ersten Mal nach den Vorgaben der anfangs 2006 in Kraft gesetzten Gestaltungsrichtlinien der Regierung.

- Der Rechenschaftsbericht 2005 wurde Anfang Mai 2006 fertig gestellt.
- Der Staatskalender wurde im Juli 2006 publiziert. Der Staatskalender wird auch im Internet in einer regelmässig aktualisierten Fassung als PDF-Download zur Verfügung gestellt. Auf der Internet-Seite www.rk.llv.li ist der Staatskalender das am häufigsten abgerufene Dokument.

Versand im Abonnement	**2006**	2005
(Anzahl Abonnenten per 31.12.2006)		
– Landesgesetzblätter	**268**	275
– chronologische Sammlung (gebunden)	**106**	105
– Systematische Sammlung der liechtensteinischen Rechtsvorschriften (LR)	**124**	117
– EWR-Register	**70**	75
– Rechenschaftsberichte	**216**	222

In der Auflistung nicht erfasst sind alle Drucksachen, welche am Schalter bezogen oder telefonisch bestellt und verschickt wurden. Darunter fallen vor allem Landesgesetzblätter, Berichte und Anträge der Regierung an den Landtag, Vernehmlassungen, Publikationen der Regierung wie Staatskalender, Rechenschaftsberichte, EWR-Register, LR sowie diverse Antragsformulare, Listen und Verzeichnisse.

Beglaubigungen	**2006**	2005
– Apostillen	**13 555**	11 311
– Superbeglaubigungen	**1 155**	737
– Beglaubigungen Total	**14 710**	12 048

Bewilligungen	**2006**	2005
Bewilligungen für das Offenhalten von Geschäften an Sonn- und Feiertagen		
– Einzelbewilligungen	**20**	27
– Halbjahresbewilligungen	**5**	6
– Jahresbewilligungen	**29**	25
Aufführungsbewilligungen		
– Konzerte, Unterhaltungsanlässe, Sportveranstaltungen, Ausstellungen	**89**	91
– Tanzshows in Dancings (Monatsbewilligungen)	**84**	83
Lottomatches	**90**	102
Hausierbewilligungen	**14**	7
– Konzessionen für den Kleinhandel mit nicht gebrannten alkoholischen Getränken	**52**	52
– Konzessionen für den Kleinhandel mit gebrannten alkoholischen Getränken	**45**	45
Wappengesetz		
– Anfragen, Ablehnungen, Anzeigen, Verwarnungen	**30**	15
– Erteilte Bewilligungen	**7**	5

Im Berichtsjahr wurden keine neuen Bewilligungen nach dem Gesetz über die Zulassung von Dolmetschern und Übersetzern vor liechtensteinischen Gerichten und Verwaltungsbehörden erteilt. Auf der von der Regierungskanzlei geführten und im Internet unter www.rk.llv.li publizierten Liste waren per 31.12.2006 somit elf Personen geführt, welche die Sprachen Englisch, Französisch, Italienisch, Russisch, Weissrussisch und Ukrainisch abdecken.

Rechtshilfe in Zivilsachen	**2006**	2005
– Weiterleitung an FL-Botschaft bzw. an ausländische Behörden	**42**	66
– Zustellungen	**89**	92
davon Amtshilfe	**23**	3

Anerkennung ausländischer Zivilstandsereignisse

Im Ausland eingetretene Zivilstandsereignisse (Eheschliessung, Ehescheidung, Adoption, Vaterschaftsanerkennung) werden von der Regierungskanzlei anerkannt. Die genauen Zahlen können dem Bericht des Zivilstandsamtes entnommen werden.

Politische Volksrechte

Die Regierungskanzlei nimmt alle Aufgaben im Zusammenhang mit den politischen Volksrechten, d.h. mit Wahlen und Abstimmungen, wahr.

Abstimmung
Am 3. und 5. November 2006 wurde die Volksabstimmung über das Referendumsbegehren zum Gesetz vom 22. Juni 2006 betreffend die Abänderung des Gesetzes über das Halten von Hunden durchgeführt. Das Referendumsbegehren wurde von der absoluten Mehrheit der gültig Stimmenden des ganzen Landes verworfen. Die Stimmbeteiligung betrug: 58.3%, der Anteil der brieflichen Stimmabgabe betrug 60.5%. Das Gesetz trat am 1. Januar 2007 in Kraft.

Vorbereitungsarbeiten für die Gemeindwahlen 2007
Ins Berichtsjahr fiel ein wesentlicher Teil der Vorbereitung für die Gemeindewahlen 2007. Dabei wurde die elektronische Zählhilfe zur Unterstützung der Zählarbeiten in den Wahlkommissionen erstmals landesweit für die Gemeindewahlen 2007 eingesetzt, nachdem die mit diesem Programm gemachten Erfahrungen bei den Landtagswahlen 2005 sehr positiv waren. Die amtliche Kundmachung zu den Gemeindewahlen 2007 sind im Internet unter www.rk.llv.li abrufbar.

Diverses

Interreg IIIA
Interreg ist ein Förderprogramm für die grenzübergreifende Zusammenarbeit, das aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) mitfinanziert wird. Mit Interreg soll eine ausgewogene Entwicklung in grenzüberschreitenden Räumen gefördert und damit ein Beitrag zur europäischen Integration geleistet werden. Liechtenstein nimmt seit 2001 Einsitz im Begleitausschuss.

In der Strukturfondsperiode, die im Berichtsjahr endete, wurden insgesamt 117 Projekte durchgeführt, wovon sich Liechtenstein mit privaten und öffentlichen Mitteln an 40 Projekten beteiligt hat. In den verschiedenen Bereichen Wirtschaft, Umwelt- und Raumentwicklung, Soziokulturelle Entwicklung, Programmentwicklung wurden u.a. folgende Projekte von Liechtenstein mitunterstützt:
– Tageskarte Euregio Bodensee
– Internationale Schule Rheintal
– Rundwanderweg Rätikon
– Der die das 3-Länder-Gender
– Entwicklungskonzept Alpenrhein
– Schadenspotentiale
– Gemeinden Mobil
– IBH, Hochschulkooperationen
– Frauen 50 plus
– Zukunft Rheintal

Interreg IV
Im Januar 2006 wurde von den Programmverantwortlichen eine international besetzte Programmierungsgruppe «Interreg Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein 2007-2013» eingerichtet. Die Programmierungsgruppe wurde im Mai 2006 durch die Regierungskanzlei mit Gaststatus erweitert.

Im Dezember 2006 erklärte die Regierung die erneute Teilnahme am Programm. Die stellvertretende Leiterin der Regierungskanzlei wurde als offizielles Mitglied in die Programmierungsgruppe aufgenommen, nimmt den Einsitz Liechtensteins im Lenkungsausschuss und zukünftige Aufgaben als Informations- und Anlaufstelle wahr.

Weiters sind in diesem Gremium vertreten: Das Amt der Vorarlberger Landesregierung, Bregenz, für Österreich, die Ostschweizer Regierungskonferenz (ORK) - Sekretariat, Kanton St. Gallen, für die Schweizer Kantone, das Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, München, für den Freistaat Bayern, die Regierung von Schwaben, Augsburg, für den Regierungsbezirk Schwaben und das Regierungspräsidium Tübingen für das Land Baden-Württemberg. Das Operationelle Programm für die Strukturfondsperiode 2007-2013 wurde in 6 Arbeitssitzungen gemeinsam erarbeitet. Der Programmentwurf wurde im Dezember 2006 in Bregenz vorgestellt und vom Begleitausschuss einstimmig befürwortet. Der Entwurf wurde unter www.interreg.org im Rahmen einer Anhörung im Dezember 2006 zugänglich gemacht und soll Mitte Februar 2007 der EU-Kommission zugestellt werden.

Beratungs- und Beschwerdestelle
Die Beratungs- und Beschwerdestelle ist Anlauf- und Auskunftsstelle für rat- und hilfesuchende Personen. Sie übernimmt meist die Funktion einer Triage zwischen der Bevölkerung und den zuständigen Regierungs- und Amtsstellen, wo qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter spezifische Auskünfte erteilen können. Es wenden sich aber auch Personen an die Beratungs- und Beschwerdestelle, welche auf Grund von Entscheidungen von Amtsstellen nach deren Entscheidungsgrundlagen suchen. Sie möchten sich an einer «neutralen» Stelle nach den gesetzlichen Hintergründen erkundigen.

Die von der Beratungs- und Beschwerdestelle entgegengenommenen Anfragen betrafen Auskünfte zu Tätigkeiten in einzelnen Amtsstellen. Weil auch die Regierungskanzlei oft Anlaufstelle für allgemeine Auskünfte ist und die Beratungs- und Beschwerdestelle personell in die Regierungskanzlei integriert ist, sind die Übergänge fliessend. Viele Anfragen und Hilfeleistungen werden deshalb nicht statistisch erfasst.

Rechtsdienst der Regierung

Amtsleiterin: Dr. iur. Marion Frick-Tabarelli

Die Aufgaben des Rechtsdienstes bestehen gemäss Verordnung LGBl. 1987 Nr. 5 idgF schwerpunktmässig aus den Bereichen Ausarbeitung von Rechtsgutachten zuhanden der Regierung, legistische Überprüfung von Rechtsvorschriften und Publikation der Landesgesetzblätter. Daneben ist der Rechtsdienst für eine Vielzahl weiterer Angelegenheiten zuständig, wie bspw. für die innerstaatliche Umsetzung von Sanktionsmassnahmen, die Bereinigung der Anlagen zum Zollvertrag und zu den anderen Verträgen mit der Schweiz, die Kontrolle der Unterhaltsbevorschussungen als Vertreter des öffentlichen Rechts sowie die Aktualisierung und Betreuung der verschiedenen Rechtsdatenbanken, wie insbesondere der auf der Website www.gesetze.li angebotenen Gesetzesdatenbank LILEX. Schliesslich unterstützt der Rechtsdienst die Regierung durch seine Mitarbeit in zahlreichen Arbeitsgruppen und Kommissionen.

Im Berichtsjahr wurden wiederum zahlreiche Rechtsgutachten unterschiedlichen Umfangs erstattet. Sie standen meist in engem Zusammenhang mit Gesetzgebungsvorhaben oder aktuellen Fragestellungen der Regierung und betrafen sämtliche Bereiche der liechtensteinischen Rechtsordnung.

Im Legistikbereich sind vorrangig zu nennen die Totalrevisionen im Bereich der Verwaltungs- und Gerichtsorganisation (Staatspersonalgesetz, Richterdienstgesetz, Gerichtsorganisationsgesetz), der Finanz- und Wirtschaftsgesetzgebung (Marktmissbrauchsgesetzgebung, Eigenmittelverordnung, Pensionsfondsgesetzgebung, Übernahmegesetz), der Gewerbe- und Strassentransportgesetzgebung, des Bauwesens (Energiegesetzgebung, Baugesetz), des Strafrechts (Reform des Strafvollzugs und der Untersuchungshaft), der Grundrechte (Behindertengleichstellungsgesetzgebung), des Jugendschutzes (Kinder- und Jugendgesetz), des Umweltrechts (Gesetz über die Strategische Umweltprüfung) sowie die Gesetzgebung im Bereich des Sachenrechts (Reform des Grundbuchrechts) und des Gesellschaftsrechts (u.a. Europäische Genossenschaft). Besonders hervorzuheben sind auch die zahlreichen Sanktionsmassnahmen gegenüber verschiedenen Staaten, die insbesondere wegen der bestehenden Sensibilität in Sachen Finanzplatz Liechtenstein und Terrorismusbekämpfung vom Rechtsdienst durch Ausarbeitung entsprechender Sanktionsverordnungen umgehend innerstaatlich umgesetzt wurden.

Als Gesetzgebungsprojekt, bei dem dem Rechtsdienst im Berichtsjahr die Federführung zukam, ist die Schaffung eines Opferhilfegesetzes zu nennen. Hier konnte der Bericht und Antrag verabschiedet, die erste Lesung im Landtag durchgeführt und die Arbeiten an der Stellungnahme zu Handen des Landtags aufgenommen werden.

Statistische Kurzübersicht

Bearbeitete Akten	**541**
Herausgegebene Landesgesetzblätter	**302**
Begutachtete Rechtsvorschriften	**377**
Rechtsgutachterliche Stellungnahmen	**50**
Unterhaltsvorschussfälle	**71**
Nachlieferungen LR	**4**
Register zur LR	**2**
Bereinigung der Anlagen	**2**
Ausbildung Praktikanten	**6**

Personalbestand
Das Rechtsdienst-Team umfasste im Berichtsjahr 2006 insgesamt sechs Juristinnen und Juristen zu 500 Stellenprozenten und eine Sekretärin/Sachbearbeiterin.

Der Rechtsdienst hat im Jahr 2006 fünf Rechtspraktikanten und einen Ferialpraktikanten ausgebildet.

Aufgaben gemäss Rechtsdienst-Verordnung
Im Berichtsjahr 2006 wurden vom Rechtsdienst insgesamt 541 neue Akten, insbesondere für rechtsgutachterliche Stellungnahmen, legistische Belange und grössere Verwaltungsaufgaben bearbeitet.

Rechtsgutachterliche Stellungnahmen
Der Rechtsdienst hat 50 schriftliche Rechtsabklärungen (Gutachten, Stellungnahmen, Äusserungen zu Vernehmlassungsberichten, usw.) von unterschiedlichem Umfang erarbeitet. Es handelt sich dabei vor allem um Abklärungen zuhanden der Regierung bzw. der verschiedenen Ressorts. Daneben wurde eine Vielzahl von mündlichen Beratungen und Auskunftserteilungen vorgenommen, die statistisch nicht eigens erfasst werden.

Legistische Überprüfungen
Im Berichtsjahr wurden insgesamt 377 Rechtsvorschriften (insbesondere Gesetzesvorlagen in Berichten und Anträgen, Verordnungsentwürfe usw.) legistisch begutachtet. Einige der wichtigsten und komplexesten Legistikprojekte wurden eingangs erwähnt. Die legistische Begutachtung durch den Rechtsdienst umfasst gemäss Regierungsbeschluss vom 18. Juli 2006 (RA 2006/1942-0030) die formelle Überprüfung der definitiven Entwürfe zu Rechtsvorschriften auf der Grundlage der Legistischen Richtlinien sowie die materielle Kontrolle in Bezug auf offensichtliche Unstimmigkeiten rechtlicher und inhaltlicher Natur. Damit verbunden sind regelmässige Besprechungen mit den zuständigen Sachbearbeitern/innen sowie die Mitarbeit in verschiedenen Kommissionen und Arbeitsgruppen.

Schliesslich wurden auch im Legistikbereich im Vorfeld der eigentlichen Begutachtung durch den Rechtsdienst eine Vielzahl von mündlichen Beratungen, Informationen und Auskünften vorgenommen, die nicht eigens vermerkt wurden.

Herausgabe der Liechtensteinischen Landesgesetzblätter

302 Rechtsvorschriften (Gesetze, Verordnungen, Finanzbeschlüsse, Staatsverträge usw.) im Umfang von 3661 Seiten wurden legistisch aufbereitet, publikationstechnisch formatiert und im Liechtensteinischen Landesgesetzblatt (LGBl.) kundgemacht. Als besonders arbeitsintensiv erwiesen sich hierbei vor allem die Staatsverträge und Rechtsvorschriften mit tabellarischen Anhängen sowie die Umsetzung des EWR-Rechtes.

In Zusammenhang mit dieser Publikationstätigkeit hat der Rechtsdienst an allen Landtagssitzungen teilgenommen.

Sanktionsmassnahmen der Vereinten Nationen und der Europäischen Union gegenüber anderen Staaten

Der Rechtsdienst hat die Aufgabe, im Rahmen der Umsetzung von Verpflichtungen aus Resolutionen des UN-Sicherheitsrates und aus Embargomassnahmen der EU Detailabklärungen hinsichtlich notwendiger Umsetzungsmassnahmen vorzunehmen, Entwürfe zu entsprechenden liechtensteinischen Rechtsvorschriften zu verfassen und dem Ressort Äusseres zur Antragstellung zu unterbreiten (RA 99/2929-9714.3/3/1).

Im Jahr 2006 waren einerseits die Sanktionen gemäss den Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen bzw. den Beschlüssen der UN-Sanktionenkomitees gegenüber Personen und Organisationen mit Verbindungen zu Usama bin Laden, der Gruppierung «Al-Qaida» oder den Taliban, Irak, Liberia, Côte d Ivoire, Kongo, Sudan, Korea und Libanon sowie andererseits die Sanktionen aufgrund der Gemeinsamen Standpunkte des EU-Rates gegenüber Myanmar, Usbekistan, Belarus und bestimmten Personen aus der ehemaligen Bundesrepublik Jugoslawien umzusetzen. Der Rechtsdienst nahm die erforderlichen Überprüfungen vor und arbeitete zum Zwecke der innerstaatlichen Umsetzung insgesamt 30 Sanktionsverordnungen aus.

Aufgrund der staatsvertraglichen Bindungen mit der Schweiz mussten dabei insbesondere die gestützt auf den Zollvertrag und die Fremdenpolizeilichen Vereinbarungen in Liechtenstein anwendbaren schweizerischen Rechtsvorschriften miteinbezogen werden.

Nebst dieser rechtlichen Abstimmung mit der Schweiz berücksichtigte der Rechtsdienst auch die entsprechenden Umsetzungsbestimmungen der Europäischen Union, insbesondere die aufgrund Gemeinsamer Standpunkte des Rates erlassenen Durchführungsverordnungen, die von Liechtenstein mitgetragen wurden.

Die jeweiligen Resolutionen bzw. Beschlüsse wurden umgesetzt gegenüber:

- Personen und Organisationen mit Verbindungen zu Usama bin Laden, der Gruppierung «Al-Qaida» oder den Taliban mit Verordnungen vom 17. Januar 2006, 24. Januar 2006, 14. Februar 2006, 7. März 2006, 2. Mai 2006, 16. August 2006, 5. September 2006, 17. Oktober 2006, 14. November 2006, 12. Dezember 2006 und 19. Dezember 2006 (LGBl. 2006 Nr. 7, LGBl. 2006 Nr. 18, LGBl. 2006 Nr. 44, LGBl. 2006 Nr. 59, LGBl. 2006 Nr. 76, LGBl. 2006 Nr. 172, LGBl. 2006 Nr. 189, LGBl. 2006 Nr. 206, LGBl. 2006 Nr. 220, LGBl. 2006 Nr. 267 und LGBl. 2006 Nr. 282);
- Irak mit Verordnung vom 23. Mai 2006 (LGBl. 2006 Nr. 83);
- Liberia mit Verordnungen vom 11. April 2006, 27. Juni 2006, 16. August 2006, 5. Dezember 2006 und 19. Dezember 2006 (LGBl. 2006 Nr. 67, LGBl. 2006 Nr. 141, LGBl. 2006 Nr. 171, LGBl. 2006 Nr. 238 und LGBl. 2006 Nr. 283);
- Côte d Ivoire mit Verordnungen vom 14. Februar 2006 und 13. Juni 2006 (LGBl. 2006 Nr. 45 und LGBl. 2006 Nr. 119);
- der Demokratischen Republik Kongo mit Verordnungen vom 10. Januar 2006, 20. Juni 2006 und 5. September 2006 (LGBl. 2006 Nr. 4, LGBl. 2006 Nr. 124 und LGBl. 2006 Nr. 190);
- Sudan mit Verordnung vom 2. Mai 2006 (LGBl. 2006 Nr. 77);
- der Demokratischen Volksrepublik Korea mit Verordnung vom 24. Oktober 2006 (LGBl. 2006 Nr. 208);
- Libanon mit Verordnung vom 24. Oktober 2006 (LGBl. 2006 Nr. 211).

Daneben wurden im Jahre 2006 auf der Grundlage von Gemeinsamen Standpunkten des EU-Rates und seiner Durchführungsverordnungen autonom Sanktionen verhängt gegenüber:

- Myanmar mit Verordnung vom 27. Juni 2006 (LGBl. 2006 Nr. 139);
- Usbekistan mit Verordnung vom 24. Januar 2006 (LGBl. 2006 Nr. 17);
- Belarus mit Verordnungen vom 27. Juni 2006 und 31. Oktober 2006 (LGBl. 2006 Nr. 140 und LGBl. 2006 Nr. 212);
- bestimmten Personen aus der ehemaligen Bundesrepublik Jugoslawien mit Verordnung vom 26. September 2006 (LGBl. 2006 Nr. 196).

Im Zusammenhang mit der Terrorismusbekämpfung haben sich insbesondere hinsichtlich der Resolution 1373 (2001) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen weitere Umsetzungsverpflichtungen ergeben, die auch im Jahre 2006 eine enge Zusammenarbeit des Rechtsdienstes mit der speziell hiefür eingesetzten Koordinationsgruppe «Terrorismusbekämpfung» erforderlich machten. Neben der Mitarbeit im Rahmen dieser Arbeitsgruppe war insbesondere auch die Erstellung von Personenlisten im Bereich der Finanzsanktionen zeitaufwändig.

Schliesslich ist noch auf die Mitarbeit des Rechtsdienstes in der von der Regierung am 11. März 2003 eingesetzten Arbeitsgruppe betreffend Neuregelung und Koordination des Vollzugs von Sanktionen hinzuweisen.

Gesetzgebungsprojekt

Die Arbeiten am neu zu schaffenden Opferhilfegesetz wurden fortgesetzt. Im 1. Halbjahr 2006 konnte der Bericht und Antrag fertig gestellt, zu Handen des Landtags

verabschiedet und in erster Lesung behandelt werden. Die Vorlage wurde sehr positiv aufgenommen. Zur vollumfänglichen Nutzbarmachung der schweizerischen Literatur und Rechtsprechung in jenen Bereichen, in denen sich der Entwurf an der schweizerischen Rezeptionsvorlage orientiert, wurde er deren Systematik angepasst und die Stellungnahme zu Handen des Landtags vorbereitet. Die Vorlage an den Landtag zur zweiten Lesung wird erfolgen, sobald das Gesetz in der Schweiz endgültig verabschiedet ist.

Bereinigung der Anlagen zu den Verträgen mit der Schweiz

Im Rahmen der regelmässig stattfindenden Bereinigungen der Anlagen zum Zollvertrag, zum Währungsvertrag, zum Patentschutzvertrag, zu den Vereinbarungen über die Stempelabgaben und betreffend die Zusammenarbeit im Bereich der Zivilluftfahrt sowie zu den Fremdenpolizeilichen Vereinbarungen wird vom Rechtsdienst in Zusammenarbeit mit den zuständigen Ämtern die Anwendbarkeit schweizerischen Rechts in Liechtenstein überprüft und die bereinigten Anlagen kundgemacht.

Vierzehnte Bereinigung 2005/2006

Schwerpunkte dieser mit LGBl. 2006 Nr. 106 bis 111 kundgemachten Anlagenbereinigung bildete die neue schweizerische Chemikaliengesetzgebung (u. a. Chemikalienverordnung, SR 813.11, Verordnung über die Einstufung und Kennzeichnung von Stoffen, SR 813.112.12, Biozidprodukteverordnung, SR 813.12, Chemikalien-Risikoreduktions-Verordnung, SR 814.81), die in die Anlage I zum Zollvertrag aufgenommen wurde.

Fünfzehnte Bereinigung 2006

Auch die fünfzehnte Bereinigung mit Stand 30. Juni 2006 konnte zum erfolgreichen Abschluss gebracht und am 29. Dezember 2006 publiziert werden (LGBl. 2006 Nr. 289 bis 294).

Wichtigste Themen dieser Bereinigung waren ua die Totalrevision der Bundesrechtspflege, mit der das Bundesgericht entlastet werden soll. Das neue Bundesgerichtsgesetz, welches das bisher in der Anlage befindliche Bundesrechtspflegegesetz ersetzt, sowie das ebenfalls neue Verwaltungsgerichtsgesetz waren zu prüfen und in die Anlagen aufzunehmen. Weiters ist die vorgezogene Bereinigung eines Teils der schweizerischen Lebensmittel- und Veterinärgesetzgebung per 31. Dezember 2006 (Revision Lebensmittelrecht 2006) im Rahmen der aktuellen Bereinigung hervorzuheben.

Vertreter des öffentlichen Rechts gemäss Unterhaltsvorschussgesetz (UVG)

Seit dem Jahre 1990 (Regierungsbeschluss vom 30. Januar 1990 zu RB 448/110/90 idF des Beschlusses vom 4. April 1995 zu RA 95/1313) übt der Rechtsdienst als Vertreter des öffentlichen Rechts das Beschwerderecht im Sinne des Unterhaltsvorschussgesetzes, LGBl. 1989 Nr. 47, aus und ist insbesondere auch für die Antragstellung bezüglich Rückzahlungs- und Ersatzpflichten zuständig.

Die Zahl der durch den Rechtsdienst als Vertreter des öffentlichen Rechts zu betreuenden Unterhaltsvorschussakten belief sich im Berichtsjahr auf 71 Fälle. Der Rechtsdienst erhob in einem Fall Rekurs und stellte in einem weiteren Fall Antrag auf Ersatz zu Unrecht gewährter Unterhaltsvorschüsse.

Systematische Sammlung der liechtensteinischen Rechtsvorschriften (LR)

Dem Rechtsdienst obliegt die Koordination, insbesondere hinsichtlich der Ausführung (Form und Inhalt) der LR samt Nachlieferungen, des Registers zur LR sowie der Textausgaben.

Die 38 Ordner umfassende Systematische Sammlung (22 Ordner Landesrecht, 16 Ordner Staatsvertragsrecht) wurde im Berichtsjahr mit 4 Nachlieferungen aktualisiert.

Ausserdem wurden zwei neue Register zu der Systematischen Sammlung der liechtensteinischen Rechtsvorschriften mit Stand 1. Juli 2006 (bis LGBl. 2006 Nr. 141) bzw. 1. Januar 2007 (bis LGBl. 2006 Nr. 302) erstellt.

Gesetzesdatenbank LILEX unter www.gesetze.li

Im Berichtsjahr wurde die vom Rechtsdienst auf der Website www.gesetze.li angebotene Gesetzesdatenbank LILEX monatlich aktualisiert. Die Datenbank ermöglicht dem Rechtsanwender die unentgeltliche Volltextsuche im gesamten Bestand sowohl der Systematischen als auch der Chronologischen Sammlung des Liechtensteinischen Landes- und Staatsvertragsrechts.

Die Webseite zählt über 170 Besucher pro Tag und verzeichnet im Durchschnitt 437 Abfragen pro Stunde. Laut Webstatistik wurden im Berichtsjahr auf der Seite www.gesetze.li insgesamt 325 572 Detail-Abfragen getätigt.

Rechtsdienst online

Seit Februar 2006 ist der Rechtsdienst der Regierung mit seinem Internetauftritt im Portal der Liechtensteinischen Landesverwaltung bzw. unter www.rdr.llv.li online. Die Homepage bietet nicht nur einen Einblick in sämtliche Tätigkeitsgebiete des Rechtsdienstes, sondern ermöglicht es dem Anwender auch, die neuesten Landesgesetzblätter bereits am Tage ihrer Kundmachung einzusehen und herunterzuladen oder diese per Newsletter zu abonnieren.

Auch das jeweils aktuelle Register zur Systematischen Sammlung (LR) und die neuesten Textausgaben werden auf der Website des Rechtsdienste unentgeltlich angeboten.

Stabsstelle EWR

Stabsstellenleiterin: Dr. iur. Andrea Entner-Koch, LL.M.

Die Tätigkeiten der Stabsstelle EWR können vereinfacht in drei Hauptgruppen eingeteilt werden: Koordinationsaufgaben bei der Übernahme und der Umsetzung von neuem EWR-Recht, Ansprechstelle für die EFTA-Überwachungsbehörde und Unterstützung und Beratung der Regierung in EWR-Angelegenheiten. Zur Erfüllung dieser Aufgaben wurden verschiedene Koordinierungsverfahren und -instrumente eingeführt, deren Überwachung und Steuerung der Stabsstelle EWR obliegen. Diese beziehen nicht nur die Landesverwaltung sondern auch Interessenverbände, Experten und Behörden in anderen Mitgliedstaaten, insbesondere deren Vertretungen in Brüssel, mit ein.

Übernahme und Umsetzung von neuem EWR-Recht

Übernahme von EWR-Recht

Sämtliche zur Übernahme anstehenden EU-Rechtsakte werden von den Fachexperten der Ämter und ergänzend von der Stabsstelle EWR auf die jeweiligen faktischen und rechtlichen Auswirkungen hin überprüft. Wo erforderlich, werden im Zuge einer Übernahme in das EWR-Abkommen entsprechende Anpassungen an den Rechtsakten vorgenommen. Die Überprüfung der ins EWR-Abkommen zu übernehmenden EU-Rechtsakte umfasst auch die Abklärung, ob die Übernahme des betreffenden EU-Rechtsaktes die Zustimmung des Landtages erfordert. Alle Vorarbeiten für die EWR-Kommission des Landtages werden von der Stabsstelle EWR koordiniert und die entsprechenden Unterlagen bereitgestellt. Die EWR-Kommission des Landtages hat im Jahr 2006 insgesamt 342 EU-Rechtsakte behandelt (ergänzend wird auf den Bericht der EWR-Kommission des Landtages verwiesen).

Im Jahr 2006 wurden durch 159 Beschlüsse des Gemeinsamen EWR-Ausschusses 342 EU-Rechtsakte übernommen, womit sich die Zahl der rechtsverbindlichen EU-Rechtsakte im EWR-Abkommen auf total 4 752 erhöht hat. Darunter befanden sich insgesamt 13 EU-Rechtsakte, welche dem Zustimmungserfordernis des Landtages gemäss Art. 8 Abs. 2 Landesverfassung unterlagen. Dazu gehören insbesondere folgende EU-Richtlinien: Richtlinie zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung; die Richtlinie über die Tätigkeiten und die Beaufsichtigung von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung; Richtlinie zur Koordinierung der Zuschlagserteilung durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie der Postdienste und die Richtlinie über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Bauaufträge, Lieferaufträge und Dienstleistungsaufträge; Richtlinie betreffend Durchführung in Bezug auf die Anforderungen an die Rückverfolgbarkeit und die Meldung ernster Zwischenfälle und ernster unerwünschter Reaktionen; Richtlinie betreffend Durchführung in Bezug auf gemeinschaftliche Standards und Spezifikationen für ein Qualitätssystem für Blutspendeeinrichtungen; Richtlinie zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über Werbung und Sponsoring zugunsten von Tabakerzeugnissen; Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken im binnenmarktinternen Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen und Verbrauchern; Richtlinie über die Verschmelzung von Kapitalgesellschaften aus verschiedenen Mitgliedstaaten; Richtlinie über Abschlussprüfungen von Jahresabschlüssen und konsolidierten Abschlüssen sowie die Richtlinie über die Förderung einer am Nutzwärmebedarf orientierten Kraft-Wärme-Kopplung im Energiebinnenmarkt.

Umsetzungsquote

Die ins EWR-Abkommen übernommenen EU-Rechtsakte verlangen in vielen Fällen eine Umsetzung ins liechtensteinische Recht. Die Koordination der diesbezüglichen Arbeiten erfolgt über die zweimal jährlich erstellten EWR-Arbeitslisten für die Ressorts, anhand welcher die Regierung den von der Stabsstelle EWR aufgezeigten Handlungsbedarf zur Kenntnis nimmt und die entsprechenden Massnahmen für eine rechtzeitige Umsetzung gutheisst. Die EU-Staaten haben sich verpflichtet eine Umsetzungsquote von 98.5 % anzustreben. Es ist festzustellen, dass sich unsere Umsetzungsquote auf 97.9 % bzw. 98.1 % eingependelt hat. Da sich Liechtenstein aber als verlässlicher Partner im Europäischen Integrationsszenario präsentieren will und dies von entscheidendem Vorteil für andere aussenpolitische Positionierungen ist, wurden im Sommer 2006 Verbesserungsmassnahmen eingeleitet, die sich bereits in einer verbesserten Umsetzungsquote mit Stand Ende Oktober 2006 niedergeschlagen haben. Der Jahresbericht der EFTA-Überwachungsbehörde für 2006, der dazu detaillierte Angaben enthält, liegt derzeit noch nicht vor.

Umsetzungsdefizite

Umsetzungsdefizite bestehen derzeit dennoch in den Bereichen Umwelt (Umgebungslärm sowie Umweltauswirkungen von Plänen und Programmen), Technische Vorschriften, Normen, Prüfung und Zertifizierung (verschiedene Richtlinien im Bereich Arzneispezialitäten), Telekommunikation (Vollumsetzung des Neuen Telekompakets), Finanzdienstleistungen (Finanzsicherheiten, Finanzkonglomerate), Bauwesen (Gebäudeenergieeffizienz) und Energie (Erdgasbinnenmarkt und Elektrizitätsbinnenmarkt).

Umsetzungserfolge

Im Bereich Telekommunikation konnte im Juni 2006 eine Teilumsetzung des Telekompaketes notifiziert werden.

Die Vollumsetzung des Richtlinienpaketes soll bis zum Ende des ersten Quartals 2007 erfolgen.

Durch die Schaffung eines Versicherungsvermittlergesetzes wurde in der ersten Jahreshälfte 2006 im Bereich Finanzdienstleistungen die Umsetzung der Richtlinie 2002/92/EG über Versicherungsvermittlung abgeschlossen.

Im Bereich Geistiges Eigentum wurde durch die Abänderung des Urhebergesetzes die Richtlinie 2001/84/EG über das Folgerecht des Urhebers des Originals eines Kunstwerks und die Richtlinie 2001/29/EG zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte in der Informationsgesellschaft umgesetzt.

Im Bereich Öffentliches Auftragswesen kam Liechtenstein durch eine Änderung des Gesetzes über die Vergabe öffentlicher Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge im ersten Halbjahr 2006 bezüglich vier Richtlinien seinen Verpflichtungen aus dem EWR-Abkommen nach.

Im Jahr 2006 konnten insbesondere folgende Umsetzungen abgeschlossen werden: Im Bereich Gleichbehandlung von Männern und Frauen trat die Umsetzung der Richtlinie 2002/73/EG zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen hinsichtlich des Zugangs zur Beschäftigung, zur Berufsbildung und zum beruflichen Aufstieg sowie in Bezug auf die Arbeitsbedingungen in Kraft.

In Bezug auf das Gesellschaftsrecht konnte durch das Gesetz über die Beteiligung der Arbeitnehmer in der Europäischen Gesellschaft die Richtlinie 2001/86/EG zur Ergänzung des Statuts der Europäischen Gesellschaft hinsichtlich der Beteiligung der Arbeitnehmer umgesetzt werden. Gleichzeitig trat auch das Gesetz über das Statut der Europäischen Gesellschaft in Kraft.

Im Bereich Umwelt wurde mit der Anpassung der Störfallverordnung im Sommer letzten Jahres die Richtlinie 2003/105/EG zur Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen umgesetzt. Gleiches gilt für die Richtlinie 2004/42/EG über Emissionen bei Farben und Lacken, welche ebenfalls letzten Sommer mittels der neu geschaffenen Verordnung über den Verkehr mit Farben und Lacken im EWR umgesetzt worden ist.

Ansprechstelle für die EFTA-Überwachungsbehörde

Die EFTA-Überwachungsbehörde (ESA) kontrolliert die rechtzeitige und inhaltlich korrekte Umsetzung und Anwendung des EWR-Rechts in den EWR/EFTA-Staaten. Die Stabsstelle EWR fungiert in diesem Zusammenhang als direkter Ansprechpartner. Im Jahr 2006 waren bei der ESA neben verschiedenen Auskunftsersuchen auch 12 formelle Mahnschreiben (Letters of Formal Notice), 15 begründete Stellungnahmen (Reasoned Opinions) und zwei Klagen gegen Liechtenstein beim EFTA-Gerichtshof hängig. Diese betrafen insbesondere die Bereiche Diplomanerkennung, Sozialversicherungen, Umwelt, Arzneispezialitäten, Telekommunikation, Finanzdienstleistungen und Transport.

Ein gutes Abschneiden Liechtensteins bei der Erfüllung der EWR-Verpflichtungen liegt unbestritten im Gesamtinteresse des Landes. Vertragsverletzungsverfahren beeinträchtigen nicht nur das politische Ansehen des Landes, sondern verursachen auch einen enormen Arbeitsaufwand für die Stabsstelle EWR bzw. die Verwaltung im Allgemeinen. Die Stabsstelle EWR ist daher in ihrer Koordinationsaufgabe bemüht, die Zusammenarbeit innerhalb der Landesverwaltung zu intensivieren sowie die internen Arbeitsabläufe stetig zu überprüfen und zu verbessern.

Unterstützung und Beratung der Regierung in EWR-Angelegenheiten

In einer vom Europarecht zunehmend tangierten Verwaltung ist die Stabsstelle EWR zentrale Anlaufstelle bei EWR-rechtlichen Fragen. Die Stabsstelle EWR erstellt in diesem Zusammenhang Gutachten im Auftrag der Regierung oder wirkt in verschiedenen Arbeitsgruppen beratend oder als Vorsitz mit (z.B. Veterinärwesen/Landwirtschaft).

Eine weitere zentrale Aufgabe der Stabsstelle EWR liegt darin, EWR-rechtliche Kenntnisse all jenen Landesangestellten zu vermitteln, die durch ihre Arbeit mit dem Europarecht in Berührung kommen. Die Stabsstelle EWR führt zu diesem Zweck alljährlich eine allgemeine EWR-Schulung für die Landesangestellten bzw. laufend spezielle EWR-Schulungen für die Experten in den Ämtern durch. Des Weiteren wurde 2006 erneut ein LLV-internes Seminar zur aktuellen Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) organisiert.

Die Stabsstelle EWR vertritt die Regierung auch in Verfahren vor dem EFTA-Gerichtshof sowie dem Europäischen Gerichtshof (EuGH). Im Jahr 2006 entschied der EFTA-Gerichtshof fünf liechtensteinische Fälle, wobei diese (E-5/05 – E-9/05) das sog. Telekommunikationspaket betrafen. Die ESA hat Beschwerde wegen der nicht fristgerechten Umsetzung der fünf Telekommunikationsrichtlinien beim EFTA-Gerichtshof eingereicht. Der EFTA-Gerichtshof entschied am 29. Juni 2006, dass Liechtenstein durch die verspätete Umsetzung dieser Richtlinie seine Treuepflichten gemäss Art. 7 EWR-Abkommen verletzt hat. Die nationale Umsetzungsmassnahme, das neue Kommunikationsgesetz, trat kurz nach Urteilsverkündigung in Kraft. Die für die Vollumsetzung fehlenden Verordnungen werden im ersten Quartal 2007 in Kraft gesetzt werden.

Nicht unerwähnt bleiben sollen die zahlreichen Informations- und Dokumentationsdienstleistungen für die Öffentlichkeit, welche von der EWR-Dokumentation der Stabsstelle EWR wahrgenommen werden. Ihr obliegt u. a. die kontinuierliche Nachführung der EWR-Rechtssammlung und des EWR-Registers sowie die

Betreuung der Internetseite der Stabsstelle EWR (www.sewr.llv.li) und des EWR-Teils im Liechtenstein-Portal (www.liechtenstein.li), welcher unter dem Menüpunkt «Staat / Europäischer Wirtschaftsraum (EWR)» zu finden ist. Hervorzuheben sind die drei von der Stabsstelle EWR angebotenen Newsletter: vierteljährlich erscheint der «Newsletter SEWR-News». Bei Bedarf erscheint der «Newsletter EWR-Register» (nach jeder Aktualisierung der Onlineausgabe des EWR-Registers) und der «Newsletter EU-Programme» (bei Einlangen von Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen für laufende Projekte von EU-Programmen, an denen Liechtenstein im Rahmen des EWR-Abkommens teilnimmt). Alle drei Newsletter können unter www.sewr.llv.li (Rubrik: Allgemeines / Newsletter) abonniert werden.

Darüber hinaus wird die Informationstätigkeit auch durch Vorträge bei öffentlichen und privaten Organisationen wahrgenommen. Das System der EWR-Kontaktpersonen, bei welchem die Interessensverbände über neue Entwicklungen im EWR-Recht informiert werden bzw. die Möglichkeit haben, Stellungnahmen zu neuen EU-Rechtsakten abzugeben, wurde auch im Jahr 2006 mit Erfolg weitergeführt. Die Stabsstelle EWR ist zudem Kontaktstelle für Bürger und Bürgerinnen sowie Unternehmen, welche sich durch ausländische Behörden in ihren Rechten gemäss EWR-Abkommen beschränkt fühlen. In diesem Zusammenhang beteiligt sich die Stabsstelle EWR auch am EWR-weiten Problemlösungsnetz «SOLVIT».

Stabsstelle für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

Stabsstellenleiterin: Dr. Gerlinde Manz-Christ

Die mit RA 2001/2262-0333 vom 7. August 2001 eingerichtete Stabsstelle für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit ist dem Regierungschef direkt unterstellt.

Die Stabsstelle hat die nachhaltige Öffentlichkeitsarbeit für Liechtenstein mit dem Kommunikationskonzept II (2005-2009) kontinuierlich fortgesetzt und weiter ausgebaut. Der Schwerpunkt in der Umsetzung des Konzepts lag 2006 in der gezielten Einladung von Medienvertretern nach Liechtenstein, Liechtenstein-Sonderbeiträgen und -Artikeln in den Zielmärkten, in der Präsentation liechtensteinischer Themen bei Meinungsmittlern aus Politik und Wirtschaft, Verstärkung von Synergieeffekten der im Land vorhandenen Ressourcen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit, Erarbeitung und Publikation zahlreicher zielgruppenspezifischer Informationstexte, sowie Erarbeitung themenspezifischer Kommunikationskonzepte. Dadurch konnte der Multiplikatoreffekt der professionellen Darstellung des Landes Liechtenstein wesentlich verstärkt und ein deutlicher Anstieg positiver Medienberichte verzeichnet werden.

Kommunikationskonzept

Als oberstes Ziel des Kommunikationskonzeptes wurde zu Beginn die Nachhaltigkeit und verstärkte Integration aller Kräfte in der Öffentlichkeitsarbeit für das Fürstentum Liechtenstein definiert. Alle Massnahmen der Stabsstelle im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit stehen im Kontext zum vorliegenden gesamtheitlichen Kommunikationsmodell – ergänzt und verfeinert durch das Kommunikationskonzept II für das Land Liechtenstein (2005-2009) - und sind entsprechend abgestimmt. Die sechs Kernbotschaften werden konsequent mit Informationen aus der Regierungstätigkeit ausgestaltet und kommuniziert, z.B. mit dem einmal wöchentlich erscheinenden «Thema der Woche» auf *www.liechtenstein.li.*

Aktive Kommunikation

Die Stabsstelle hat im Jahr 2006 ca. 20 Präsentationen und Vorträge zu Liechtenstein-Themen im In- und Ausland (Location Branding Conference 2006 in London, 2. Public Management Forum Wallis, Kroatisches Aussenministerium, 200 österreichische Gemeindebedienstete, US-Universities Alumni, Vorstandssitzung der European Association of Political Consultants, Landesregierung Salzburg, u.v.m.) gemacht, an die 15 Artikel und Gastkommentare verfasst und Interviews in deutscher, englischer und französischer Sprache gegeben, ca. 50 Hintergrundgespräche mit hochrangigen Medienvertretern und anderen Meinungsmittlern geführt, durch Lobbying und Networking nachweislich einen guten Multiplikatoreffekt in der Öffentlichkeitsarbeit bewirkt, positive Präsenz für das Land Liechtenstein erzielt und Liechtenstein einem neuen Kreis von Multiplikatoren aus Politik und Wirtschaft näher gebracht (Deutschland, Österreich, Tschechien, Russland, China, Korea uvm.)

Basis-Informationsmaterialien

Die Stabsstelle hat 2006 die bisherigen Informationsmaterialien mit dem Buch «Das Fürstentum Liechtenstein – Begegnung mit einem Kleinstaat» vervollständigt, für das sie das Konzept erarbeitet und inhaltlich umgesetzt hat. Sämtliche bisherigen Informationsmaterialien der SKOE wurden inhaltlich und gestalterisch überarbeitet und aktualisiert. Im Jahr 2006 wurden 3 000 Liechtenstein CD-ROMs und DVDs, 15 000 Liechtenstein-Booklets, 20 000 Basisartikel und 3 000 bilaterale Ländervergleiche ausgegeben. Die bilateralen Ländervergleiche erfreuen sich zunehmender Beliebtheit im In- und Ausland. Dem Wunsch aus Landesverwaltung und Verbänden nach weiteren Ländervergleichen konnte wegen Kapazitätsmangel nicht entsprochen werden.

Die Stabsstelle überarbeitete Informationstexte zu Liechtenstein in deutsch- und englischsprachigen Websites und beantwortete monatlich ca. 80 Anfragen zu Liechtenstein allgemein sowie zum Wirtschafts- und Finanzstandort Liechtenstein, die nicht der vertieften fachlichen Antwort der zuständigen Amtsstellen bedürfen.

Organisation von Informationsveranstaltungen
Im Berichtsjahr übernahm die Stabsstelle wieder die Konzeption, inhaltliche Vorbereitung und Umsetzung von diversen Informations- und Spezialveranstaltungen, wie z.B. den Holocaust-Gedenktag, der 2006 erstmals durchgeführt wurde.

Beratung und Unterstützung der Regierung in informationspolitischen Angelegenheiten
Die Stabsstelle für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit hat für die Regierung und diverse Amtsstellen ca. zehn Kommunikationskonzepte erarbeitet und umgesetzt. Sie hat die Regierung und die Mitarbeiter der Regierung in der Öffentlichkeitsarbeit beraten und sie in der Durchführung von Massnahmen unterstützt. Der Stabsstelle oblag weiters die Organisation, inhaltliche Vorbereitung und Betreuung von Interviews sowie die inhaltliche Vorbereitung von Medienkonferenzen und das Verfassen von Presseaussendungen.

Stiftung Image Liechtenstein und Marke Liechtenstein
Die Stabsstelle arbeitet im Stiftungsrat der Stiftung Image Liechtenstein mit und leitet das Expertengremium, das die Entscheidungen des Stiftungsrates inhaltlich vorbereitet. Der Geschäftsleiter setzt die im Gesamtkommunikationskonzept definierten Massnahmen gemeinsam mit der Stabsstelle um.

Liechtenstein-Portal im Internet
Die Stabsstelle hat das Liechtenstein-Portal *www.liechtenstein.li* mit neuen Informationsinhalten, Videofilmen sowie TV-tauglichem Bildmaterial erweitert. Die Stabsstelle ist für Inhalt und Aktuellhaltung des Liechtenstein-Portals verantwortlich.

Auf- und Ausbau von Kommunikationsnetzwerken
Durch den verstärkten systematischen Einbezug sowohl der liechtensteinischen Aussenstellen als auch der in Liechtenstein akkreditierten Botschaften und Konsulate in die Informations- und Kommunikationslinien bei Schwerpunktthemen der Regierung konnte die proaktive Öffentlichkeitsarbeit erheblich erweitert und intensiviert werden.

Mitwirkung in amtsstellenübergreifenden Arbeitsgruppen und Projekten
Die Stabsstelle arbeitet in zahlreichen Arbeitsgruppen mit, wie Neues Erscheinungsbild für die Liechtensteinische Landesverwaltung, Erweiterung Liechtenstein-Portal, Koordinierungsgruppe Finanzplatz, Terrorismusbekämpfung, Informationszeitschrift Liechtenstein, Gymnaestrada 2007, Restrukturierung Kommunikationsstellen.

Stabsstelle öffentliches Auftragswesen

Stabsstellenleiter: Dipl. Ing. HTL Wendelin Lampert

Die Stabsstelle öffentliches Auftragswesen berät und informiert zu Fragen im Bereich des öffentlichen Auftragswesens. Sie bildet die zentrale Anlauf- und Beratungsstelle für sämtliche öffentliche Auftraggeber in der Landesverwaltung, die Gemeinden und für alle weiteren von den Gesetzen erfassten Auftraggeber sowie die Auftragnehmer. Mit der Aufsicht über die öffentlichen Auftragsvergaben hat sie eine wichtige Kontrollfunktion. Die Schwerpunkte der Tätigkeiten der Stabsstelle lagen im Berichtsjahr bei der Durchführung von Informationsveranstaltungen für sämtliche Auftraggeber und Auftragnehmer, zu den am 1. Januar 2006 in Kraft getretenen neuen gesetzlichen Bestimmungen, die Erstellung der Berichte und Anträge betreffend den Beschluss Nr. 68/2006 des gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2004/17/EG zur Koordinierung der Zuschlagserteilung durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie der Postdienste und der Richtlinie 2004/18/EG über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge), sowie der Erarbeitung des Vernehmlassungsberichtes betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Vergabe öffentlicher Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie im Telekommunikationssektor (Gesetz über das Öffentliche Auftragswesen im Bereich der Sektoren; ÖAWSG) und der Erstellung des Vernehmlassungsberichtes betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Vergabe öffentlicher Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge (Gesetz über das Öffentliche Auftragswesen; ÖAWG). In der Auftragsstatik wurde im Jahr 2005 gesamthaft Auftragsvergaben von CHF 167 Mio. erfasst. Der Vergleich zum Vorjahr zeigt eine Zunahme von 74 %.

Kernaufgabe der Stabsstelle bildet die Beratung und Information sämtlicher Auftragnehmer und Auftraggeber im Bereich des öffentlichen Auftragswesens. Zu den Aufgaben der Stabsstelle gehört weiters die Erarbeitung von Strategien, Konzepten, Massnahmen und Instrumenten für eine optimale Umsetzung und Weiterentwicklung des Sachbereiches «öffentliches Auftragswesen». Überdies erstellt sie jährlich eine Statistik der öffentlichen Auftragsvergaben und wertet diese aus. Des Weiteren zählt zum Tätigkeitsbereich der Stabsstelle die Mitarbeit bei der Erarbeitung von Richtlinien der Europäischen Union sowie die Erarbeitung von Vorschlägen für die Umsetzung in das nationale Recht.

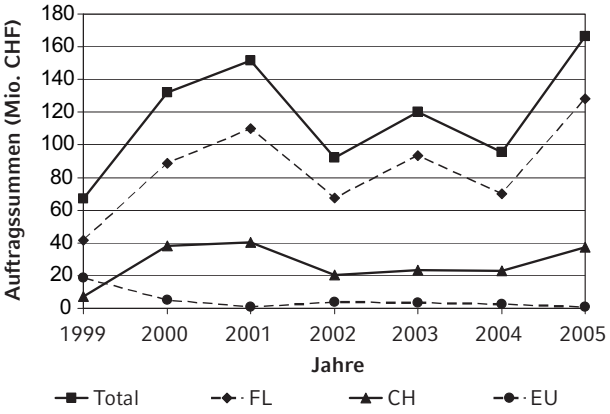
Die Stabsstelle nimmt auch die grenzübergreifende Koordination mit den Nachbarstaaten und Kantonen wahr und beobachtet die Weiterentwicklung des Auftragswesens in der Schweiz, in der WTO sowie im

EWR. Die Mitarbeit in Arbeitsgruppen des Landes und insbesondere in grenzübergreifenden Arbeitsgruppen, wie beispielsweise im Forum «Beschaffungswesen» der Schweizerischen Bau-, Planungs- und Umweltschutzdirektorenkonferenz (BPUK) und in der Arbeitsgruppe «Öffentliches Auftragswesen» der EFTA, erweist sich gerade im Hinblick auf die Dynamik des Auftragswesens und der öffentlichen Märkte als anspruchsvoll.

Der Stabsstelle oblag im Berichtsjahr insbesondere die Durchführung von Informationsveranstaltungen über das am 1. Januar 2006 in Kraft getretene Gesetz vom 21. September 2005 betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Vergabe öffentlicher Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge (Gesetz über das öffentliche Auftragswesen, ÖAWG), LGBl. 2005 Nr. 218, sowie dem Gesetz vom 21. September 2005 über die Vergabe öffentlicher Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie im Telekommunikationssektor (Gesetz über das Öffentliche Auftragswesen im Bereich der Sektoren, ÖAWSG), LGBl. 2005 Nr. 220, und den dazu erlassenen Verordnungen (ÖAWV, LGBl. 2005 Nr. 222 und Nr. 263 sowie ÖAWSV, LGBl. 2005 Nr. 223). Ferner erstellte die Stabsstelle die Berichte und Anträge Nr. 69/2006 sowie Nr. 70/2006 betreffend den Beschluss Nr. 68/2006 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses. Mit diesem Beschluss wurde die Richtlinie 2004/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge sowie die Richtlinie 2004/17/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 zur Koordinierung der Zuschlagserteilung durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie der Postdienste in den EWR übernommen. Des Weiteren hatte die Stabsstelle die Federführung betreffend die Erstellung des Vernehmlassungsberichtes zur Abänderung des Gesetzes über die Vergabe öffentlicher Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge (Gesetz über das Öffentliche Auftragswesen; ÖAWG) sowie des Vernehmlassungsberichtes betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Vergabe öffentlicher Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie im Telekommunikationssektor (Gesetz über das Öffentliche Auftragswesen im Bereich der Sektoren; ÖAWSG) inne. Die Vernehmlassungsfrist dieser beiden Berichte dauert von Mitte Dezember 2006 bis Ende April 2007. Im Rahmen des jährlichen Package Meetings mit der EFTA-Überwachungsbehörde wurde von dieser eine Anpassung der Verordnungen zum Gesetz über das Öffentliche Auftragswesen (ÖAWV) und zum Gesetz über das Öffentliche Auftragswesen im Bereich der Sektoren (ÖAWSV) an die entsprechenden Richtlinien der EU verlangt. Der EFTA-Überwachungsbehörde wurden entsprechende Vorschläge betreffend die Abänderungen der Verordnungen zur Prüfung zugestellt.

Die Statistik über die öffentlichen Auftragsvergaben wurde termingerecht erfasst und an die zuständigen Stellen in Genf (WTO) und Brüssel (EFTA) weitergeleitet. Die gesamthaft erfassten Auftragssummen sind im Bezugsjahr 2005 um ca. 74 % angestiegen. Dabei wurden 77 % sämtlicher Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge an liechtensteinische Auftragnehmer erteilt. Von den restlichen 23 % aller Aufträge wurden 22 % an Auftragnehmer aus der Schweiz und 1 % an Auftragnehmer aus der EU vergeben.

Vergleich Auftragssummen 1999 bis 2005



Staatsanwaltschaft

Leitender Staatsanwalt: Dr. Robert Wallner

Die Staatsanwaltschaft hat alle Offizialdelikte, die zu ihrer Kenntnis kommen, von Amts wegen zu verfolgen (§ 21 StPO), in Rechtshilfeverfahren mitzuwirken und die Interessen des Landes zu wahren. Im Jahr 2006 sind insgesamt 2467 Straffälle angefallen, das sind um 172 weniger als im Vorjahr. Weiters sind 220 Rechtshilfeersuchen aus dem Ausland eingelangt, das sind um 38 weniger als im Vorjahr.

Geschäftsausweis

Der Gesamtanfall von Straffällen gegen bekannte und unbekannte Täter ist im Jahr 2006 mit 2467 Fällen im Vergleich zum Vorjahr um 172 Fälle zurück gegangen. Der Rückgang betrifft hauptsächlich Straffälle wegen Übertretungen und Vergehen, die von 1980 im Vorjahr auf 1762 zurückgegangen sind. Bei Verfahren wegen Verbrechen und Vergehen, die mit einer 6 Monate übersteigenden Freiheitsstrafe bedroht sind, also bei den schweren Straftaten, hat der Anfall von 423 auf 407, also nur um 16 Verfahren, abgenommen. Im Jahr 2006 sind 220 Rechtshilfeersuchen eingelangt, um 38 weniger wie im vergangenen Jahr.

Es wurden 23 Anklageschriften, 105 Strafanträge und 1086 Bestrafungsanträge eingebracht. Staatsanwälte haben im Berichtsjahr insgesamt an 307 Verhandlungen und Tagsatzungen vor dem Landgericht und Obergericht teilgenommen. Die Haftfälle haben sich, im Vergleich zum Vorjahr halbiert, wobei in den insgesamt 16 Haftfällen 7 Ausschaffungshaften und 5 Auslieferungshaften enthalten sind.

Straffälle (Geschäfte) im Berichtsjahr neu angefallen	**Anzahl**	**davon Haftfälle**
ST	407	4
UT	298	7 Ausschaffungshaften 5 Auslieferungshaften
SU	1 762	
Gesamt	**2 467**	**16**

Straffälle ST gegen bekannte Täter (Geschäfte) (Vergehen mit Strafdrohung von 6 Monate bis 3 Jahre Freiheitsstrafe und Verbrechen)	**Anzahl**
1 aus dem Jahre 2005 unerledigt übernommen	227
2 im Berichtsjahr neu angefallen	**407**
3 Gesamtzahl der Straffälle	634
4 im Berichtsjahr von der StA erledigt	413
5 unerledigt geblieben am 31. Dezember 2006	221

Straffälle UT gegen unbekannte Täter (Vergehen mit Strafdrohung von 6 Monate bis 3 Jahre Freiheitsstrafe und Verbrechen)	**Anzahl**
1 aus dem Jahre 2005 unerledigt übernommen	22
2 im Berichtsjahr neu angefallen	**298**
3 Gesamtzahl der Straffälle	320
4 im Berichtsjahr von der StA erledigt	299
5 unerledigt geblieben am 31. Dezember 2006	21

Straffälle SU gegen bekannte und unbekannte Täter (Übertretungen und Vergehen mit Strafdrohung bis sechs Monate Freiheitsstrafe)	**Anzahl**
1 aus dem Jahre 2005 unerledigt übernommen	130
2 im Berichtsjahr neu angefallen	**1 762**
3 Gesamtzahl der Straffälle	1 892
4 im Berichtsjahr von der StA erledigt	1 779
5 unerledigt geblieben am 31. Dezember 2006	113

Anklageschriften	**Anzahl**	**davon Haftfälle**
Im Berichtsjahr neu eingebracht	**23**	**6**

Strafanträge	**Anzahl**	**davon Haftfälle**
Im Berichtsjahr neu eingebracht	**105**	**0**

Bestrafungsanträge (ST und SU) (Übertretungen und Vergehen mit Strafdrohung bis zu 6 Monaten)	**Anzahl**
Im Berichtsjahr neu eingebracht	**1 086**

Einstellungen (ST und SU)	**Anzahl**
§ 1 Abs. 2 StPO	3
§ 21 Abs. 2 StPO	32
§ 22 Abs. 2 StPO	880
§ 64 StPO	8
§ 42 StGB	40

Erledigungen anderer Art	
§ 283 und 294 StPO (Abbrechungen)	543
Vereinigungen	46
Abtretungen	23

Rechtshilfeverfahren (RSt)	**Anzahl**
Anfall im Berichtsjahr	**220**

Rechtsmittel (von StA eingebracht)	**Anzahl**
Berufungen	7
Beschwerden	18
Revisionen	6
Revisionsbeschwerden	11
Einspruch gg. Strafverfügung	2

Justizverwaltungssachen (Jv)	**Anzahl**
Anfall im Berichtsjahr	**200**

Geschäftsfälle Nst	**Anzahl**
Anfall im Berichtsjahr	**31**

Ersuchen um Übernahme der Strafverfolgung	**Anzahl**
Im Berichtsjahr gestellt	**28**

Internationale Kontakte

Auch im Berichtsjahr wurden wieder in mehreren komplexen Verfahren Arbeitsbesprechungen mit ausländischen Staatsanwälten zum Zwecke der Koordination der gegenseitigen Rechtshilfe und der jeweiligen Inlandsverfahren durchgeführt. In 28 Verfahren hat die Staatsanwaltschaft gemäss Art 74 RHG die Übernahme der Strafverfolgung durch ausländische Behörden erwirkt.

Mit Beschluss der Regierung vom 14.Februar 2006 wurde der Leitende Staatsanwalt zum liechtensteinischen Delegierten in den Konsultativrat der Europäischen Staatsanwälte (CCPE) bestellt. Es handelt sich dabei um ein beratendes Organ des Ministerkomitees des Europarates. Der Leitende Staatsanwalt hat an der

1. Sitzung dieses Komitees am 6. Juli 2006 in Moskau teilgenommen. Zudem hat er Liechtenstein im Berichtsjahr an der von Norwegen ausgerichteten Eurojustice-Konferenz vom 27. - 29. September 2006 in Oslo vertreten. Über Einladung des polnischen Generalstaatsanwaltes Janusz Kaczmarek hielt sich der Leitende Staatsanwalt am 6. und 7. Dezember 2006 zu einem Arbeitsgespräch über hängige Rechtshilfefälle in Warschau auf. Als Mitglied der liechtensteinischen Verhandlungsdelegation nahm er weiters am 20. März, 19. und 20. April sowie 10. Mai 2006 in Brüssel an Verhandlungen über eine Assoziierung Liechtensteins zu den Verträgen von Schengen und Dublin teil. Gegenstand einer weiteren Dienstreise am 10. Juli 2006 nach Brüssel war ein Treffen mit Vertretern des Europäischen Amts für Betrugsbekämpfung (OLAF). Die Stellvertreterin des Leitenden Staatsanwaltes hielt sich gemeinsam mit einem Vertreter des Ressorts Justiz vom 15. - 19. November 2006 zu Konsultationen über hängige Rechtshilfefälle in Washington auf. Je ein Staatsanwalt oder eine Staatsanwältin vertrat Liechtenstein bei den alljährlichen Konferenzen der Kontaktstellenleiter des Europäischen Justiziellen Netzwerkes (EJN) von 12. - 14. Juni 2006 in Graz und am 30. November in Rovaniemi/Finnland, sowie an der Regionalkonferenz der Internationalen Vereinigung der Staatsanwälte (IAP) am 16. und 17. Februar 2006 in Den Haag. Schliesslich hat ein liechtensteinischer Staatsanwalt vom 22. - 25. Mai 2006 an der jährlichen CARIN-(Camden Asset Recovery Interagency Network) Tagung in Salzburg teilgenommen. Die nachbarschaftlichen Beziehungen zur Schweiz und zu Österreich wurden durch Teilnahme an der Ostschweizer Staatsanwältekonferenz am 22. September 2006, der Tagung der schweizerischen Arbeitsgruppe für Kriminologie am 10. März 2006 und dem Treffen der Leitenden Staatsanwälte und Polizeichefs der Bodenseeregion am 4. Oktober 2006 gepflegt.

Am 29. Juni 2006 besuchten Studenten der Universität Luzern im Rahmen einer Lehrveranstaltung die Liechtensteinische Staatsanwaltschaft.

Zusammenarbeit mit inländischen Behörden

Im Berichtsjahr fanden regelmässige Koordinationssitzungen des Leitenden Staatsanwaltes mit dem Leiter der Kriminalpolizei, dem Leiter der Stabsstelle FIU, einem Vertreter der Untersuchungsrichter und dem Vorsitzenden der Geschäftsleitung der Finanzmarktaufsicht statt.

Mitarbeit in Kommissionen und Arbeitsgruppen der Regierung

Die Arbeitsbelastung durch die Mitarbeit in Arbeitsgruppen oder Verhandlungsdelegationen der Regierung hat im Berichtsjahr weiter zugenommen. Der Leitende Staatsanwalt hat als Mitglied der Verhandlungsdelegation Schengen/Dublin zahlreiche Sitzungs- und Verhandlungstermine wahrgenommen und Rechtsfragen, vor allem zur Rechtshilfe in Fiskalsachen, abgeklärt sowie an mehreren Informationsgesprächen mit Berufsverbänden teilgenommen. Auch im Rahmen der Vorbereitung des Bericht und Antrags der Regierung an den Landtag betreffend die Umsetzung der II. Geldwäscherei-Richtlinie, der Palermo-Konvention und der 40 Empfehlungen der FATF sind umfangreiche Arbeiten angefallen, etwa durch Aufarbeitung der Stellungnahmen der Verbände zum Vernehmlassungsbericht und Sitzungen mit Verbandsvertretern. Weiters hat der Leitende Staatsanwalt an zahlreichen Sitzungen der Arbeitsgruppen Terrorismus-Finanzierung, Korruptionsbekämpfung, «Oil-for-Food», der Arbeitsgruppe zur Neuregelung des Sanktionenvollzuges und des Gesetzes über Wirtschaftsmassnahmen gegen fremde Staaten, der Koordinationsgruppe Finanzplatz und der Arbeitsgruppe zur Reform des Haftrechtes teilgenommen.

Die Stellvertreterin des Leitenden Staatsanwaltes und weitere Staatsanwälte oder Staatsanwältinnen haben darüber hinaus in den Arbeitsgruppen Gefangenenbetreuung und Strafvollzug, Überprüfung des Revisionsbedarfes des strafprozessualen Vorverfahrens, in der Gewaltschutzkommission, in der Arbeitsgruppe gesetzliche Neuregelung der Vermittlung von Kriegsmaterial, nuklearen Gütern und doppelt verwendbaren Gütern, der Arbeitsgruppe Jugendschutz, der Drogenkommission und in der Arbeitsgruppe zur Umsetzung des Vertrages zwischen Liechtenstein und der Schweiz betreffend die gemeinsame Nutzung von polizeilichen Datenbanken mitgearbeitet.

Diversion

Einen weiteren Schwerpunkt bildeten die Vorarbeiten zur Einführung der Diversion im Strafrecht (Landesgesetzblatt 2006/99), die mit 1. Januar 2007 in Kraft getreten ist. Dazu wurde das Registerprogramm «Juris» angepasst, Formulare für diverse Verständigungen ausgearbeitet, der Ablauf des Diversionsverfahrens mit der Landespolizei, der Bewährungshilfe und dem Amt für Soziale Dienste koordiniert und mehrere interne und amtsübergreifende Fortbildungsveranstaltungen, wie beispielsweise ein Seminar am 8. November 2006 organisiert, an dem insgesamt 25 Vertreter der Richterschaft, der Staatsanwaltschaft, des Amtes für Soziale Dienste, der Bewährungshilfe und der Landespolizei teilgenommen haben.

Stellungnahmen zu Gesetzesvorschlägen

Die Liechtensteinische Staatsanwaltschaft hat im Rahmen der Vernehmlassung zu folgenden Gesetzen Stellungnahmen abgegeben: Jugendgesetz, Totalrevision des Gesetzes über den Katastrophenschutz, Bankengesetz, Staatspersonalgesetz, Gemeinnützige Leistungen statt Ersatzfreiheitsstrafe, Reform der Untersuchungshaft, Gerichtsorganisationsgesetz, Richterdienstgesetz, Gesetz über Investmentunternehmen, Sanitätsgesetz.

KOMMISSIONEN

Beschwerdekommission für Verwaltungsangelegenheiten

Präsident: lic.iur. Christian Ritter

Der Aufgabenbereich der Beschwerdekommission für Verwaltungsangelegenheiten wurde im Berichtsjahr 2006 wiederum erweitert. Insgesamt sind 56 Fälle anhängig geworden. Die Pendenzen konnten im Vergleich zu 2005 halbiert werden.

Zuständigkeit
Die Beschwerdekommission wurde auf Grund des Beschwerdekommissionsgesetzes vom 25. Oktober 2000, LGBL. 2000 Nr. 248, eingerichtet. Die Beschwerdekommission für Verwaltungsangelegenheiten besteht aus fünf Mitgliedern, welche vom Landtag gewählt werden. Der Präsident und der Vize-Präsident müssen rechtskundig sein. Sie ist für Beschwerden gegen Verfügungen und Entscheidungen in den Bereichen Bauwesen, Strassenverkehr, Telekommunikation und elektrische Signaturen, Wohnungswesen, Hochschulwesen und öffentliches Auftragswesen zuständig.

Beschwerdefälle 2006

Im Berichtsjahr waren 56 neue Eingänge zu verzeichnen, davon 46 Beschwerden, 9 Vorstellungen und 1 Nachsichtsgesuch. Eine Beschwerde befasste sich mit dem Dienstrecht, wofür die Beschwerdekommission für Verwaltungsangelegenheiten unzuständig ist. Die restlichen 55 Fälle erstreckten sich auf die nachfolgenden Rechtsgebiete:

Bauwesen	25
Strassenverkehr	25
Telekommunikation und elektronische Signaturen	0
Wohnungswesen	4
Hochschulwesen	0
öffentliches Auftragswesen	1

Die im Berichtsjahr bereits anhängigen Fälle aus dem Vorjahr wurden wie folgt behandelt:

Nummer	Gegenstand	Erledigung	Stand/Entscheid
VBK 2005/26	Baubewilligung		Verfahren hängig
VBK 2005/42	Bauvorschriften	26.01.2006	Beschwerde stattgegeben
VBK 2005/43	Perimeterkosten	07.02.2006	Beschwerde zurückgewiesen
VBK 2005/44	Pertimeterkosten	07.02.2006	Beschwerde zurückgewiesen
VBK 2005/45	Perimeterkosten	07.02.2006	Beschwerde zurückgewiesen
VBK 2005/46	Perimeterkosten	07.02.2006	Beschwerde zurückgewiesen
VBK 2005/47	Perimeterkosten	07.02.2006	Beschwerde zurückgewiesen
VBK 2005/49	Perimeterkosten	07.02.2006	Beschwerde zurückgewiesen
VBK 2005/52	Perimeterkosten	07.02.2006	Beschwerde zurückgewiesen
VBK 2005/58	Baubewilligung	23.02.2007	Beschwerde stattgegeben
VBK 2005/59	Führerausweisentzug	26.01.2006	Beschwerde zurückgewiesen
VBK 2005/60	Führerausweisentzug	26.01.2006	Beschwerde zurückgewiesen
VBK 2005/61	Baubewilligung	20.04.2006	Beschwerde abgewiesen
VBK 2005/62	Baubewilligung	23.02.2007	Beschwerde stattgegeben

Die im Berichtsjahr neu anhängig gewordenen Fälle sind wie folgt behandelt worden:

Nummer	Gegenstand	Erledigung	Stand/Entscheid
VBK 2006/01	Dienstrecht	07.02.2006	Beschwerde zurückgewiesen
VBK 2006/02	Strassensignalisation	29.03.2006	Beschwerde verworfen
VBK 2006/03	Strassensignalisation	29.03.2006	Beschwerde verworfen
VBK 2006/04	Strassensignalisation	29.03.2006	Beschwerde verworfen
VBK 2006/05	Strassensignalisation	29.03.2006	Beschwerde verworfen
VBK 2006/06	Baubewilligung	20.04.2006	Beschwerde stattgegeben
VBK 2006/07	Führerausweisentzug	23.02.2006	auf Vorstellung nicht eingetreten
VBK 2006/08	Führerscheinentzug	30.03.2006	Beschwerde abgewiesen
VBK 2006/09	Perimeterkosten	23.02.2006	auf Vorstellung eingetreten
VBK 2006/10	Perimeterkosten	23.02.2006	auf Vorstellung eingetreten
VBK 2006/11	Perimeterkosten	23.02.2006	auf Vorstellung eingetreten

Nummer	Gegenstand	Erledigung	Stand/Entscheid
VBK 2006/12	Perimeterkosten	23.02.2006	auf Vorstellung eingetreten
VBK 2006/13	Perimeterkosten	23.02.2006	auf Vorstellung eingetreten
VBK 2006/14	Perimeterkosten	23.02.2006	auf Vorstellung eingetreten
VBK 2006/15	Perimeterkosten	23.02.2006	auf Vorstellung eingetreten
VBK 2006/16	Perimeterkosten	23.02.2006	auf Vorstellung eingetreten
VBK 2006/17	Baubewilligung	29.06.2006	Beschwerde stattgegeben
VBK 2006/18	Baubewilligung	18.05.2006	Beschwerde abgewiesen
VBK 2006/19	Strassensignalisation	29.06.2006	Beschwerde abgewiesen
VBK 2006/20	Baubewilligung	29.06.2006	Beschwerde abgewiesen
VBK 2006/21	Baubewilligung	29.06.2006	Beschwerde abgewiesen
VBK 2006/22	Strassensignalisation	29.06.2006	Beschwerde abgewiesen
VBK 2006/23	Mietbeihilfe	29.06.2006	Beschwerde abgewiesen
VBK 2006/24	Baubewilligung	29.06.2006	Verfahren unterbrochen
VBK 2006/25	Führerausweisentzug	29.06.2006	Beschwerde abgewiesen
VBK 2006/26	Führerausweisentzug	29.06.2006	Beschwerde abgewiesen
VBK 2006/27	Führerausweisentzug	23.06.2006	Beschwerde verworfen
VBK 2006/28	Führerausweisentzug	29.06.2006	Beschwerde abgewiesen
VBK 2006/29	Führerausweisentzug	28.09.2006	Beschwerde stattgegeben
VBK 2006/30	Baubewilligung	17.08.2006	Beschwerde abgewiesen
VBK 2006/31	Baubewilligung	26.10.2006	Beschwerde abgewiesen
VBK 2006/32	Perimeterkosten	28.09.2006	Beschwerde abgewiesen
VBK 2006/33	Perimeterkosten	28.09.2006	Beschwerde abgewiesen
VBK 2006/34	Baubewilligung	28.09.2006	Beschwerde abgewiesen
VBK 2006/35	Strassensignalisation	28.09.2006	Beschwerde verworfen
VBK 2006/36	Strassensignalisation	28.09.2006	Beschwerde stattgegeben
VBK 2006/37	Führerausweisentzug	28.09.2006	Beschwerde abgewiesen
VBK 2006/38	Führerausweisentzug	28.09.2006	Beschwerde abgewiesen
VBK 2006/39	Mietbeihilfe	28.09.2006	Beschwerde stattgegeben
VBK 2006/40	Strassensignalisaton	09.10.2006	Beschwerde abgewiesen
VBK 2006/41	Strassensignalisation	09.10.2006	Beschwerde abgewiesen
VBK 2006/42	Bauvorschriften	26.10.2006	Beschwerde abgewiesen
VBK 2006/43	Führerausweisentzug	03.11.2006	Beschwerde abgewiesen
VBK 2006/44	Baubewilligung	14.12.2006	Beschwerde abgewiesen
VBK 2006/45	Baubewilligung	14.12.2006	Beschwerde stattgegeben
VBK 2006/46	Führerausweisentzug	26.10.2006	Nachsichtsgesuch abgewiesen
VBK 2006/47	Baubewilligung	30.11.2006	Beschwerde abgewiesen
VBK 2006/48	Strassensignalisation	30.11.2006	Beschwerde stattgegeben
VBK 2006/49	Baubewilligung		Verfahren hängig
VBK 2006/50	Schwerverkehrsabgabe	30.11.2006	Beschwerde verworfen
VBK 2006/51	öffentl. Auftragswesen	14.12.2006	Beschwerde abgewiesen
VBK 2006/52	Wohnbauförderung		Verfahren hängig
VBK 2006/53	Strassensignalisation		Verfahren hängig
VBK 2006/54	Mietbeihilfe		Verfahren hängig
VBK 2006/55	Führerausweisentzug		Verfahren hängig
VBK 2006/56	Baubewilligung		Verfahren hängig

Pendenzen 2006

Im Berichtsjahr wurden von den 14 aus dem Vorjahr resultierenden Beschwerdefälle 13 verhandelt und entschieden; 1 Beschwerdefall aus dem Jahr 2005 ist auf Grund des besonderen Umfangs des vom Verwaltungsgerichtshof aufgetragenen Ermittlungsverfahrens noch hängig. Von den im Berichtsjahr neu anhängig gewordenen 56 Fällen konnten im Berichtsjahr selbst 50 verhandelt und entschieden werden. Daraus ergeben sich insgesamt 7 Pendenzen. Die Pendenzen konnten im Vergleich zum Berichtsjahr 2005 halbiert werden.

Personalkommission

Die Personalkommission, welche sich paritätisch aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern beiderlei Geschlechts zusammensetzt, schlichtet auf Antrag einer Mitarbeiterin oder eines Mitarbeiters bei allen Streitigkeiten, die im Zusammenhang mit der Zuordnung der Stelle, der Festlegung der Besoldung oder der Bewertung der Leistung stehen.

In der Berichtsperiode konnte die Personalkommission ein Schlichtungsverfahren betreffend Stellenzuordnung, das im Jahr 2005 anhängig gemacht worden war, zum Abschluss bringen und der Regierung als Entscheidungsgrundlage eine Empfehlung unterbreiten. Ein weiterer Schlichtungsantrag, welcher eine Leistungsbeurteilung betraf, wurde von der betroffenen Person im Verlaufe des Schlichtungsverfahrens zurückgezogen, womit das Verfahren eingestellt werden konnte.

Prüfungskommission für Rechtsanwälte

Vorsitzender: Dr. Hilmar Hoch

Die Prüfungskommission für Rechtsanwälte hat im Geschäftsjahr 2006 zwei Prüfungssessionen im Frühjahr und im Herbst 2006 abgehalten.

Frühjahrssession 2006
Für die im Frühjahr abgehaltene Rechtsanwaltsprüfung meldeten sich fünf Kandidaten an. Die schriftlichen Prüfungen wurden vom 20. bis 27. März 2006 und die mündlichen Prüfungen am 2. Mai 2006 abgehalten. Vier Kandidaten haben die Prüfung bestanden.

Herbstsession 2006
Für die im Herbst abgehaltene Rechtsanwaltsprüfung meldeten sich sieben Kandidaten an:
– fünf Kandidaten zur Rechtsanwaltsprüfung
– zwei Kandidaten zur Eignungsprüfung für ausländische Rechtsanwälte (EWR)

Die schriftlichen Prüfungen wurden vom 11. bis 18. September 2006 und die mündlichen Prüfungen am 23. Oktober 2006 abgehalten. Drei Rechtsanwaltsprüfungskandidaten und ein EWR-Prüfungskandidat haben die Prüfung bestanden.

Prüfungskommission für Treuhänder

Vorsitzender: Dr. Walter Kert

Die Kommission hat im Jahre 2006 insgesamt zwei Sitzungen abgehalten.

Die Treuhänderprüfungen wurden in der Zeit vom 16. bis 23.10.2006 (schriftlich) und am 20.11.2006 (mündlich) abgehalten. Von den elf angetretenen Kandidaten haben sechs die Prüfung bestanden.

Prüfungskommission für Wirtschaftsprüfer

Vorsitzender: Bernhard Büchel, Mauren

Die schriftliche Prüfung fand am 20. Oktober 2006 statt und wurde von zwei Kandidaten absolviert. Beide Kandidaten erreichten bei den schriftlichen Prüfungen die erforderliche Punktezahl nicht und wurden somit zur mündlichen Prüfung nicht eingeladen. Beide Kandidaten sind in der Schweiz wohnhaft. Die Prüfung ist als Zusatzprüfung anzusehen, da von den Kandidaten ein ausländisches Diplom als Wirtschaftsprüfer oder ein gleichwertiger Ausbildungsnachweis als Zulassungsbedingung gefordert wird. Die Zulassungsbedingungen sind in den jeweiligen Verordnungen ersichtlich.

Prüfungskommission
Als Mitglieder der Prüfungskommission für die Mandatsperiode 2005 bis 2009 wurden die nachfolgenden Personen von der Regierung bestellt: Bernhard Büchel, Mauren als Vorsitzender; Arno Catrina, Haldenstein, und Martin Nigg, Landrichter, als Mitglieder. Ersatzmitglieder sind: Roger Frick, Triesen, Uwe Öhri, Landrichter, und Hans-Peter Urscheler, Laax.

Die Prüfungskommission führte am 23. August 2006 und 31. Oktober 2006 Sitzungen durch. An den Sitzungen wurden die definitiven Termine, die Prüfgebiete und verschiedene organisatorische Abläufe festgelegt. Die Erstellung der Prüfungsaufgaben und die Korrektur der Prüfungen wurde unter den Mitgliedern aufgeteilt.

Prüfung
Die schriftliche Prüfung dauerte 6.50 Stunden und umfasste die Prüfungsfächer «Revision und Gesellschaftsrecht» und «Steuerrecht und Abgabenrecht».

Die Prüfungsaufgaben konzentrierten sich insbesondere auf liechtensteinische Begebenheiten.

STIFTUNG

Pensionsversicherung für das Staatspersonal

Präsident: Peter Mella
Geschäftsleitung: Ralph Büchel

Aus dem Stiftungsrat
Der Stiftungsrat traf sich im Berichtsjahr zu 4 Sitzungen, in welchen insgesamt 28 Traktanden behandelt wurden. Schwerpunktmässig befasste sich der Stiftungsrat mit folgenden Geschäften:

Jahresrechnung und Jahresbericht, Revisionsbericht für das Jahr 2005
Der Stiftungsrat genehmigte in der Sitzung vom 21. Juni 2006 die Jahresrechnung und den Jahresbericht für das Jahr 2005. Gleichzeitig nahm der Stiftungsrat den Revisionsbericht der Ostschweizerischen Treuhandgesellschaft zur Kenntnis.

Versicherungsmathematische Bilanz per 1.1.2006
Die versicherungsmathematische Bilanz per 1. Januar 2006 wurde vom Stiftungsrat in der Sitzung vom 21. Juni 2006 zur Kenntnis genommen. Gestützt auf diese Bilanz und aufgrund der versicherungstechnischen Lage der Kasse hat der Stiftungsrat bei der Regierung für das Jahr 2006 einen Sonderbeitrag von 1 % der versicherten Besoldungen und für das Jahr 2007 einen solchen von 1% beantragt. In Absprache mit den verantwortlichen Stellen der Pensionsversicherung unterbreitete die Regierung dem Landtag den Antrag auf Ausrichtung eines Sonderbeitrages für das Jahr 2006 von 2%. Dafür sollte auf die Budgetierung eines Sonderbeitrages für das Jahr 2007 verzichtet werden. Der Landtag hat dann in seiner Sitzung vom 22. November 2006 in Abweichung des Regierungsantrages die Ausrichtung eines Sonderbeitrages von 1% für das Jahr 2006 bewilligt und für das Budget 2007 keinen Sonderbeitrag mehr budgetiert.

Vermögensanlagestrategie
Aufgrund der finanziellen Lage der Pensionsversicherung wurde die Anlagestrategie so optimiert, dass die Kasse eine bestmögliche Renditeperspektive in Bezug auf das verantwortbare Risiko erhält.

Revision des Gesetzes über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal
Die Revision des Gesetzes wurde von einer Arbeitsgruppe im Auftrag der Regierung soweit vorbereitet, dass der Stiftungsrat in der Sitzung vom 19. September 2006 den Vernehmlassungsbericht genehmigen und diesen anschliessend an die Regierung weiterleiten konnte. Die Vernehmlassung wurde bis Ende Jahr durchgeführt.

Betriebliches Gesundheitsmanagement
Die Möglichkeiten der Pensionsversicherung zur Unterstützung des betrieblichen Gesundheitsmanagements bei den angeschlossenen Betrieben wurden von einer Arbeitsgruppe überprüft. Der Stiftungsrat hat einen Zwischenbericht zur Kenntnis genommen und sich für eine Weiterführung der entsprechenden Abklärungen ausgesprochen.

Statistisches

Bestand und Veränderung der aktiven Versicherten und der Pensionsbezüger

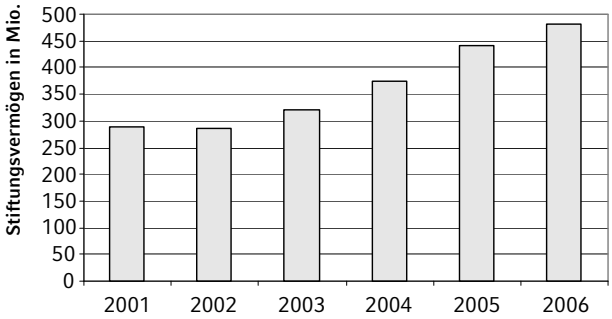
Aktive Versicherte

	31.12.2006	in %	31.12.2005	in%	31.12.2004	in %
Männer	1 548	+1.8	1 520	+2.9	1 477	+5.5
Frauen	1 398	+3.1	1 356	+4.2	1 301	+19.4
Total	2 946	+2.4	2 876	+3.5	2 778	+11.6

Pensionsbezüger

Pensionsart	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2004
Alterspensionen	353	311	270
Invalidenpensionen	70	69	80
Witwen/Witwer	104	107	100
Total	**564**	**521**	**484**

Vermögensentwicklung
Die bereits im Vorjahr festgestellte positive Vermögensentwicklung hat sich im Jahre 2006 erfreulicherweise fortgesetzt. Per Ende 2006 beträgt der Vermögensstand der Kasse inkl. Immobilien rund 480 Mio. Franken.

Die Gesamtrendite unter Einbezug der Immobilien ist gegenüber dem Vorjahr zwar zurückgegangen, dennoch konnte eine Rendite von rund 5 Prozent erzielt werden.

Vermögensentwicklung 2001 – 2006